

# Vom Hamburger Wohnstift zum sozialwirtschaftlichen Unternehmen

## Alida Schmidt-Stiftung 1874–2024



UNSER STIFTUNGSFILM!



150 Jahre

Alida Schmidt-Stiftung

**DIE KANN WAS!**

Wir danken allen Institutionen und Privatpersonen für die Hilfe bei der Erstellung dieser Broschüre, für die vielen informativen Gespräche und die zur Verfügung gestellten Materialien. Allen (ehemaligen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wir zu ihrer Arbeit in der Stiftung interviewen durften, danken wir ebenfalls herzlich für ihre Offenheit und ihr Vertrauen.

Ein besonderer Dank gilt Familie Schön, die als Nachfahren unserer Stifterin Ida Schmidt zwei Bildnisse und Briefe von ihr zu Verfügung stellten.

Wir haben uns in den Stiftungen für einen geschlechtergerechten Sprachgebrauch entschieden, indem wir den sog. Genderstern benutzen. In dieser Broschüre verwenden wir in der zweiten Auflage und damit für alle Inhalte ab 2014 diese Schreibweise. Natürlich sind für alle Personen, die an anderer Stelle erwähnt werden, immer alle Geschlechter (m/w/d) gemeint.

# Inhalt



Vorwort Hans-Peter Strenge, Vorstand .....	4
Grußwort Melanie Schlotzhauer, Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration .....	5
Alida Schmidt-Stiftung: Die Einrichtungen im Überblick .....	6
<b>Die Anfänge der Alida Schmidt-Stiftung (1874–1944) .....</b>	<b>8</b>
<b>Neue Aufgaben in der Zeit des Wiederaufbaus (1945–1969) .....</b>	<b>15</b>
<b>Ausbau und sozialpädagogische Neuerungen (1969–1991) .....</b>	<b>21</b>
<b>Im Zeichen von Professionalisierung (1991–2024) .....</b>	<b>45</b>
<b>Die Stiftungen heute und in der Zukunft .....</b>	<b>70</b>
Alida Schmidt-Stiftung: Die Geschichte im Überblick .....	72
Quellen: Literatur und Archive .....	74
Impressum .....	75

## Liebe Leserin, lieber Leser,

das Gründungsherz unserer Stiftung schlägt in der Bürgerweide in Hamburg-Borgfelde. Hier weihte die Hamburgerin Ida Schmidt 1875 ihr Wohnstift für „hilfsbedürftige, unbescholtene Witwen und Jungfrauen“ ein. Den Anstoß dazu gab der Tod ihrer einzigen Tochter Alida im Jahr zuvor. Die Mutter betrauerte den Verlust der 23-jährigen sehr und errichtete zu ihrem Andenken 1874 die Alida Schmidt-Stiftung.

Wer wie Ida Schmidt eine Stiftung gründet, der wünscht sich, dass seine Ideale und sein Vermögen in die Zukunft wirken. Das Ideal von Ida Schmidt war es, hilfsbedürftigen Frauen ein Obdach zu geben und so ihre Unabhängigkeit von familiärer und staatlicher Unterstützung zu sichern. Gleichwohl hat unsere Stifterin damals nicht er-

ahnen können, wo ihre Stiftung 150 Jahre nach der Errichtung steht: Heute ist die privatrechtliche gemeinnützige Stiftung eines der großen sozialwirtschaftlichen Unternehmen Hamburgs.

Über 300 Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen haben in einer der stiftungseigenen Seniorenwohnanlagen eine eigene Wohnung gemietet und erhalten Betreuungsleistungen. Darüber hinaus wohnen in 40 weiteren stiftungseigenen Wohnungen Mieterinnen und Mieter mit niedrigem Einkommen. Im Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe betreut die Stiftung laufend stationär oder ambulant etwa 200 Familien mit ihren Kindern und junge Frauen mit psychischen Erkrankungen.



*Von links nach rechts:  
Hans-Peter Strenge  
(Vorstandsvorsitzender),  
Sybille Hille (stellv.  
Vorstandsvorsitzende),  
Christina Baumeister  
(Geschäftsführerin),  
Ingeborg Alter-Voecks,  
Kersten Albers,  
Regina Hülsemann.*

Rund 900 Klienten und Klientinnen mit einer Abhängigkeit von Alkohol, Medikamenten und mit anderen Suchterkrankungen werden durch die Alida Schmidt-Stiftung in ihren Suchthilfeeinrichtungen jährlich unterstützt. Zudem hat die Stiftung im Jubiläumsjahr 2024 eine Hamburger Suchtberatungsstelle in ihre Trägerschaft übernommen, die weitere 800 Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung berät.

Fast 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreuen diese Zielgruppen in den Facheinrichtungen und Wohnanlagen der Stiftung und bringen täglich ihre fachliche Kompetenz und ihr Engagement in die Stiftung ein. Dafür sagen wir DANKE an alle, die heute und früher in den Stiftungen wirk(t)en!

Als fünfköpfiger Vorstand leiten wir die Alida Schmidt-Stiftung ehrenamtlich. Gemeinsam mit der Geschäftsführung wollen wir gute Rahmenbedingungen für die fachliche Arbeit schaffen. Dazu zählen ein solides wirtschaftliches Fundament ebenso wie die stetige Weiterentwicklung der Angebote.

Lesen Sie mehr über die Stiftung und ihre Geschichte, die von der Historikerin Dr. Kristina Vagt erforscht und textlich aufbereitet wurde, in dieser Broschüre. Dabei wünschen wir Ihnen viel Freude und interessante Erkenntnisse.

**Hans-Peter Strenge**  
Vorstandsvorsitzender

## Grußwort

Im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und auch ganz persönlich gratuliere ich der Alida Schmidt-Stiftung herzlich zu ihrem 150-jährigen Bestehen!

Die Stiftung leistet einen großen Beitrag für ein soziales Miteinander, die Unterstützung bedürftiger Menschen und fördert die Lebensqualität und Selbstwirksamkeit zahlreicher Menschen in unserer Stadt. Im Mittelpunkt des Stiftungshandelns steht der Grundsatz, unmittelbar dort tätig zu werden, wo Unterstützung benötigt wird. Damit stärken Sie seit 150 Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt und leisten einen nachhaltigen Beitrag zu unserer Stadtgesellschaft.

In einer Zeit, in der die gesellschaftlichen Herausforderungen stetig wachsen, ist es notwendig dem Wandel Raum zu geben und neue Ziele für die kommenden Jahre zu setzen. Auf diesem weiteren Weg wünsche ich der Alida Schmidt-Stiftung die notwendige Tatkraft und viel Erfolg!

**Melanie Schlotzhauer**  
Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration



# Alida Schmidt-Stiftung: Die Einrichtungen im Überblick

## Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe

- 1954 als Mädchenwohnheim eröffnet
- 1975 umgewandelt in ein Therapeutisches Wohnheim für Mädchen und junge Frauen
- 2009 Eröffnung eines zweiten Eltern-Kind-Wohnhauses im „Elbschloss“ in Hamburg-Hamm
- Heute betreut der Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe stationär und ambulant laufend 200 Familien, Alleinerziehende, Frauen, Kinder und Jugendliche



## Wohnhaus Bürgerweide 21

- 1954 – 1956 als Wohnheim für Schwerbeschädigte eröffnet
- Heute 34 Wohnungen
  - für Menschen mit geringem Einkommen
  - und Menschen in ambulanter Betreuung der stiftungseigenen Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe



## ZukunftArbeit gGmbH

- 1999 gemeinsam mit Therapiehilfe gGmbH gegründet
- Heute Integrationsbetrieb mit ca. 30 Arbeitsplätzen, davon 50% für schwerbehinderte Menschen
- Fahrradläden, Kofferreparatur, Renovierung



## Carl und Amanda Behrs-Seniorenwohnanlage

- 1978 wurde das Carl und Amanda Behrs-Testament der Alida Schmidt-Stiftung angegliedert
- 1985 wurde die Wohnanlage fertiggestellt und eröffnet
- Heute 69 Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen



## Bürgerweide 23

- 1875 als Wohnstift „zur Unterstützung hilfbedürftiger, unbescholtener Witwen und Jungfrauen [...]“ eröffnet, das Grundstück stellte die Stadt Hamburg in Erbpacht zur Verfügung
- 1980 wurden Grundstück und Gebäude an die Stadt Hamburg zurückgegeben





### Max Brauer Haus

- 1976 von der Neuen Heimat/SAGA gepachtet, seit 2021 ist die Stiftung Eigentümerin
- 2020 Schließung der stationären Pflege-Wohneinrichtung
- Heute 195 Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen



### Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld

- 1956 als Wohnheim „Weidenhof“ für Tbc-kranken Männer eröffnet, nach kurzer Zeit von der Sozialbehörde weitergeführt
- 1973 in das Sozialtherapeutische Wohnheim Jenfeld für alkoholkranken Männer umgewandelt
- 1995 Umbenennung in Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld
- 2024 Übernahme des Suchthilfezentrums DIE BOJE
- Heute 140 Betreuungsplätze für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen



### Wohnhäuser Elsa-Brändström-Straße

- 1961 eröffnet
- Heute 91 Wohnungen
  - für ältere Menschen mit geringem Einkommen (ohne Betreuung)
  - für Klientinnen und Klienten der Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld



### Wohnhäuser Dorotheenstraße/Probsteier Straße

- Seit 1978 von der Alida Schmidt-Stiftung verwaltet, stammen aus dem Behrs-Testament
- Heute insgesamt 54 Wohnungen
  - für Familien und andere Menschen mit geringem Einkommen
  - für ambulante Wohngemeinschaften der stiftungseigenen Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe

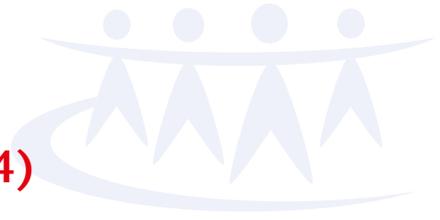


### Fachkrankenhaus Hansenbarg

- Seit 1979 betreibt die Stiftung das Haus, zunächst von der Landesversicherungsanstalt LVA gepachtet
- 1999 von der LVA käuflich erworben
- Heute 100 Plätze für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen (Alkohol, Medikamente, Tabak)



# Die Anfänge der Alida Schmidt-Stiftung (1874–1944)



*„Was ich verloren, weiß ich genau, da die Welt nicht ahnte, welchen edlen Charakter Alida besaß. Er bewährte sich bis zuletzt durch alle Leiden, denn keine Klage ist über ihre Lippen gekommen.“*

Die Stifterin Ida Schmidt schrieb diese Worte 1873 nach dem Tod ihrer Tochter Alida an einen Freund. Im April 1874 errichtete sie zum Andenken an Alida, die nur 23 Jahre alt geworden war, die Alida Schmidt-Stiftung.

## Die Stifterin Ida Schmidt und ihre Familie

Ida Schmidt, geboren am 26. Mai 1828, entstammte der Hamburger Oberschicht. Ihr Vater und dessen Brüder hatten in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg erlebt, der auf dem Zucker- und Baumwollhandel mit den europäischen Kolonien gründete.

Ida Schmidts Vater Florentin Theodor Schmidt (1783–1860), Sohn des Kreisarztes und Bürgermeisters im fränkischen Wunsiedel, war 1803 nach Hamburg gekommen und in das Handelshaus von Heinrich Johann Merck eingetreten, mit dem er weitläufig verwandt war. Unter der französischen Besatzung (1806–1814) erlebte der Hamburger Handel große Einbußen. Deshalb zog sich Schmidt in seine Heimatstadt Wunsiedel zurück, wo er ein Geschäft mit Rohrzucker gründete. Während der 1806 bis 1812 durch Napoleon verhängten Wirtschaftsblockade gegen Großbritannien – der „Kontinentalsperre“ – bezog Schmidt zunächst nur geschmuggelten Zucker und gründete 1812 eine Zuckerfabrik. 1813 eröffnete er zusätzlich in Hamburg ein Kontor zum legalen Import von Zucker und wurde 1815 Teilhaber im Handelshaus H.J. Merck. 1834 verlegten Schmidt und sein jüngerer Bruder Christian als sein Partner die Zuckerproduktion nach Bayreuth.

Schmidt importierte – so wie viele andere europäische Kaufleute – den Rohrzucker aus den überseeischen Kolonien, wo er von afrikanischen Sklaven angebaut wurde. Verarbeitet wurde er dagegen in Europa. Im Laufe des 19. Jahrhunderts fand dann die Zuckergewinnung aus europäischen Zuckerrüben Verbreitung.

Ida Schmidt heiratete 1846 Friedrich Wilhelm Schmidt (1802–1867) – einen weiteren jüngeren Bruder ihres Vaters. Die Hochzeit fand in Bayreuth statt. Eine Heirat unter Verwandten war in der bürgerlichen Oberschicht nicht ungewöhnlich. Damit sollte generell der soziale Zusammenhalt gestärkt werden.

Friedrich Wilhelm Schmidt war von 1831 bis 1844 Konsul für Hamburg in New Orleans und war gemeinsam mit einem weiteren Bruder in New York tätig gewesen – unter anderem im Baumwollhandel und vermutlich zusammen mit H.J. Merck & Co.

Ida und Friedrich Wilhelm Schmidt hatten insgesamt fünf Kinder, von denen zwei das Kindesalter nicht überlebten. Es blieben die Kinder Alida, Edmund und Florentin Erwin. Alida Mathilde Schmidt wurde am 4. Mai 1850 in Hamburg geboren und lt. Taufregister der Kirche St. Jacobi am 24. Juli 1850 getauft.

Ida Schmidt wurde 1867, im Alter von 39 Jahren, Witwe. Durch das Erbe ihres Vaters und das ihres Ehemannes war sie materiell abgesichert und bewohnte eine repräsentative Villa im Mittelweg 49 in Harvestehude.

Sie verkehrte in gehobenen bürgerlichen Kreisen und pflegte eine langjährige Freundschaft zu Carl Friedrich Petersen, der ab 1855 Senator und ab 1876 Erster Bürgermeister von Hamburg war.

Aus Briefen von Ida Schmidt an Petersen, die sich heute im Besitz der Familie ihres Urgroßneffen befinden, geht hervor, dass sie ein inniges Verhältnis zu ihrer Tochter Alida hatte. Im August 1872 schrieb Ida Schmidt von ihrer großen Sorge um Alida, da eine Erkältung im Frühjahr noch nicht auskuriert sei. Ein gemeinsamer Kuraufenthalt in Menton nahe Monaco in den Wintermonaten 1872/73 brachte nicht die erhoffte Heilung. Alida verstarb am 30. Juni 1873 im Alter von 23 Jahren – mutmaßlich an Tuberkulose.

Noch im Todesjahr 1873 verfügte Ida Schmidt die Gründung der „Alida Schmidt’schen Mädchenaussteuerstiftung“ in Bayreuth, wo sie geheiratet hatte. Die Zinsen des Stiftungsvermögens sollten an „arme, vorzugsweise dem Arbeiterstande angehörige Mädchen“ ausgezahlt werden.

Ein Jahr später, im April 1874, errichtete Ida Schmidt in Hamburg die Alida Schmidt-Stiftung; die Satzung wurde am 15. April 1874 durch den Senat genehmigt. 1875



*Drei Generationen der Familie Schmidt: Unten rechts sitzt Alida Schmidt im Kindesalter, eingerahmt von ihren Großeltern, links ihre Eltern Ida und Friedrich Wilhelm Schmidt sowie ihre beiden Brüder.*

wurde das Alida Schmidt-Stift in der Bürgerweide 23 eingeweiht, das Ida Schmidt bis zu ihrem Tod 1904 selbst verwaltete. Mit dem Stiftungszweck, Wohnungen für in Not geratene Frauen zur Verfügung zu stellen und sie damit vor staatlicher Armenfürsorge zu bewahren, verfolgte sie die damals gängigen, bürgerlichen Zielsetzungen von weiblicher Wohltätigkeit. Nach Alidas Tod verband sie ihre schon länger gehegten Pläne für ein solches Wohnstift mit dem Bestreben, auf alle Zeit an ihre geliebte Tochter zu erinnern. Derartige Stiftungen im Andenken an verstorbene Angehörige zu gründen oder in anderer Form an diese zu erinnern, war in bürgerlichen Kreisen überaus üblich. So stiftete Ida Schmidt für ihren 1880 verstorbenen Sohn Edmund eine Orgel für die Kirche St. Johannis-Harvestehude. Die Kirche, in fußläufiger Entfernung zu ihrer Villa im Mittelweg gelegen, war 1882 eingeweiht worden.

Aus Briefen an Carl Friedrich Petersen lässt sich erfahren, dass die Söhne Edmund und Florentin Erwin ihrer Mutter durch einen unsteten Lebenswandel großen Kummer bereiteten. Daher erwarb Ida Schmidt 1876 für ihren Sohn Florentin Erwin einen Gutshof in Ostholstein in der Hoffnung, dass er durch die Arbeit in der Landwirtschaft – er hatte eine landwirtschaftliche Ausbildung absolviert – zur Ruhe kommen würde. Er verstarb 1892.

Keines von Ida Schmidts Kindern hatte selbst Kinder bekommen. Als Ida Schmidt 1904 im Alter von 76 Jahren in Wiesbaden starb, hinterließ sie daher ihren 14 Neffen

und Nichten und mehreren wohltätigen Institutionen ein Vermögen von 7 Millionen Mark.

Auch wenn Hamburg ihren Lebensmittelpunkt gebildet hatte, fühlte Ida Schmidt sich Bayreuth verbunden. So verfügte sie testamentarisch, dort nach ihrem Tod die „Ida Schmidt’sche Siechenhaus- und Altersheimstiftung“ zu gründen, die „freie Wohnung für arme gebrechliche, erwerbsunfähige, in Bayreuth beheimatete, nicht zu den konskribierten Armen gehörige Personen“ anbot. Diese Stiftung ging 1949 in der „Vereinigten Armen- und Krankenstiftung“ auf, die bis heute in Bayreuth älteren Menschen Unterstützung bietet.

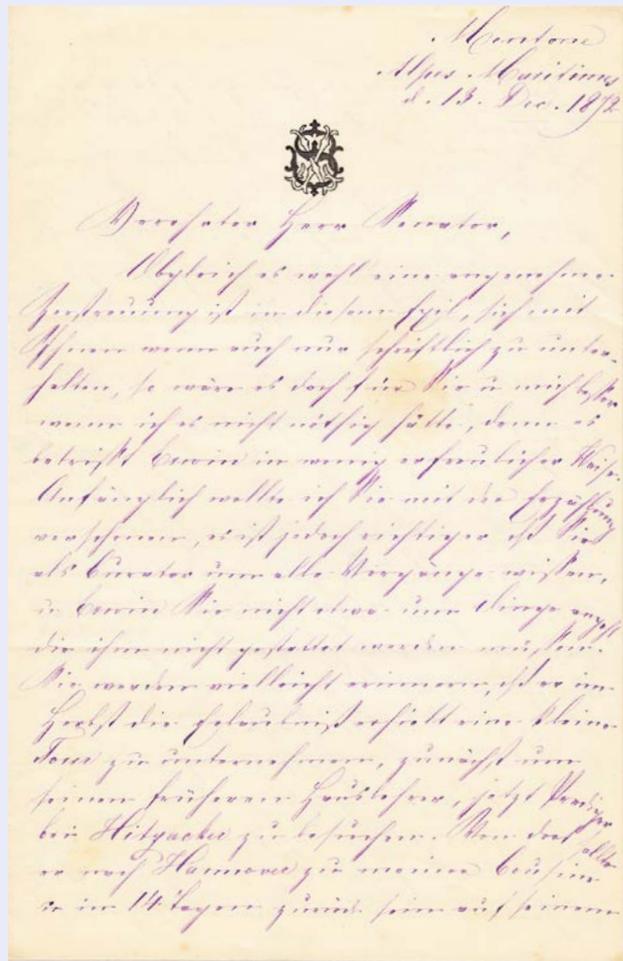
## **Die Errichtung der Alida Schmidt-Stiftung**

Ida Schmidt erläuterte bereits am 13. Dezember 1872, ein halbes Jahr vor dem Tod ihrer Tochter Alida, ihrem Freund Senator Petersen ihren Wunsch, ein Wohnstift zu errichten:

„[...] auch möchte ich so gern meinen Lieblingsplan mit einem kleinen Stift von 16 Wohnungen durchführen, und ein kleines Kapital dafür sichern. Den Plan und die Statuten habe ich längst entworfen; ich zähle dabei freilich, einen Platz halb vom Senat geschenkt zu erhalten. Kann ich kein solches Haus bauen, so werde ich jedenfalls



Die junge Ida Schmidt, geboren 1828, heiratete mit 18 Jahren. Vier Jahre später kam ihre Tochter Alida zur Welt.



Ida Schmidt stand in einem regen Briefwechsel mit dem damaligen Hamburger Senator und späteren Bürgermeister Carl Friedrich Petersen.



Carl Friedrich Petersen wurde erstmals 1876 zum Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg gewählt.

bestimmen, daß die Zinsen des Kapitals, sobald es sich tun läßt, jährlich an Meistbedürftige verteilt werden.“  
Möglicherweise vermittelte Senator Petersen das für das Alida Schmidt-Stift bestimmte Grundstück an der Bürgerweide in Borgfelde, das der Hamburger Senat in Erbpacht zur Verfügung stellte. Nach Aufhebung der Torsperre 1860 hatte dort die städtische Besiedelung eingesetzt. 1871 wurde Borgfelde zum Vorort und 1894 zum Stadtteil von Hamburg. Ab den 1870er Jahren entstanden an der Bürgerweide mehrere karitative Einrichtungen und Stiftungen: die Taubstummenanstalt (1872), das Hiobs-Hospital (1883/84), das St. Gertruden-Stift (1882–84) sowie das Auguste Jauch-Stift (1889). Teilweise waren die Institutionen aus der Innenstadt weggezogen, die zur Geschäftsstadt wurde, teilweise handelte es sich um Neugründungen.

Die Baupläne für das Alida Schmidt-Stift stammten von Albert Rosengarten (1809–1893). Er war nach dem Großen Brand von 1842 nach Hamburg gekommen und nahm hier eine rege Bautätigkeit für christliche und jüdische, private und öffentliche Auftraggeber auf. Rosengarten, der als erster jüdischer Architekt in Deutschland gilt, plante in Hamburg vier Synagogen. Nach seinen Plänen entstanden auch drei Wohnstifte: das Schröderstift in Rotherbaum (1851/52), das Gast- und Krankenhaus St. Georg (1854–1858) sowie das Oberaltenstift in Hohenfelde (1866–1869). Damit verfügte er über umfangreiche Erfahrungen, als er den Auftrag für den Bau des Alida Schmidt-Stifts übernahm.

Wie viele andere Wohnstifte im 19. Jahrhundert war das Alida Schmidt-Stift eine kleine palastartige Anlage. Rosengarten gab dem dreigeschossigen Gebäude eine schlichte Fassade aus hellem Stein. Derartige Fassaden spiegelten den Anspruch wider, dass es sich bei den Bewohnern um „anständige“ Bürger handelte. Noch heute ist der Schriftzug „Alida Schmidt-Stift“ über dem Eingang sichtbar.

Das Stiftsgebäude wurde mit 34 Wohnungen größer, als 1872 von Ida Schmidt angedacht. Das Gebäude hatte 16 Doppel- und 18 Einzelwohnungen, die jeweils aus zwei Zimmern und Küche bestanden. Zu jeder Wohnung gehörten ein Keller- und ein Bodenraum. Hinzu kamen Waschküchen und Trockenräume.

Am 12. Oktober 1875 wurde das Alida Schmidt-Stift feierlich eingeweiht. Pastor Endelmann aus der Kirchengemeinde St. Jacobi hielt eine Rede und segnete das Gebäude.

Die Stiftungssatzung sah die „Unterstützung hilfsbedürftiger, unbescholtener Witwen und Jungfrauen, zunächst der gebildeten Stände, mittelst Gewährung von Freiwohnungen und eventuell Feuerung in dem dazu errichteten Stiftungsgebäude“ vor. Die Bewohnerinnen sollten christlicher Konfession sein und kein Recht auf Leistungen des staatlichen „Armenwesens“ haben. Drei Viertel der Bewohnerinnen sollten Hamburgerinnen sein. Ida Schmidt griff insgesamt die damals üblichen Richtlinien auf: Kriterium für die Aufnahme in ein bürgerliches

*Die Keimzelle der  
Stiftung: das Alida  
Schmidt-Stift in der  
Bürgerweide 23. Es  
wurde 1875  
eingeweiht.*



Wohnstift war in der Regel nicht nur die finanzielle Bedürftigkeit, sondern auch die moralische Lebensführung.

## Leben im Wohnstift und die weitere Entwicklung

Diese moralische Lebensführung sollte auch im Stift fortgeführt werden. Die langen Korridore im Gebäude, von denen die Wohnungen abgingen, sollten die soziale Kontrolle zur Einhaltung der Regeln gewährleisten, so der Hamburger Kunsthistoriker Hermann Hipp.

Die erhaltene Hausordnung von 1883 vermittelt einen Eindruck davon, wie das Zusammenleben geregelt war. Besonderer Wert wurde auf Reinlichkeit und Ordnung gelegt und z.B. der Umgang mit der Wäsche detailliert festgelegt: „Die Wäsche muß in der Waschküche gehörig ausgerungen und dann auf den Trockenböden getrocknet werden. Es ist nicht gestattet, Wäsche auf dem Hofe hinzulegen, oder aus den Fenstern zu hängen. Die Fenster auf den Trockenböden sind nach Benutzung des Bodens zu schließen. Die Mangel ist reinzuhalten.“

Ein Aufseher trug Sorge dafür, dass die Bewohnerinnen die Hausordnung beachtetten. Zu seinen Aufgaben gehörte, dass er morgens um 6 Uhr das Haus auf- und abends um 23 Uhr abschloss. Wenn eine Bewohnerin außerhalb dieser Zeiten das Haus betreten oder verlassen wollte und dazu vorher keinen Schlüssel ausgeliehen hatte, musste sie den Aufseher bitten zu öffnen und dafür eine Gebühr von 15 Pfennigen entrichten.



*Die Bürgerweide in Borgfelde um 1905.*

Ida Schmidt leitete die Alida Schmidt-Stiftung und vergab die Wohnungen zu ihren Lebzeiten wohl selbst. Laut Satzung der Alida Schmidt-Stiftung sollte nach Ida Schmidts Tod die „Verwaltung der Stiftung und die Vertheilung der Stiftswohlthaten“ auf die Stadt Hamburg übergehen. Der Senat bestimmte in der Folge eines seiner Mitglieder für den Vorsitz. Als erster Verwalter wurde 1904 Senator Johann Otto Stammann gewählt, 1909 folgte ihm Senator Gottfried Holthusen, der das Amt bis zu seinem Tod 1920 innehatte.

1907 beschäftigte sich Stammann mit der Frage, ob die Wohnungen vermehrt werden sollten, wie es Ida Schmidt 1874 in der Stiftungssatzung gewünscht hatte. Stammann war jedoch der Meinung, dass das Grundstück in der Bürgerweide für einen Neubau zu klein und eine finanzielle Unterstützung einiger Bewohnerinnen dringlicher sei. So bestimmte 1907 die erste Satzungsänderung: „[...] die Zinsen, soweit sie zu Reparaturen nicht erforderlich sind, [sollten] zum Kapital geschlagen werden; der Vorstand der Stiftung ist befugt, aus den Zinsüberschüssen hilfsbedürftigen Bewohnerinnen des Stiftes eine jährliche Unterstützung bis zu 200 M zu gewähren, oder solchen Personen, die an sich für eine Wohnung im Alida Schmidt-Stift geeignet wären, denen eine

*Senator Johann Otto Stammann übernahm nach dem Tode Ida Schmidts 1904 die Verwaltung der Stiftung.*

solche aber wegen mangelnder freier Wohnungen nicht gewährt werden kann, eine jährliche Mieteunterstützung bis zu 400 M zuzuwenden.“ Aus dem „Handbuch der Wohltätigkeit in Hamburg“ von Hermann Joachim von 1909 geht hervor, dass das Stift 1906 43 Bewohnerinnen hatte. Offenbar waren nicht alle Doppelwohnungen voll belegt.

Wie sich der Erste Weltkrieg auf das Leben der Bewohnerinnen des Alida Schmidt-Stifts auswirkte, ist nicht überliefert. Ob z.B. die Bewohnerinnen – meist ältere Damen – unter Mangel und Hunger litten, wie ein Großteil der Hamburger Bevölkerung, ist nicht bekannt.

## Weimarer Republik: Veränderungen durch die Inflation

Zum 50-jährigen Jubiläum der Alida Schmidt-Stiftung berichtete ein Artikel in den Hamburger Nachrichten vom 16. Oktober 1925 über die Festlichkeiten. Zu den Rednern zählte der Pastor der Borgfelder Kirchengemeinde, der mit aus heutiger Sicht übermäßigem Pathos die Entwicklung des Stiftes lobte: „Es war geboren aus dem erschütternden Schmerz einer weinenden Mutter und wurde doch zu einer Saat, die aufging und viele Tränen trocknete.“

Am Morgen sang der Chor einer Mädchenschule und nach der Feier gab es ein Festessen, gestiftet von den „Eilbeker Gesellschaftssälen“. Fast alle der 48 Bewohnerinnen waren anwesend, als Ehrengast die Bewohnerin Marie Rosenberg, die fünfzig Jahre zuvor das Stift mit eingeweiht hatte. Der Artikel zeichnet das Bild einer traditionsreichen Hamburger privaten Wohltätigkeit. Diese verlor jedoch in den 1920er Jahren an Bedeutung. Denn durch die Inflation und die Weltwirtschaftskrise büßten viele Stiftungen ihr Stiftungskapital ein.

Gleichzeitig wurde die öffentliche Wohlfahrt ausgebaut und gewann zunehmend an Bedeutung. Ein Ziel des 1921 gegründeten Hamburger Wohlfahrtsamtes war es, das private Stiftungswesen mit dem öffentlichen Wohlfahrtsystem zu verknüpfen. Zwar sollten auch die Stiftungen, die der öffentlichen Verwaltung unterstanden, formal selbstständig bleiben und ihren Charakter als Institutionen der bürgerlichen Kultur bewahren, doch wollte das Wohlfahrtsamt sie für seine Arbeit nutzen. Das Wohlfahrtsamt strebte in diesem Zuge eine Neuordnung des Stiftungswesens an. Stiftungen, die während der Inflation ihr Vermögen verloren hatten, sollten möglichst aufgelöst und zusammengelegt werden. Damit sollte die Verwaltung der Stiftungen gestrafft werden, um Kosten

einzusparen. Allerdings schränkte die Stiftungsabteilung in der Justizbehörde den Rationalisierungskurs des Wohlfahrtsamtes ein. Sie drängte darauf, dass allein die Stiftungsvorstände über die Auflösung oder Zusammenlegung von Stiftungen entscheiden konnten.

Während es vor der Inflation 1923 in Hamburg 1000 Stiftungen gab, waren es 1934 nur noch 500. Die verbliebenen Stiftungen – darunter 60 bis 100 Wohnstifte – waren teilweise auf staatliche Unterstützung angewiesen. Insgesamt behielten sie jedoch ihren Ruf als zusätzliche wichtige Hilfseinrichtungen für Bedürftige.

Der Alida Schmidt-Stiftung erging es nicht anders als den meisten Stiftungen. So berichtete Arnold Diestel, seit 1920 Erster Bürgermeister und Verwalter der Stiftung, 1923 an das Wohlfahrtsamt, die Ausgaben hätten sich stark erhöht, weshalb die Unterstützungszahlungen bis auf einen Sonderfall eingestellt worden seien. Die Wertpapiere seien ebenfalls verkauft worden. Er schätzte, dass bei anhaltender Lage das Restvermögen bis Jahresende aufgebraucht sei. Daher zog er in Erwägung, weitere Wohnungen jeweils an zwei Damen zu vermieten, um die Mieteinkünfte zu erhöhen. Da viele Bewohnerinnen durch die Inflation ebenfalls ihre Ersparnisse verloren, mussten einige in der Folge staatliche Leistungen beantragen, wie die Landesjustizverwaltung 1934 feststellte. Nach Diestels Tod wurde 1924 Senator Max Schramm Verwalter der Stiftung. Nach dessen Tod folgte am 25. August 1928 Paul Neumann, Senator im Ressort Wohlfahrt.



## Die Stiftung im Nationalsozialismus

Der Sozialdemokrat Paul Neumann hatte den Vorsitz bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 inne. Im Juli 1933 übernahm dann Wilhelm von Allwörden, überzeugter Nationalsozialist und Senator der Wohlfahrtsbehörde, den Vorsitz in der Stiftung. Die „Schriftführung“ lag wie zuvor in den Händen des Oberinspektors Hans Hüttmann. 1938 übertrug von Allwörden den Stiftungsvorsitz zur eigenen Entlastung an den Präsidenten der Sozialverwaltung Oscar Martini, der das Amt 1946 abgab.

Nach 1933 wurde das Stiftungsrecht generell so abgeändert, dass viele Stiftungen für die neue Politik vereinbart oder sogar aufgelöst werden konnten. Das galt vor allem für jüdische und paritätische Stiftungen, aber auch für andere.

1934 wurde in der Satzung der Alida Schmidt-Stiftung darauf verzichtet, dass nur „Personen, welche auf eine Unterstützung durch das Armenwesen des Staates keinen Anspruch erheben können“, eine Wohnung erhalten konnten. Wilhelm von Allwörden schrieb an die Landesjustizverwaltung, es „würde sich auch nicht mit dem Charakter einer milden Stiftung vereinbaren lassen, etwa alle diese Damen aus dem Stift zu entfernen, weil ihre Einkommensverhältnisse nicht mehr den Bestimmungen des § 2 der Statuten gerecht werden“. Des Weiteren empfahl er, als Aufnahmekriterium auf die „hamburgische Staatsangehörigkeit“ zu verzichten und stattdessen einen langjährigen Aufenthalt in Hamburg zur Bedingung zu machen.

1938 wurde die Satzung rhetorisch im Sinne des nationalsozialistischen Regimes abgeändert: „Die Wohltaten der Stiftung sind nur für deutsche Volksgenossen christlicher Konfession und für solche bestimmt, für welche die Gewährung einer billigen Wohnung ein wirkliches Bedürfnis ist.“ Außerdem wurde der Satzung angefügt: „Bei Auflösung der Stiftung fällt das Vermögen an die Hansestadt Hamburg, die es für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.“ Damit hätte die Hansestadt Hamburg keinen kleinen Betrag erhalten. Hatte 1933 das Stiftungsvermögen 66.505 Reichsmark betragen, so war es 1938 auf 73.562 Reichsmark angestiegen. Die Bewohnerinnen hatten zu diesem Zeitpunkt ein Aufnahmegeld von 200 bis 500 Reichsmark zu entrichten und zahlten Mietbeiträge von vier bis zwölf Reichsmark monatlich.

Darüber, wie sich das Leben im Stift unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs weiter entwickelte, lässt sich aus den Akten im Staatsarchiv Hamburg nur wenig erfahren.

Als Borgfelde – wie die anderen östlichen Hamburger Stadtteile – während der Luftangriffe der Alliierten im Sommer 1943 in weiten Teilen zerstört wurde, blieb das Alida Schmidt-Stift in der Bürgerweide weitgehend unbeschadet erhalten. Dagegen nahm die benachbarte Taubstummenanstalt großen Schaden. Lediglich das Direktorenhaus blieb stehen. Danach zogen einige wohnungslos gewordene Hamburger – „Ausgebombte“ – in das Alida Schmidt-Stift ein, die gemäß der Satzung keine Aufnahme gefunden hätten. Diese wohnten dort teilweise bis in die Nachkriegszeit.

*Während der schweren Bombardierungen der Alliierten im Sommer 1943, die besonders den Hamburger Osten (hier im Vordergrund Rothenburgsort) und auch Borgfelde trafen, entging das Alida Schmidt-Stift den Zerstörungen.*



# Neue Aufgaben in der Zeit des Wiederaufbaus (1945–1969)

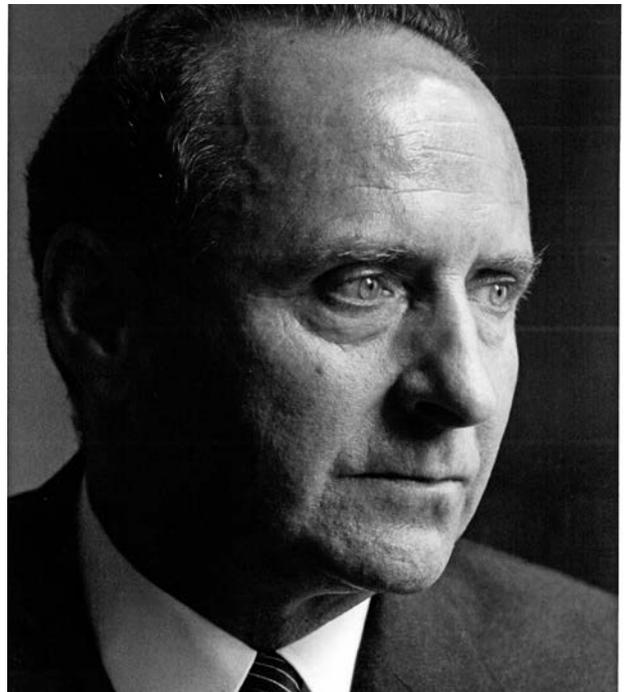


## Die Erweiterung der Stiftung durch die Aufnahme anderer Stiftungen

War die Alida Schmidt-Stiftung bis 1945 nur ein Wohnstift von vielen in Hamburg, so gliederte die Hamburger Sozialbehörde ihr 1951 neun andere Stiftungen an und wies der so vergrößerten Stiftung neue Aufgabenfelder zu. Die Sozialbehörde, die mit dem jeweiligen Senator den Vorstand der Stiftung stellte, führte sie in den folgenden Jahrzehnten als „behördennahe Stiftung“. Die Geschäftsführer kamen aus den Reihen der Behördenmitarbeiter. 1947 wurde Senator Heinrich Eisenbarth Stiftungsvorstand, nach dessen Tod folgte 1951 Sozialsenator Gerhard Neuenkirch, 1955 dann die liberale Senatorin Emilie Kiep-Altenloh. 1958 kam mit Senator Ernst Weiß wieder ein Sozialdemokrat – so wie die ersten beiden nach dem Zweiten Weltkrieg – ins Amt. Bis zu seinem Ausscheiden als Sozialsenator 1978 sorgte er für Kontinuität bei der Alida Schmidt-Stiftung.

Um 1950 plante die Sozialbehörde eine neue „Sammelstiftung für den Wiederaufbau zerstörter Wohnstifte“, in der mehrere von ihr verwaltete Stiftungen aufgehen sollten, „welche infolge von Kriegsschäden und Währungsverfall jetzt ihre Stiftungszwecke nicht mehr wahrnehmen können“. Erste Überlegungen sahen vor, aus dem Restvermögen der aufgelösten Stiftungen ein „großes Wohnstift mit Wirtschaftsgebäuden“ zu errichten – möglichst im Bezirk Wandsbek, da fünf der Stiftungen dort lagen. Die Freie und Hansestadt Hamburg sollte die Baukosten in Gegenleistung für die Übertragung der Grundstücke übernehmen. 1951 nahm die Sozialbehörde jedoch Abstand von dem Vorhaben und verfügte stattdessen, die Stiftungen mit der Alida Schmidt-Stiftung zu vereinigen. Im Unterschied zu den anderen war sie rechtsfähig und hatte wie die anderen den Zweck, Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Da Wandsbek bis zum „Groß-Hamburg-Gesetz“ von 1937/38 eigenständige Gemeinde gewesen war, verhandelte die Sozialbehörde 1950 zunächst mit dem Bezirksamt über die Zusammenlegung des Neumann-Reichardt-Stifts, der Heinrich- und Sophie Helbing Stiftung, der Wandsbeker Milde-Stiftung, der Willöper-Stiftung sowie der Conradine Braun-Stiftung. Die Übertragung dieser Stiftungen geschah nicht ohne Widerstand des Leiters des Bezirksamtes Wandsbek. Nach Prüfung der rechtli-



*Der Sozialsenator Ernst Weiß übernahm 1958 den Vorstandsvorsitz der Stiftung.*

chen Lage erklärte er sich jedoch mit der Auflösung einverstanden.

Die Wandsbeker Milde-Stiftung war 1797 von Carl Graf von Schimmelmann errichtet worden. Seit 1923 war die Stiftung, die das Gut Wandsbek umfasste und Freiwohnungen an „alte Leute“ gewährte, der Verwaltung der Stadt Wandsbek überschrieben worden.

Die Willöper-Stiftung ging auf den Kommerzienrat Willöper zurück, der seinen Grundbesitz 1927 an die Stadt Wandsbek verkauft hatte. In der Folge wurde seine Villa ein Wohnstift für alte Leute.

Die Heinrich- und Sophie Helbing Stiftung war durch eine testamentarische Verfügung von Sophie Helbing von 1910 entstanden und hatte Freiwohnungen für arbeitsunfähig gewordene Handwerker, Arbeiter und kleine Leute gewährt.

Das Neumann-Reichardt-Stift hatte seit 1916 Freiwohnungen für Kriegsbeschädigte zur Verfügung gestellt.

Die Conradine Braun-Stiftung war durch die Namensgeberin 1925 verfügt worden. In den von ihr gestifteten Gebäuden in Alt-Rahlstedt wurden „bedürftige Kleinrentner“ untergebracht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren diese Wandsbeker Stifte offenbar so stark zerstört, dass sich der Wiederaufbau nicht zu lohnen schien. Wann und zu welchen Konditionen die Grundstücke veräußert wurden und was mit dem Erlös aus den Verkäufen geschah, geht nicht aus den Akten im Staatsarchiv Hamburg hervor. Nach der Übertragung der fünf Stiftungen blieb erklärtes Ziel, „bei günstiger finanzieller Entwicklung der Alida Schmidt-Stiftung zu gegebener Zeit – etwa in Wandsbek, das die größte Einbuße an Wohnstiften erlitten hat, – ein Stiftsgebäude zu errichten.“

Ebenfalls zerstört war das Calandstift am Papendamm 21 in Rotherbaum, das sich im Besitz der „Dom Armen Casse“ befand. Diese war eine Stiftung des ehemaligen Domkapitels und war 1804 an die Stadt Hamburg übergegangen. Stiftungszweck war unter anderem, „Einkünfte an verschämte Arme auf Lebenszeit“ auszugeben. Nach der Angliederung der Dom Armen Casse verkaufte die Alida Schmidt-Stiftung 1953 das Grundstück am Papendamm für 15.300 DM.

Zwei weitere Wohnstiftungen, die an die Alida Schmidt-Stiftungen übertragen wurden, hatten den Zweiten Weltkrieg unbeschadet überstanden, wurden jedoch als nichtexistenzfähig klassifiziert. Das St. Georg-Hospital im St. Georgskirchhof 15/17 war um 1200 gegründet worden und wurde seit 1700 als Stift für alte Frauen geführt. Das zweite war das Elisenstift der Winterhuder Gemeindepflege von 1893. Die entsprechenden Gebäude im Poßmoorweg 31/33 und Heidberg 30/32 und das Vermögen des Winterhuder Frauenvereins waren in der 1905 gegründeten „Winterhuder Gemeindepflege“ aufgegangen. Diese Stiftung hatte einerseits günstige Arbeiterwohnungen angeboten, andererseits einen Mädchenhort, eine Kinderkrippe und eine Milchküche unterhalten.

Als neunte Stiftung gingen die „A.-Hanßen's Testament-Wohnungen“ in der Alida Schmidt-Stiftung auf. Sie war 1936 durch die Hamburgische Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung mit dem Zweck gegründet worden, „unverschuldet erwerbslos und mittellos gewordenen Familienvätern oder Witwen, denen die Ernährung von Kindern obliegt, in eigens dazu erbauten Häusern gegen eine geringe Vergütung vorübergehend Wohnung zu gewähren“. Von dem Stiftungsvermögen in Höhe von 400.000 RM, das aus dem Nachlass des 1889 verstorbenen Adolph Friederich Hanßen stammte, wollte die Stiftung Wohnungen bauen. Die ab 1937 dafür entwickelten Pläne – es gab sogar einen Architektenwettbewerb – wurden aufgrund des Zweiten Weltkriegs jedoch nicht

mehr realisiert. Durch die Währungsreform schmolz das Stiftungsvermögen zusammen.

Wie Senator Neuenkirch 1951 der Senatskanzlei berichtete, betrug das Restvermögen von acht aufgelösten Stiftungen 177.283 DM.

Nach der Erweiterung der Alida Schmidt-Stiftung verständigte sich der Vorstand auf eine Änderung der Satzung, damit sie in den bestehenden und noch zu errichtenden Gebäuden nicht mehr nur Frauen christlicher Konfession aufzunehmen hatte. Fortan konnten „bedürftige Personen ohne Rücksicht auf ihren Glauben“ Aufnahme finden. Damit wurde es grundsätzlich möglich, Männern und Nichtchristen Unterkunft zu bieten. Allein für das Wohnstift in der Bürgerweide 23 galten die ursprünglichen Bestimmungen weiter. Dort wurden nur „weibliche Personen christlicher Konfession“ aufgenommen. Derartige Satzungsänderungen mussten und müssen von der Stiftungsaufsicht genehmigt werden, die früher bei der Senatskanzlei und heute in der Justizbehörde angesiedelt ist. Sie achtet darauf, dass der ursprüngliche Stifterwille gewahrt bleibt.

## Die Eingliederung der Karl Kaufmann-Stiftung

1952 gliederte die Hamburger Sozialbehörde eine weitere Stiftung der Alida Schmidt-Stiftung an: die Karl Kaufmann-Stiftung mit einem Vermögen von 33.000 DM. Auflage war, „den Betrag bei der Errichtung eines Stiftsgebäudes für Ehepaare zu verwenden, von denen ein Teil schwerkriegsbeschädigt ist.“ Tatsächlich wurde um 1954 das „Wohnheim für Schwerbeschädigte“ in der Bürgerweide 21 eröffnet.

Der Name der Stiftung wirft heute Fragen auf, da Karl Kaufmann der ehemalige NSDAP-Gauleiter sowie Reichsstatthalter und damit im „Dritten Reich“ der politisch mächtigste Mann in Hamburg war, der sogar dem offiziellen Bürgermeister Vincent Krogmann Befehle erteilte. Von Interesse ist, woher das Stiftungsvermögen stammte und welchem Zweck die Stiftung diente.

Im NS-Regime waren Stiftungsgründungen durch Gauleiter überaus verbreitet. Die Gauleiter verschleierten oft Herkunft und Verwendungszweck des Stiftungsvermögens, das teilweise unrechtmäßig angeeignet wurde. Die Gelder nutzten sie zum Ausbau ihrer Günstlingswirtschaft.

Stiftungen, Legate usw.

Lfd.Nr.	Datum	Name
1	11.01.1951	Winterhuder Gemeindepflege
2	07.03.1951	Wandsbeker Milde-Stiftung
3	07.03.1951	Dom-Armen-Casse
4	07.03.1951	A.-Hanßen's Testament-Wohnungen
5	07.03.1951	Conradine Braun-Stiftung
6	07.03.1951	Heinrich- und Sophie Helbing Stiftung
7	07.03.1951	Neumann-Reichardt-Stift
8	07.03.1951	Willöper-Stift
9	07.03.1951	St. Georg-Hospital
10	02.05.1952	Karl Kaufmann-Stiftung
11	12.01.1978	Amanda Behrs-Nachlass

*Im Laufe der Jahrzehnte wurden der Alida Schmidt-Stiftung andere Stiftungen angegliedert, diese Auflistung wird als Zusatz zur Satzung bis heute verwendet.*

Auf Karl Kaufmann gingen zwei Stiftungen zurück. In der größeren „Hamburger Stiftung von 1937“ häufte er insgesamt 8,6 Millionen Reichsmark an und förderte damit bewährte und junge Parteigenossen sowie „Ausgebombte“. Das Stiftungsvermögen stammte nicht etwa aus Privatvermögen. So ließ sich Kaufmann z.B. von Käufern jüdischer Unternehmen, die sie für Spottpreise erhielten, „Arisierungsspenden“ entrichten, wie der Historiker Michael Werner in seiner Studie „Stiftungsstadt und Bürgertum“ über Hamburgs Stiftungskultur vom Kaiserreich bis zum „Dritten Reich“ nachwies.

Die Karl Kaufmann-Stiftung, gegründet am 20. April 1938, war wesentlich kleiner als die „Hamburger Stiftung von 1937“. Offenbar war sie mit der größeren verknüpft, ohne dass dies in der Stiftungssatzung fixiert war. So wurde sie ab 1940 als „Sonderfonds des Gauleiters“ bei der „Hamburger Stiftung“ geführt.

Die Satzung der Karl Kaufmann-Stiftung sah vor, „deutsche Volksgenossen, die sich entweder im Rahmen ihres Berufes oder sonstwie um die Volksgemeinschaft verdient gemacht haben, auszuzeichnen. In dieser Zweckbestimmung soll die Stiftung zur Einsatzbereitschaft für die Gemeinschaft erziehen.“ Im Wesentlichen sah Gauleiter Karl Kaufmann vor, Baudarlehen an NSDAP-Mitglieder zu vergeben: „Die Auszeichnung geschieht durch Beihilfen zur Errichtung und Erhaltung von eigenen Wohnstätten. Die eigenen Wohnstätten sollen in selbständigen Siedlungen errichtet werden.“

Die Herkunft dieses Stiftungsvermögens ist nur in Teilen im Staatsarchiv Hamburg überliefert. Teilweise kam es aus „Spenden“, die auf „Anregung des Gründers [...] seitens der Hamburger Geschäftswelt und von Einzelper-

sonen“ gemacht wurden. So kamen im Gründungsjahr 152.949 RM und 1939 weitere 124.250 RM zusammen. Des Weiteren verpflichtete sich im November 1940 die Handels- und Verkehrsbank Aktiengesellschaft dazu, „für die Dauer der Luftangriffe auf Hamburg allmonatlich einen Betrag von 1.000 RM zur Verfügung zu stellen, der für arme und minderbemittelte Volksgenossen, insbesondere für Kinder, die durch Luftangriffe Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben oder nehmen werden, Verwendung finden soll.“ 1941 spendeten die Norddeutsche Affinerie 50.000 RM und Hugo Pries 2.000 RM. 1942 stellten die Hamburger Sparcasse von 1827 50.000 RM und das Bankhaus Conrad Hinrich Donner 3.000 RM zur Verfügung. Diese Spenden gingen ein, obwohl aufgrund des Krieges nicht dafür geworben wurde zu spenden. Deshalb blieben die Eingänge insgesamt gering. In den erhaltenen Akten finden sich nur wenige Hinweise auf Auszahlungen bzw. gewährte Baudarlehen. Offenbar wurden nur vier Darlehen bewilligt. Die Begünstigten waren ein „Veteran“ des Ersten Weltkriegs, zwei Kreisleiter und ein Gauamtsleiter. Ab 1940 wurden Kleinstbeträge von 15 bis 100 RM an Privatpersonen ausgezahlt, die von den Folgen des Luftkriegs betroffen waren. Der Großteil des Vermögens wurde hingegen in Reichspapieren angelegt, wie der verantwortliche Wirtschaftsprüfer es 1944 empfahl. 1945 waren 430.000 RM als „Depositen“ verzeichnet.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschlagnahmte die britische Militärregierung das Vermögen der Karl Kaufmann-Stiftung, das 540.000 RM betrug. 1945 bis 1947 ließ der Oberfinanzpräsident die Vergangenheit der Karl Kaufmann-Stiftung untersuchen. 1947 berichtete der ehemalige Geschäftsführer der Hamburgischen Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft (GVG), deren Grün-

zungskapital aus „Arisierungsspenden“ stammte, diese habe Gelder an die Karl Kaufmann-Stiftung überwiesen. Ab September 1938 habe die GVG Überweisungen grundsätzlich an die „Hamburger Stiftung von 1937“ getätigt. Nachdem der ehemalige Gauschatzmeister Wilhelm Hermanüssen, der auch für die Verwaltung der Karl Kaufmann-Stiftung zuständig gewesen war, 1947 jedoch eine Verbindung zwischen der Stiftung und der GVG bestritten hatte, ging der für die Untersuchung zuständige Oberfinanzpräsident dieser Frage nicht mehr nach.

1951 beschäftigten sich verschiedene Institutionen – das Landesamt für Vermögenskontrolle, das der Finanzbehörde zugeordnet war, die Senatskanzlei und die Sozialbehörde – mit der Frage, ob die Karl Kaufmann-Stiftung eine NS-Einrichtung gewesen sei.

1952 entschied das Landesamt für Vermögenskontrolle, das das Vermögen der NSDAP und ehemaliger Nationalsozialisten verwaltete und untersuchte, es könne sich nicht um eine NS-Einrichtung handeln und damit bestehe kein Sperrgrund für das Vermögen. Andernfalls wäre das Stiftungsvermögen erloschen. So bemühte sich aber die Senatskanzlei als Aufsichtsbehörde der Stiftungen darum, „daß die Stiftung wieder funktionsfähig wird“. Wenig später beurteilte der Leitende Regierungsdirektor Birckholtz in der Sozialbehörde das Vermögen – nach der Währungsreform betrug es 33.000 DM – als so gering, „daß eine Förderung von Bauvorhaben etwa in dem Sinne, wie das die ursprüngliche Satzung vorsah, nicht möglich sein wird“. Daher schlug er die Auflösung der Stiftung und die Überweisung des Vermögens an eine andere wohltätige Stiftung vor. Eine Satzungsänderung im März 1952 machte dieses Vorhaben möglich. Die Auflösung wurde im April 1952 beschlossen und das Vermögen auf die Alida Schmidt-Stiftung übertragen.

Bei der Durchsicht der Akten zur Karl Kaufmann-Stiftung entsteht der Eindruck, dass die beteiligten Institutionen eine pragmatische Lösung anstrebten, um das Stiftungsvermögen für aktuelle Investitionsvorhaben zu gewinnen. Die Verantwortlichen in der Sozialbehörde folgten der Aussage des ehemaligen Gauschatzleiters, es habe keine Verbindung zwischen der Hamburgischen Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft und der Karl Kaufmann-Stiftung gegeben. Auch hinterfragte man nicht, welche Hamburger Geschäftsleute und Unternehmen in den Anfängen für die Stiftung gespendet hatten und welche Motive diese hatten. Die Forschungsergebnisse des Historikers Michael Werner über die „Hamburger Stiftung von 1937“ lassen jedoch den Schluss zu, dass Karl Kaufmann auch mit der kleineren Stiftung seinen Rückhalt bei sei-

nen Parteigenossen stärken wollte. Allerdings wurde die Vergabe von Baudarlehen mit Beginn des Zweiten Weltkrieges obsolet, da die Bautätigkeiten in Hamburg generell endeten.

Im Vordergrund bei der Entscheidung, das Vermögen der Karl Kaufmann-Stiftung auf die Alida Schmidt-Stiftung zu übertragen, stand wohl auch die Dringlichkeit, finanzielle Mittel für die Schaffung von neuem Wohnraum verfügbar zu machen.

## Der Bau neuer Wohnheime

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Heime generell eine wichtige Bauaufgabe, um Flüchtlinge, Jugendliche, Alte und Kranke – darunter viele „Butenhamburger“, die im Zweiten Weltkrieg als Ausgebombte Zuflucht vor allem im Hamburger Umland gesucht hatten und nun zurückkehrten – unterzubringen. Frühes Ziel war, Notunterkünfte in Form von Nissenhütten und Barackenlagern abzuschaffen und neue zeitgemäße Wohnheime an deren Stelle zu setzen.

In den 1950er Jahren nahm die Alida Schmidt-Stiftung ihren Auftrag wahr, Wohnraum für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen, soweit dies in Folge des Zweiten Weltkriegs notwendig erschien. Aufgrund der engen Verknüpfung zwischen Behörde und Stiftung formulierte die Sozialbehörde den Bedarf. In den 1950er und 1960er Jahren stand die Versorgung mit Wohnungen ganz im Vordergrund; erst ab den 1970er Jahren wurden pädagogische und therapeutische Angebote nach heutigem Verständnis entwickelt.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Alida Schmidt-Stiftung blieb zunächst an der Bürgerweide. Bis Anfang der 1950er Jahre war das von Ida Schmidt errichtete Wohnstift mit einigen „stiftsfremden Personen“ belegt. 1954 entstanden ein Wohnheim für „heimat- und anhanglose Mädchen“ in der Bürgerweide 19 und ein Wohnheim für „Schwerbeschädigte“ in der Bürgerweide 21. Neben diesen drei Heimen in Borgfelde wurden drei Wohneinrichtungen im Bezirk Wandsbek geplant: 1956 wurde ein Wohnheim für Tbc-kranken Männer in Jenfeld eröffnet, das 1973 dann in das Sozialtherapeutische Wohnheim umgewandelt werden sollte. 1961 wurde der Bau einer Altenwohnanlage in der Elsa-Brändström-Straße abgeschlossen. Außerdem setzten Ende der 1950er Jahre Planungen für eine größere Wohnanlage im Zikadenweg in Wandsbek-Marienthal ein, die jedoch erst 1972 eröffnet wurde. 1976 wurde zudem das Max-Brauer-Heim in Bramfeld fertiggestellt – ebenfalls im Bezirk Wandsbek. Diese Planungen könnten so gedeutet werden, dass die

*53 Ehepaare zogen 1954 in  
das neu erbaute Altenheim  
für Schwerbeschädigte in der  
Bürgerweide 21.*



Alida Schmidt-Stiftung und die Sozialbehörde den Auftrag ernst nahmen, anstelle der 1951 aufgelösten Wandsbeker Stiftungen neuen Wohnraum zu erstellen.

Außerdem vermietete die Stiftung die Wohnungen in dem bereits genannten St. Georgs-Hospital und dem Eisenstift im Poßmoorweg und Heidberg in Winterhude. Diese wurden jedoch vor allem in Stand gehalten.

## **Das Mädchenwohnheim in der Bürgerweide**

1952 setzten die Planungen für das „Wohnheim für heimat- und anhanglose Mädchen“ sowie das Heim für Schwerbeschädigte mit 53 Wohneinheiten ein, das in den oberen Geschossen weiteren Platz zur Unterbringung von Mädchen bot. Auf dem Grundstück in der Bürgerweide 19 und 21 hatte seit 1872 die Taubstummenanstalt ihren Sitz gehabt. Nachdem bei den Bombardierungen der Alliierten auf Hamburg im Juli 1943 nur das Direktorengebäude unversehrt geblieben war, erwog die Taubstummenanstalt den Wiederaufbau. Da sich ein Entschluss verzögerte, entzog die Stadt ihr das 3.400 qm große Grundstück. Nach der provisorischen Unterbringung der Institution in anderen Schulen wurde in den 1960er Jahren eine neue Gehörlosenschule in Wandsbek gebaut.

Ein zusätzliches Mädchenwohnheim erschien notwendig, da in der Nachkriegszeit in Hamburg bis zu 26.000 Jugendliche ohne Eltern gezählt wurden. Viele kamen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der Sozialistischen Besatzungszone. Außerdem sollen die Töchter von „Butenhamburgern“ dort untergebracht gewesen sein, die zur Ausbildung in Hamburg waren, wie sich der spätere Geschäftsführer der Stiftung, Harald Wehking, erinnert, der in den 1950er Jahren im Amt für Wohlfahrtsanstalten tätig war. Auch ein Vermerk der Jugendbehörde stellte 1959 fest, dass vor allem Schülerinnen und Lehrlinge dort Unterkunft fanden. In den 1970er Jahren er-

zählten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in den Anfängen seien „höhere Töchter“ unterbracht gewesen. Das Mädchenwohnheim war jedoch von Anfang an auch für „Sozial-Gefährdete“ gedacht, wie auch das „Handbuch der privaten und öffentlichen Sozial-, Jugend- und Gesundheitseinrichtungen“ von 1966 es aufführte. Die Jugendbehörde wies solche jungen Frauen bis in die 1960er Jahre jedoch eher in Einzelfällen zu.

In den Anfängen waren 94 Heimplätze für junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren in Mehrbettzimmern vorhanden. Die Betreuung übernahmen drei „pädagogische Heimkräfte“. Für die Versorgung waren vier Hauswirtschaftskräfte zuständig. Vier Jahre nach Eröffnung galt es dem Heimausschuss des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der dem Heim einen Besuch abstattete, als „recht gut“. Der Bericht hielt fest, dass die Bewohnerinnen eine Mahlzeit nach dem Arbeitstag erhielten. Die Zimmer der Mädchen und die Gemeinschaftsräume seien „wohnlich und geschmackvoll eingerichtet“ und würden einen „außerordentlich gepflegten Eindruck“ machen. Die Gesamtbilanz lautete: „Beanstandungen oder Empfehlungen erübrigen sich in diesem sehr gut eingerichteten Heim.“

1962 wurde die Belegungszahl von 93 auf 81 Plätze reduziert, um mehr Einzel- und Zweibettzimmer zu gewinnen. 1964 wurde zur weiteren „Auflockerung“ die Anzahl der Plätze von 81 auf 58 Plätze verringert.

## **Wohnheime für Schwerbeschädigte, Tbc-Kranke und „Alte“**

In den 1950er und 1960er Jahren plante die Sozialbehörde mehrere Wohnheime für Alte, Schwerbeschädigte und Tuberkulose-Kranke unter dem Dach der Alida Schmidt-Stiftung.

Zwar unterhielt die Sozialbehörde bereits Heime für diese Personen, oft wurden sie aber auch in Behelfsunterkünft-

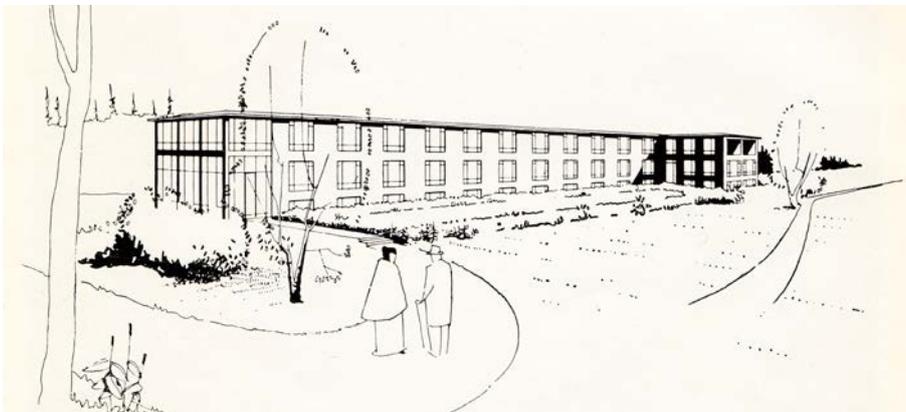
ten wie Nissenhütten oder Kasernen untergebracht. In der Broschüre „Heime der Sozialbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg“ von 1953 benannte Senator Gerhard Neuenkirch unter anderem die Bauvorhaben der Alida Schmidt-Stiftung. Vorgestellt wurden das Alterswohnheim für Schwerbeschädigte in der Bürgerweide 21 und das Tbc-Wohnheim für Männer in Jenfeld.

1954 wurde das Heim für „Schwerbeschädigte“ in der Bürgerweide 21 fertiggestellt. Das viergeschossige Gebäude umfasste 53 Wohnungen für Ehepaare. In den ersten Jahrzehnten wurden die Wohnungen gut angenommen, wie sich Harald Wehking erinnert.

1953 begannen die Planungen für das „Wohnheim Weidenhof“ für an Tbc erkrankte Männer in Jenfeld. Diese gefährliche Infektionskrankheit war in der Nachkriegszeit weit verbreitet. Durch die Aufnahme der Betroffenen in einem Heim sollte die Ansteckungsgefahr für die übrige Bevölkerung gebannt werden. Das Heim nahm erkrankte „nichtarbeitsfähige“ Männer auf, die sonst keine Unterkunft fanden. Doch schon kurz nach seiner Eröffnung übergab die Alida Schmidt-Stiftung im Juni 1956 das Wohnheim mit 73 Plätzen an die Sozialbehörde zur

weiteren Verwaltung. Denn die Stiftung war mit der Betreuung der Bewohner überfordert, die oft Alkohol- und andere persönliche Probleme hatten. Zwar gab es in den folgenden Jahren in der Sozialbehörde Überlegungen, das Heim der Stiftung zurück zu übertragen, aber diese blieb bis Anfang der 1970er Jahre lediglich Vermieterin des Wohnheims. Während 1967 noch etwa 60 Bewohner mit offener und damit ansteckender Tuberkulose dort lebten, waren es Anfang der 1970er Jahre wesentlich weniger. 1970 sollen „überwiegend labile, sozial anfällige Personen, mit Störungen in der Persönlichkeit, meist Trinker oder auch psychisch Kranke, die mit ihren Problemen nicht fertig werden,“ im Heim gewesen sein, wie ein zeitgenössischer Bericht sie nannte.

1961 wurde das „Rentnerheim“ in der Elsa-Brändström-Straße in Jenfeld eingeweiht. Die Alida Schmidt-Stiftung hatte dafür unter anderem Mittel aus dem Zahlenlotto und Fußballtoto eingeworben. Die Anlage bestand aus drei Zeilenhäusern, die gelb geklinkert waren, wie sie in den 1950er und 1960er Jahren in vielen Gegenden Hamburgs gebaut wurden. Die 117 Wohnungen wurden mit Balkon, kleiner Küche und WC ausgestattet. Es gab sogar eine Zentralheizung. 37 Wohnungen waren für Ehepaare gedacht.



*69 Tbc-krankte Männer konnten ab 1956 im Wohnheim „Weidenhof“ in Jenfeld leben.*



*Die Altenwohnanlage in der Elsa-Brändström-Straße in Jenfeld wurde 1961 eingeweiht.*

# Ausbau und sozialpädagogische Neuerungen (1969 – 1991)



In den 1950er und 1960er Jahren war die drängende Wohnungsnot behoben worden. Mit dem Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik wurde zudem der Sozialstaat ausgebaut. Nachdem die Grundbedürfnisse befriedigt waren, wurden jedoch neue gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen deutlich. Als der Wirtschaftsboom in der Bundesrepublik mit dem weltweiten Ölpreisschock 1973/74 einen Einbruch erlebte, traten weitere Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit auf.

Die Alida Schmidt-Stiftung differenzierte ab den 1970er Jahren ihre Aufgaben aus und beschritt neue Wege in den Bereichen Jugend-, Sucht- und Altenhilfe mit teilweise innovativen Konzeptionen. In der Rückschau lässt sich der Eindruck gewinnen, dass die Alida Schmidt-Stiftung in den 1970er und in der ersten Hälfte der 1980er Jahre ein „Labor“ oder eine „Werkstatt“ war, in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viele Freiheiten hatten, um die neuen Konzeptionen in der praktischen Arbeit zu entwickeln und umzusetzen. Eng verknüpft ist dieser Eindruck mit der jungen Generation von Sozialpädagoginnen und -pädagogen, die ab 1970 aus den Hochschulen kamen und neue pädagogische und therapeutische Ansätze mitbrachten. Oft waren sie zu großem persönlichen Einsatz bereit und wollten dabei die Grenzen zwischen Klienten bzw. Klientinnen und ihnen selbst aufweichen.

Die überaus prägende Persönlichkeit an der Spitze der Alida Schmidt-Stiftung in den 1970er und 1980er Jahren war der Geschäftsführer Harald Wehking.

## Die Stiftung wird eigenständig und erweitert ihre Arbeitsfelder

Hauptamtlich war Harald Wehking seit 1965 im Amt für Wohlfahrtsanstalten (später Amt für Heime, seit 1991 Landesbetrieb Pflegen & Wohnen) für die Verwaltung der städtischen Pflegeheime und teilweise der Wohnunterkünfte zuständig gewesen. Seit 1969 war er nebenamtlich als Geschäftsführer der Stiftung tätig. Zu dieser Zeit übernahm die Sozialbehörde die Buchhaltung und Vermittlung der Wohnungen der Alida Schmidt-Stiftung. Unterstützung fand Harald Wehking bei den jeweils amtierenden Vorständen. Die Entscheidungswege in der Stiftung waren so kurz, dass stets eine schnelle, unbürokratische Umsetzung von Beschlüssen im operativen Geschäft gewährleistet war.

Harald Wehking führte den Bereich Suchtkrankenhilfe völlig neu in die Stiftung ein. Dieser Arbeitsbereich war ihm eine Herzensangelegenheit, seitdem er nach seiner Ausbildung acht Jahre im Heinrich-Eisenbarth-Heim in Reinbek als Leiter des fürsorgerischen Bereichs gearbeitet hatte. In dem nach dem Hamburger Sozialsenator (1946–1950) benannten Heim waren seit 1948 Männer mit unterschiedlichen Krankheitsbildern und Alkoholabhängige untergebracht. Die sechsmonatige Behandlung bestand laut Wehking im Wesentlichen in der Ausübung eines geregelten, arbeitsbetonten – Feldarbeit! – Tagesablaufs. Wehking war sehr besorgt wegen der unzureichenden therapeutischen Hinwendung zu den therapiewilligen Alkoholikern. Als Geschäftsführer der Stiftung schuf er mit dem Sozialtherapeutischen Wohnheim Jenfeld – heute Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld – und der Fachklinik Hansenberg Angebote für genau diese Zielgruppe. Unter Wehking's Ägide erhielt außerdem das Mädchenwohnheim einen neuen Charakter, und das Max-Brauer-Heim kam als neuartige Altenwohnanlage hinzu.

1979 wurde Harald Wehking zum hauptamtlichen Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung, der Flutopfer-Stiftung von 1962 und der Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung bestellt. Diese Entscheidung fiel, nachdem er zunächst Senator Weiß und 1978 Senator Ehlers darum gebeten hatte, aufgrund der hohen Belastung das Nebenamt abgeben zu können. Mit der Entscheidung für einen hauptamtlichen Geschäftsführer wurde auch die Verwaltung der Stiftung aus der Behördenstruktur herausgelöst und eine neue „Hauptverwaltung“ für die Alida Schmidt-Stiftung und die beiden anderen Stiftungen eingerichtet. Diese hatte ihren Sitz an der Finkenau im Stadtteil Uhlenhorst. Die kameralistische Buchführung der Behörde wurde auf eine kaufmännisch-wirtschaftliche und bald auch EDV-gestützte Buchhaltung umgestellt. Herr Wehking entwickelte eine Organisationsstruktur für eine professionelle Stiftungsverwaltung und stellte Personal für die Bereiche Buchhaltung, Bauangelegenheiten, Wohnungsverwaltung und Sekretariat ein.

Durch seine vielfältigen Aktivitäten hatte Harald Wehking die Stiftung nicht nur in die Selbstständigkeit geführt, sondern auch die Geschäftsfelder der Alida Schmidt-Stiftung erheblich erweitert.

# Harald Wehking

war 22 Jahre lang Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung,  
von 1969 bis 1991



## Herr Wehking, wie wurden Sie Geschäftsführer der Stiftung?

Ich war zehn Jahre nebenberuflicher und zwölf Jahre hauptamtlicher Geschäftsführer. Die Tätigkeit wurde erstmals an mich herangetragen, als ich Verwaltungsleiter im damaligen Amt für Wohlfahrtsanstalten war. Ich stimmte zu. Weil aber der Umfang der Tätigkeiten immer mehr zunahm und ich sie nur unter weitgehendem Verzicht auf mein privates Leben außerhalb der normalen Arbeitszeit leisten konnte, bat ich immer wieder um meine Entlassung aus diesem Amt. Die wurde aber jedes Mal abgelehnt. Stattdessen wurde ich wiederholt gefragt, ob ich nicht die Geschäftsführung hauptberuflich übernehmen wolle. Anfangs wollte ich nicht, aber nach diversen Gesprächen wurde ich dann doch Geschäftsführer für drei Stiftungen: Alida Schmidt-Stiftung, Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung und Flutopfer-Stiftung von 1962.

## Sie führten die Stiftungen in die Eigenständigkeit. Wieso?

Eine meiner Bedingungen für die Übernahme der Geschäftsführung war es gewesen, dass ich alle Aufgaben in Eigenregie durchführe. Bislang waren viele Tätigkeiten wie die Buchhaltung und die Mietauswahl in den Behördendienststellen erledigt worden. Ich wollte aber eine klare Trennung zwischen Behörde und Stiftung, denn sonst hätte ich als Leiter nie selbstständig handeln können. Also habe ich als Erstes die Ärmel hochgekrempt und eine Verwaltung in Räumen in der Finkenau aufgebaut.

## In Ihrer Amtszeit erweiterte die Alida Schmidt-Stiftung ihr Angebot um das Arbeitsfeld der Suchthilfe. Wie kam es dazu?

In mir waren alte Ideen wieder wach geworden. So war ich zu Beginn meiner beruflichen Laufbahn acht Jahre lang im Heinrich-Eisenbarth-Heim, heute Sachsenwaldau, tätig gewesen. Die mangelnde therapeutische Hinwendung zu den dort untergebrachten therapiewilligen Alkoholikern hatte mich sehr beschäftigt. In der Stiftung sah ich die Gelegenheit, ein Angebot für genau diese Menschen zu machen. Gemeinsam mit dem damaligen Amtsleiter versuchte ich, Politiker für diese Idee zu gewinnen. Wir luden zu einer einwöchigen Rundreise in deutsche und Schweizer Heilstätten ein – die Resonanz war sehr gut und die Unterstützung war uns sicher.

## Wie kam es dann zur Einrichtung des Fachkrankenhauses Hansenbarg?

Der Senator informierte mich über das ehemalige Kinderheim der LVA in Hanstedt. Als ich erstmals das Gebäude sah, mit seiner überschaubaren Größe und der Nähe zu Hamburg, da wusste ich: „Das ist das, was wir gesucht haben! Hier errichten wir eine Fachklinik für besserungsfähige Alkoholiker.“ So kam die Stiftung zum Fachkrankenhaus Hansenbarg. Die Konzeption habe ich übrigens im Krankenhaus geschrieben. Ich hatte einen Bänderriss und viel Zeit. Ohne eine Änderung wurde die Konzeption von der Fachabteilung freigegeben.

### **Und die anderen Einrichtungen der Suchthilfe?**

Ein paar Jahre vorher hatte ich aus dem ehemaligen Wohnheim für Tbc-krankte Männer in Jenfeld das therapeutische Wohnheim für alkoholranke Männer geschaffen. Das Haus war nicht mehr ausgelastet gewesen, die Zahl der Tbc-Erkrankungen war seit dem Zweiten Weltkrieg ständig gesunken. Wir bauten die Zimmer um und die ersten Alkoholkranken zogen ein. Um die Therapiekette zu schließen, wollte ich dann noch eine Beratungsstelle für alkoholabhängige Männer und Frauen schaffen. Diese Möglichkeit ergab sich 1990 in Ladenräumen in der Bürgerweide 21. Das Fachkrankenhaus Hansenbarg betrieb die Beratungsstelle mit eigenen Sozialarbeitern. So war die Stiftung im Suchtbereich nach meinen Vorstellungen gut aufgestellt.

### **Auch das Max Brauer Haus eröffnete in Ihrer Amtszeit. Wie kam es dazu?**

Senator Weiß fragte mich, ob wir eine neue Altenwohnanlage mit Wohnungen und Pflegestation in Bramfeld pachten wollten. Die würde von der damaligen Neue Heimat gebaut werden. Nach einigen Beratungen wurde der Pachtvertrag unterzeichnet. Das ging alles schnell, aber man darf nicht vergessen: Ich war ja auch Geschäftsführer zweier, später drei weiterer Stiftungen, die ausschließlich Seniorenwohnanlagen betrieben. Das Thema Seniorenhilfe war mir also sehr vertraut. Und die Alida Schmidt-Stiftung hatte selbst ja auch Altenwohnanlagen: im Zikadenweg, in der Elsa-Brändström-Straße und in der Bürgerweide 21.

### **Welche Aktivitäten erinnern Sie aus Ihrer Zeit als hauptamtlicher Geschäftsführer?**

Oh, viele. Wir traten dem Arbeitgeberverband „Arbeitsrechtliche Vereinigung“ bei, es wurden Betriebsräte gegründet, eine zusätzliche Altersversorgung für die Mitarbeiter eingeführt, ein Betriebsarzt, EDV in der Buchhaltung, turnusmäßige Heimleitersitzungen, Reisen für die Bewohner der Altenwohnanlagen, Heim- und Bewohnerbeiräte und vieles mehr. Zu tun gab es immer!

### **Wie blicken Sie auf Ihre Zeit bei der Stiftung zurück?**

Ohne dass ich es vorhersehen konnte, war die Geschäftsführung der Stiftungen die Erfüllung meines Berufsraums. Die Möglichkeit, mich unternehmerisch und gestalterisch zu betätigen, das hat mir sehr, sehr viel Freude gemacht.

## Eine Hauptverwaltung für fünf Stiftungen

1979 wurden unter der Geschäftsführung von Harald Wehking drei Stiftungen unter eine gemeinsame Hauptverwaltung gestellt: die Alida Schmidt-Stiftung, die Flutopfer-Stiftung von 1962 sowie die Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung. Damit wurde der Bedeutung der Stiftungen mit damals 13 Einrichtungen mit insgesamt etwa 2.000 Wohnungen und Pflegeplätzen Rechnung getragen. 1982 kam die Georg und Emma Poensgen-Stiftung dazu, 2023 die Hamburger Stiftung Wohnen und Teilhabe. Die fünf gemeinnützigen Stiftungen waren und sind weiterhin rechtlich und wirtschaftlich unabhängig voneinander.



Alida Schmidt-Stiftung  
Flutopfer-Stiftung von 1962  
Georg und Emma Poensgen-Stiftung  
Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung  
Hamburger Stiftung Wohnen und Teilhabe

2006 zog die Verwaltung in die Hamburger Straße in Barmbek-Süd. Hier arbeiten neben der Geschäftsführung rund 25 Mitarbeitende, in den Bereichen Betriebswirtschaft, Personalwesen, Buchhaltung, Wohnungswirtschaft, Bau und Gebäudetechnik sowie IT und Öffentlichkeitsarbeit.

Geleitet wird die Alida Schmidt-Stiftung von einem ehrenamtlichen Vorstand. Während Senatsmitglieder in den Anfängen noch als Verwalter und später als Vorstände der Alida Schmidt-Stiftung wirkten, wurde diese Aufgabe zum Ende der 1970er Jahre an leitende Mitarbeiter der Sozialbehörde delegiert. In diesem Zusammenhang gehörte zeitweilig auch der spätere Erste Bürgermeister Ortwin Runde den Stiftungsvorständen an. Heute entsendet die Sozialbehörde keine Beschäftigten mehr in den Vorstand.

Die von Ida Schmidt gewünschte Verbindung zur Freien und Hansestadt Hamburg wird dadurch gewährleistet, dass der Präses der Hamburger Sozialbehörde den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Alida Schmidt-Stiftung bestellt. Vier weitere sozial interessierte Personen werden vom Vorsitzenden berufen. Regelmäßige Vorstandssitzungen und eine enge Verknüpfung zwischen Geschäftsführung und Vorstand sichern die „gemeinsame Linie“ aller handelnden Personen.

## Vom Mädchenwohnheim zur pädagogischen Einrichtung

1972 registrierte die Heimaufsichts-Kommission bei einer Besichtigung des Mädchenwohnheims in der Bürgerweide 19, dass 26 Bewohnerinnen von den Bezirksjugendämtern eingewiesen worden waren. 15 waren aus anderen Heimen gekommen, 17 hatten den Weg dorthin aus eigener Entscheidung genommen. Es befanden sich 16 Lehrlinge, 9 Schülerinnen, 24 Ausgelernte, 9 Ungelernte und eine (Früh-)Rentnerin dort. Die meisten verfügten über eine Schul- und Berufsausbildung, einige waren wohl verhaltensauffällig.

Ab Mitte der 1970er Jahre veränderte sich das Wohnheim für Mädchen und junge Frauen in der Bürgerweide grundlegend. Nach einem Besuch des Mädchenwohnheims 1975 stellte das Landessozialamt in seinem Bericht fest, der „Personenkreis“ habe sich in den beiden vorangegangenen Jahren gewandelt. Es handele sich bei den

Bewohnerinnen um Mädchen, die „fast ausnahmslos aus gestörten, unvollständigen und problembeladenen Familien“ kämen. Viele seien arbeitslos und hielten sich tagsüber im Heim auf. Der Bericht von 1975 schätzte außerdem den Zustand des Hauses als problematisch ein, da fünf Zimmer dringend renovierungsbedürftig waren und nicht bewohnt werden konnten.

Da die Alida Schmidt-Stiftung mit dem vorhandenen Personal die Situation nicht bewältigen konnte, sah der Stiftungsvorstand in dieser Situation zwei Möglichkeiten: entweder das Heim zu schließen oder es personell so auszustatten, dass es aktuellen sozialpädagogischen Anforderungen gerecht würde. Dabei sollte die Bettenzahl auf 41 reduziert werden. Die Entscheidung fiel zugunsten der zweiten Möglichkeit aus. In der Folge wurde das Heim in eine sozial-therapeutische Einrichtung für „Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (Anspruchsgrundlage gemäß § 72 BSHG)“ umgewandelt.

Noch 1975 wurden erste Renovierungsarbeiten durchgeführt, Teeküchen eingerichtet und die Zimmer individueller gestaltet. Klagen über den unzureichenden Zustand wurden jedoch in der Folge immer wieder laut. Norbert Rohde erinnert sich, dass die Einrichtung noch 1978, als er seine Tätigkeit als Sozialpädagoge aufnahm, wie ein „Lehrlingswohnheim“ anmutete: „[...] mit angeliefertem Essen von der Großküche und optisch war das ein Heim. [...] lange Schläuche, Zweitbettzimmer.“

Die Situation im Wohnheim ist im Kontext mit der Psychiatriereform und der sogenannten Heimreform in der Jugendhilfe zu verstehen. In der gesamten Bundesrepublik wurde Ende der sechziger und in den siebziger Jahren die Situation in den Hilfeeinrichtungen angeprangert. Die massiven Proteste führten letztendlich zur Psychiatrie-Enquete und in der Jugendhilfe zur völligen Umstrukturierung der Hilfelandschaft und 1991 zur Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Für die zweite Hälfte der 1970er Jahre lassen sich Zwischenfälle berichten, die sich heute geradezu abenteuerlich ausnehmen. 1976 – zwei Tage vor Heiligabend – schlug die Heimleiterin Alarm, da die Situation außer Kontrolle zu geraten drohe. Freunde der Bewohnerinnen hätten sich Zutritt zum Gebäude verschafft und würden dort sogar übernachten, berichtete sie dem Geschäftsführer. Außerdem sei die personelle Besetzung zu knapp. Daraufhin setzte Wehking einen pensionierten Kriminalkommissar als Nachtwache ein und ließ die Türschlösser auswechseln.

Es gab eine Ballung von problematischen Fällen – darunter drogenabhängige und sich prostituierende Frauen – und es kam sogar zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Zuhältern. Auch in dieser Situation vertraten die Sozialpädagogen die Meinung, niemand solle abgewiesen werden.

Dass die Stimmung Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre im Heim aufgeheizt war, zeigt auch ein Fotokalender für das Jahr 1980, für den die Sozialarbeiter mit den Bewohnerinnen gemeinsam Fotos gemacht und Themen ausgewählt hatten. Er war zum Verkauf bestimmt, um Gruppenreisen der Bewohnerinnen zu finanzieren. Mit dem Kalender-Titel „Bambule“ bezogen sich die Bewohnerinnen auf den Film von Ulrike Meinhof von 1970, der die allgemein vorherrschenden autoritären Zustände in Kinder- und Jugendheimen anprangerte. Der Kalender sagt viel über das Selbstbild der jungen Frauen aus. So kommt darin eine Einladung an die Nachbarn zu einem Kaffeeklatsch vor: „Wir sind der Meinung, daß in der Nachbarschaft wenige oder falsche Informationen über unser Wohnheim und uns Frauen gegenüber bestehen. Die Mädchen und Frauen, die hier wohnen, sind hier, weil sie es zu Hause nicht mehr ausgehalten oder keine Unterkunft hatten. Einige sind der Meinung, daß sie hier das Richtige gefunden haben, weil sie von hier aus weiter einer Arbeit bzw. Ausbildung nachgehen, eine Ausbildung beginnen oder zu einem Ausbildungsverhältnis zurückfinden können. Wir laden alle herzlich ein!“ Aus den „Forderungen der Frauen an die Stiftung“ sprach auch konstruktiver Wille, etwas an dem baulichen

*Weiter auf Seite 29*



*Vorbereitungen für die hausinterne Faschingsparty in der Bürgerweide 19. Hier lebten Mädchen und junge Frauen mit „besonderen sozialen Schwierigkeiten“.*

# Jana Körner

leitet seit sechs Jahren die zwei ambulanten Teams des Bereichs Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe mit je rund 10 Mitarbeiter\*innen.



Susanne Kühn, Jana Körner

## **Ich bin Jana Körner und zu meinen Aufgaben gehört zuerst die Führung meiner Teams.**

Ich gucke und höre genau hin, wie es allen geht und zeige Präsenz. Auch die Personalentwicklung, einerseits das Fördern, andererseits auch mal das konstruktive Kritikgespräch, ist wichtig.

Das zweite große Aufgabengebiet ist die Fall- und Fachberatung. Ich erfahre immer, wenn es bei den von uns betreuten Frauen oder Familien Probleme gibt, und dann beratschlagen wir im Team, was es für Lösungen gibt.

Das gilt insbesondere für Kindeswohlgefährdungen oder Krisen.

Ich steuere auch die Auslastung der Teams und die unserer trägereigenen Wohnungen. Wann wird wo renoviert und wer kann wann wo wie einziehen und wer macht die Betreuung? Das ist manchmal ein kleines Puzzle, bis alle damit zufrieden und einverstanden sind, denn das ist mir sehr wichtig.

Meine Kollegin und ich haben auch Projektverantwortung. Wir haben hier wahn-sinnig viel Gestaltungsraum, und wenn wir ein Projekt aufrufen, dann können wir das relativ eigenverantwortlich an den Start bringen, Arbeitskreise gründen etc. Ein Beispiel ist unser neues Kindeswohlgefährdungskonzept und aktuell überarbeiten wir das Gewaltschutzkonzept.

**Mir persönlich macht die Personalführung am meisten Spaß.** Ich finde besonders Gespräche „zwischen Tür und Angel“ sehr wertvoll, weil ich da einfach immer wieder ganz andere Dinge höre als im Teamgespräch. Auch die Mitarbeitenden schätzen das sehr, dieses „Nahbare“.

**Das Schwierige an der Arbeit in der Sozialpsychiatrie ist aktuell das Spannungsfeld,** in dem wir uns immer wieder bewegen. Hier ist der Minikosmos unserer Einrichtungen und wir treffen auf Kliniken, die keine Plätze für unsere psychisch erkrankten Klient\*innen haben, es gibt keine Plätze in den Kinderschutzhäusern, wir treffen auf überlastete Jugendämter, Kontakt zu deren Mitarbeitenden ist sehr schwer und vieles mehr. Das führt dazu, dass wir selbst sehr viel Verantwortung übernehmen müssen. Immer wieder berichten mir meine Kolleg\*innen von besonderen Herausforderungen und es ist eine permanente Gratwanderung – einerseits zum Wohle unserer Klient\*innen zu handeln und andererseits auch die Mitarbeitenden im Blick zu haben.

**Meine Motivation, hier zu arbeiten, ist, etwas zur Gesellschaft beizutragen.** An einer Stelle zu arbeiten, an der ich wirksam sein kann, meine Mitarbeitenden empoweren kann, dass sie ihren Job gut machen können. Und natürlich motivieren mich auch meine Teams, ganz doll auch meine Kollegin Susanne, wir lachen viel und sprechen viel auch informell.

**Ich selber bin Erzieherin und habe parallel zu meiner Tätigkeit hier Psychologie studiert** (und inzwischen das Masterstudium erfolgreich abgeschlossen) und hatte anfangs einen großen Anspruch, mich fachlich noch besser aufzustellen. Gleichzeitig durfte ich ein Führungskräftecoaching in Anspruch nehmen. Je mehr ich mich in die Leitungsrolle einfinden konnte, mich fachlich zeigen konnte, um so entspannter und gelassener bin ich geworden.

**Dann kam Corona, eine große Herausforderung.** Wir haben alle eine hohe Anpassungsleistung gezeigt und waren schon nach zwei Wochen wieder in der normalen Betreuung mit Hausbesuchen und Co. Aber natürlich waren die Teams nicht mehr so eng beieinander und es gab Nachholbedarf, den wir aber jetzt gut eingefangen haben. Aber für unsere Klient\*innen ist durch Corona die Lage sehr viel belastender und anstrengender geworden. So sind zum Beispiel die Kindeswohlgefährdungsmeldungen enorm angestiegen. Immer mehr Kinder und Jugendliche brauchen Hilfen, das habe ich auch in meiner Masterarbeit zeigen können. Der prekäre Wohnungsmarkt, Schulden und andere Rahmenbedingungen belasten unsere Klient\*innen zusätzlich.

**„Manchmal passiert lange nichts und dann alles auf einmal.“** Diesen Satz mag ich. Ja, wir haben trotzdem Erfolgserlebnisse, von denen wir zehren. Eine Klientin besichtigt 50 Wohnungen und dann klappt es bei der 51. Besichtigung. Ich zitiere noch einen Satz, aus dem „Medicus“: „Es ist, als würde man das Meer mit einem Schöpflöffel auslöffeln“. Ja, das tun wir, aber wir TUN was!

**An der Stiftung mag ich die Gemeinnützigkeit.** Ich habe das Grundvertrauen, dass das Geld hier vernünftig und an der richtigen Stelle eingesetzt wird und das passt zu meiner Überzeugung der gesellschaftlichen Aufgabe, die wir hier haben. Ich bin auch stolz, dass wir eine weibliche Geschäftsführung haben.

**Für mich kann die Stiftung Seriosität und Innovation –** wachsen, reagieren, sich verändern.



## Susanne Kühn

leitet die zwei stationären Teams der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe, die in den Mutter-/Vater-/Kind-Häusern arbeiten. Sie selbst ist seit 23 Jahren in der Stiftung.

**Ich bin Susanne Kühn und auch meine Aufgaben sind zuerst die Personalführung und die Personalsuche.** Meine Teams sind z.Zt. zehn bzw. sieben Kolleginnen groß, plus ein Nachtbereitschaftsteam und einige Honorarkräfte sowie Minijobberinnen. Ich leite also eine große Gruppe von Menschen, die zu unterschiedlichen Bedingungen und mit unterschiedlichen Motivationen hier sind.

**Ich arbeite viel daran, die Teams gut zusammenzustellen.** Mir ist es wichtig, die Kolleg\*innen entsprechend ihrer Stärken zu sehen und zu fördern und sie zu motivieren, diese schwierige Arbeit zu machen. Ich gehe auch bewusst mal mit in die inhaltliche Arbeit, damit ich auch an dieser Stelle erlebbar werde.

**Fachliche Themen, Kriseninterventionen, die stehen natürlich auch bei mir ganz oben.** Wie meine Kollegin Jana Körner beschrieben hat, betreuen wir oftmals sehr schwer erkrankte Klient\*innen und Elternteile mit ihren Kindern, bei denen wir intensive Hilfen leisten müssen. Ich muss gerade deswegen auch schauen, wer bei uns betreut werden kann. Wir können nicht nur krisenhafte Fälle aufnehmen, auch wenn es dafür viele Anfragen der Behörde gibt.

**Wie vernetzen wir unsere Kolleg\*innen?** Das ist ein spannendes Thema und das macht mir richtig Spaß. Wenn wir Kolleg\*innen zusammenbringen, entstehen neue Ideen, neue Möglichkeiten, neuer Austausch. Das finde ich richtig gut.

**Die Personalführung ist für mich besonders herausfordernd,** weil unsere Klient\*innen eine kontinuierliche, qualitativ hohe Unterstützung brauchen und mir das auch sehr wichtig ist. In meinem Bereich arbeiten viele Frauen, von denen immer wieder einige in Elternzeit gehen und dann mit kleineren Arbeitsverhältnissen wiederkommen. Es arbeiten auch Kolleg\*innen hier, die trotz aller Fachlichkeit die Arbeit für sich als zu belastend empfinden und das Team dann wieder verlassen. Das sind zwei Beispiele, die dazu führen, dass ich die Teams immer wieder neu aufstellen muss.

**Ich selber habe vor 23 Jahren als „normales“ Teammitglied hier angefangen** und seitdem hat sich wirklich viel verändert. Wir sind deutlich fachlicher geworden. Das ist gut so! Unsere Standards haben auch die Kolleg\*innen verändert, die hohe Kenntnisse über Krankheitsbilder unserer psychisch erkrankten Klient\*innen mitgebracht haben ... Es geht heute weniger um Intuition als um Fachlichkeit.

**Auch die Beteiligung der Klient\*innen ist anders geworden.** Heute denken wir das Beteiligungsmanagement immer mit. Zu Regeln, zu Angeboten, zur Hausgestaltung werden die Klient\*innen immer befragt. Und: Vor 20 Jahren hätten ganz viele Mütter, die psychisch erkrankt sind, kaum eine Chance gehabt, mit ihren Kindern in so einer Einrichtung wohnen zu dürfen. Man hätte viel früher eine Trennung vorangetrieben, weil wir uns weniger mit den Erkrankungen und ihren Folgen auseinandergesetzt haben. Es gab definitiv eine größere Stigmatisierung. Heute gucken wir: Was kann die Mutter oder der Vater eigentlich leisten und oft ist das viel mehr, als man aus dem Namen einer Erkrankung ableiten kann.

**Ich selber habe mich auch verändert, vom Teammitglied zur Teamleitung war es ein längerer Weg.** Meine Kollegin Jana Körner hatte daran einen großen Anteil. Ich hatte jahrelang keine Kollegin direkt auf meiner Ebene, aber das ist so wichtig. Heute beraten wir uns gegenseitig, gucken gemeinsam kritisch auf Dinge, coachen uns. So bin ich insgesamt mutiger und klarer geworden.

**Sehr gut an meiner Arbeit finde ich die große Freiheit, zu gestalten.** Ich würde das gerne noch viel öfter tun, z.B. „Qualitätswochen“ organisieren, Themen vorantreiben, Kolleg\*innen interne Fortbildung anbieten.

**Die Stiftung habe ich immer als einen sicheren Rahmen empfunden, als faire Partnerin.** Ich bin auch stolz, wenn ich darüber berichte, ich kann mich positiv identifizieren. Was wir an Gestaltungsspielraum erleben, das ist eingebettet in ein größeres System und das wird von unserer Geschäftsführung gesteuert, die dazu auch noch nahbar ist. Das finde ich sehr gut.



**Die Stiftung kann für mich:** Sicherheit geben, Lösungen suchen, neue Wege beschreiten, modern sein. Und sie kann ein sicherer Arbeitgeber sein.

Zustand zu verändern: So regten sie an, dass die Zimmer nicht nur weiß gestrichen sein müssten. Viel lieber würden sie ihre Zimmer tapezieren. Des Weiteren schlugen sie vor, die Flure mit Teppich auszulegen, um die Trampelgeräusche zu reduzieren. Außerdem erinnerten sie die Stiftungsleitung daran, die Treppenhäuser zu renovieren. Von dieser bewegten Zeit und unterschiedlichen Vorstellungen der Sozialpädagoginnen und -pädagogen und der Stiftungsleitung berichtete ein Artikel in der „tageszeitung“ von 1980 unter der Überschrift „Einheitlich wie bei der Behörde? Hamburger Frauenwohnheim ‚Schloss Bürgerweide‘“. In dem von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wohnheims selbst verfassten Text werden Kämpfe zwischen ihnen und dem Geschäftsführer Wehking geschildert. Während das Kollegium „die Verwaltung, Fremdversorgung und Bevormundung“ der Bewohnerinnen abbauen wollten, setzte die Leitung aufgrund von Belegungsrückgängen die Streichung einer Planstelle sowie straffere Leitungsmaßnahmen durch. Mitte 1980 schied laut Wehking darum fünf von zehn Sozialarbeitern zuzüglich der Heimleitung aus und es bot sich die Chance auf einen personellen Neuanfang.

Ergänzend zu den Plätzen in der Bürgerweide 19 wurden 1985 die ersten drei externen Wohngemeinschaften für Frauen eingerichtet. Diese entstanden in den Mietshäusern in der Probsteier Straße und Dorotheenstraße, die

durch das Carl und Amanda Behrs-Testament an die Alida Schmidt-Stiftung gefallen waren (s. S. 32). Diese WGs waren jeweils für drei Frauen gedacht und wurden von Sozialarbeitern des Wohnheims in der Bürgerweide betreut.

## Wohnen im fortgeschrittenen Alter

### Zikadenweg

Am 11. August 1972 weihte Senator Ernst Weiß die neue Wohnanlage im Zikadenweg in Marienthal ein. Die Anlage ersetzte das Wohnstift St. Georgs-Hospital, das 1951 im Rahmen der Stiftungszusammenlegung an die Alida Schmidt-Stiftung gefallen war. Zu den Planungen war es gekommen, da die Volksfürsorge ihren Verwaltungssitz in St. Georg um das Grundstück des St. Georgs-Hospitals erweitern wollte. Zum Tausch bot sie das Grundstück im Wandsbeker Stadtteil Marienthal an. Erste Pläne entstanden 1959, der Baubeginn verzögerte sich aufgrund finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten jedoch bis 1969/70. Leitender Architekt war der Hamburger Hans-Georg Tinneberg, der unter anderem am Bau der Groß-

*Die Altenwohnanlage im Zikadenweg galt bei ihrer Eröffnung 1972 als Modellanlage.*



siedlung Steilshoop beteiligt war. Die Anlage bestand aus zweigeschossigen Gebäuden mit 71 Wohnungen für Alleinstehende und 26 Wohnungen für Ehepaare sowie einem Gemeinschaftshaus. Die Wohnungen verfügten über eine Küche, ein Duschbad, Zentralheizung, Wasserboiler und Loggien zum Garten.

In seiner Einweihungsrede 1972 stellte Senator Weiß die Anlage als vorbildlich vor: „Altersgerechte Modellanlagen sollten daher in die Wohnregion der anderen Bürger eingestreut angesiedelt werden, und sie sollten einen gemeinschaftsfördernden Charakter haben. Dieses setzt gewisse bauliche Merkmale voraus. Das erfordert die Bereitstellung von Dienstleistungen und Gemeinschaftsräumen, aber auch die Herstellung von Freundschaften mit Bürgergruppen nach außen, die sich diese Freundschaft zur Aufgabe gemacht haben.“

Letztlich erwiesen sich die Überlegungen von Senator Weiß als Wunschdenken. Denn umfassende Betreuungsangebote wie im 1976 eröffneten Max-Brauer-Heim gab es im Zikadenweg noch nicht. Die Wohnungen, die im Vergleich zum Standard in der Nachkriegszeit komfortabel waren, erfreuten sich zwar zunächst einer gewissen Beliebtheit. Ab den 1980er Jahren zeichnete sich jedoch Leerstand ab, da sich die Bedürfnisse grundlegend veränderten.

## Max-Brauer-Heim

1976 schlug die Alida Schmidt-Stiftung mit dem Max-Brauer-Heim, im Jahr 2000 umbenannt in Max Brauer Haus, eine neue Richtung ein: Zum ersten Mal betrieb sie eine zweistufige Anlage mit Wohnungen für ältere Menschen, die sich selbst versorgen konnten, und einem gesonderten Pflegebereich. Die Einrichtung verfolgte den Gedanken, dass ältere Menschen möglichst lange selbstständig in der eigenen Wohnung leben und durch Gemeinschaftsräume und kulturelle Veranstaltungen am sozialen Leben teilnehmen sollten. Das neue Konzept bildete einen Gegenpol zu den bis dahin weit vorherrschenden Altenheimen, die sich nach außen abschotteten und pflegebedürftige Menschen vom Rest der Gesellschaft separierten.

Die Initiative für das Max-Brauer-Heim kam von der „Neuen Heimat“, die als Wohnungsunternehmen des Deutschen Gewerkschaftsbunds unzählige Großbauprojekte finanzierte und ausführte. Der ehemalige Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung, Harald Wehking, erinnert sich daran, dass der Geschäftsführer der „Neuen Heimat“, Kurt Jaenecke, und Sozialsenator Ernst Weiß einen möglichen Betreiber des Hauses suchten. Weiß fragte Wehking, ob die Alida Schmidt-Stiftung diese Funktion



*Das Max-Brauer-Heim kurz nach der Eröffnung: Das neue Konzept von Wohnen und Pflegen aus einer Hand war über Hamburgs und sogar Deutschlands Grenzen hinaus bekannt.*

*Die Wohnanlage bestand bei Eröffnung aus sechs Häusern, dem Pflegebereich und einem Verwaltungstrakt mit Saal.*



*Die 136 Wohnungen für Alleinstehende und 58 Ehepaar-Wohnungen waren in kurzer Zeit vermietet.*



*Wo nach dem Einzug noch Leere herrschte, ist heute ein dichter grüner Park entstanden.*



übernehmen könne. Wehking fand Interesse an der innovativen Konzeption. 1975 bis 1976 errichtete die Neue Heimat den Bau für 17 Millionen DM auf einem aufgelösten Kleingartengelände zwischen Hohnerredder und Habichtshofring in Bramfeld. Die Alida Schmidt-Stiftung pachtete das Max-Brauer-Heim von der Neuen Heimat, nach deren Auflösung dann von SAGA GWG.

Mit der Namensgebung wurde der ehemalige Bürgermeister Max Brauer gewürdigt, der 1973 verstorben war. Bei der Eröffnung war seine Frau Erna Brauer anwesend. Der Sozialdemokrat – 1924 bis 1933 Oberbürgermeister von Altona – war 1933 über Umwege nach Shanghai und später in die USA emigriert und kehrte 1946 zurück nach Deutschland. Als Erster Bürgermeister von Hamburg (1946–1953 und 1957–1960) hatte Brauer sich besonders für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Stadt engagiert.

Die Wohnanlage bestand aus sechs Häusern, dem Pflegebereich sowie dem Verwaltungstrakt mit Saal. Sie ist bis heute von Bäumen umgeben. Die ruhige Umgebung ist durch Einfamilienhäuser geprägt. Auf der anderen Straßenseite liegt die Kindertagesstätte Hohnerredder. Das Max-Brauer-Heim umfasste schon damals 194 Wohnungen, davon 136 für Alleinstehende und 58 für Ehepaare. Die Wohnungen für Alleinstehende sind 33 und 41 qm groß, die für Ehepaare 50, 53 und 56 qm. Die Einrichtung bot seit Beginn Möglichkeiten zur Teilnahme an gemeinsamem Essen, Betreuungsdienstleistungen, therapeutische und medizinische Angebote sowie eine Pflegestation mit 56 Plätzen. Die Zimmer waren nach den damals neuesten Richtlinien eingerichtet: mit Notruf,

ohne Türschwellen und mit Handläufen auf den Korridoren. Hinzu kamen Veranstaltungsräume, eine Großküche, ein Friseursalon sowie eine Fußpflege. Bereits zur Eröffnung waren alle Wohnungen und Pflegeplätze belegt. Das Max-Brauer-Heim zeichnete sich seit den Anfängen dadurch aus, dass der Bewohnerbeirat ausnehmend aktiv ist. Kontinuierlich arbeitete er z.B. am umfangreichen Kulturprogramm für die Bewohnerinnen und Bewohner mit. Beispielhaft mag das Veranstaltungsprogramm des ersten Quartals 1988 die Breite des Angebots verdeutlichen: Spanische Folklore, Dia-Vorträge über Griechenland und „Das andere Deutschland“, eine Karnevalssitzung und Weiberfastnacht, Aufführungen der Niederdeutschen Bühne „die Rampe“ und ein Konzert des „Polizeimusikkorps“. Außerdem standen regelmäßige wöchentliche Angebote auf dem Programm: „Klönschnack“ mit Kaffee und Spielen, Englischkurs, Handarbeitskurs, Gymnastik, Schwimmen und Singkreis.

Trotz Anfangsschwierigkeiten durch bauliche Mängel galt das Max-Brauer-Heim als Modellanlage mit Vorbildcharakter. Daher besichtigten Gruppen aus Politik und Wohlfahrtsverbänden – darunter aus Skandinavien, Israel, den Niederlanden, Spanien, Polen und Japan – das Heim. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer interessierten sich besonders für die Kombination aus Wohnen und Pflegen sowie die vielfältigen Betreuungsangebote – darunter sogar Seniorenreisen bis nach Teneriffa. Seit der Eröffnung 1976 hatte sich damit das Bild von älteren Menschen sehr gewandelt. Wie selbstverständlich sollten die Bewohnerinnen und Bewohner auch in fortgeschrittenem Alter mobil sein und sich die Lust bewahren, die Welt zu entdecken.

## Zuwachs: Das Carl und Amanda Behrs-Testament

1978 überschrieb die Freie und Hansestadt Hamburg das Carl und Amanda Behrs-Testament an die Alida Schmidt-Stiftung. Amanda Behrs hatte 1944 testamentarisch bestimmt, dass dreißig Jahre nach ihrem Tod ihr Grundeigentum „zu wohltätigen Zwecken unserer lieben Vaterstadt Hamburg zugeführt werden soll“. Der Nachlass umfasste je zwei Wohnhäuser in der Dorotheenstraße in Winterhude und in der Probsteier Straße in Dulsberg, die sich bis heute im Besitz der Stiftung befinden.

Die Wohnungen sollten „zu billigen Mieten an Hamburger unbescholtene, bedürftige Familien“ vergeben werden, so das Testament.

Über Amanda Behrs, geb. Oelrich, ist bekannt, dass sie am 28. September 1874 in Hamburg geboren wurde und am 8. August 1893 heiratete. Ihr Ehemann Carl Behrs war am 18. Juni 1871 ebenfalls in Hamburg geboren und starb am 15. Februar 1934 im Krankenhaus St. Georg. Das Hamburger Adressbuch von 1920 verzeichnet ihn als Maurermeister in der Marienthaler Straße 64. Später zog das Ehepaar in die Hammer Landstraße 41. Einige Jahre nach dem Tod ihres Mannes zog Amanda Behrs in die Armgartstraße 4, wie aus dem Hamburger Adressbuch von 1943 hervorgeht. Sie verstarb am 22. Januar 1946 im Krankenhaus Wandsbek. Offenbar war die Ehe kinderlos geblieben, oder die Kinder waren verstorben, denn Amanda Behrs bedachte in ihrem Testament nur Geschwister, Schwager sowie Nichten und Neffen. Für die ersten 30 Jahre nach ihrem Tod hatte sie geregelt, dass ihre Angehörigen die Einkünfte erhalten sollten, die durch Vermietung der Wohnungen erzielt wurden.

Seitdem die Alida Schmidt-Stiftung das Sondervermögen verwaltet, fließen die Mieteinnahmen dem Unterhalt der übertragenen Mietshäuser und der allgemeinen Stiftungsarbeit zu. Zum 1. Januar 2003 wurde das Sondervermögen aufgelöst und vollständig in die Alida Schmidt-Stiftung eingegliedert.

Ab 1980 plante die Alida Schmidt-Stiftung die Carl und Amanda Behrs Wohnanlage im Stadtteil Horn. Das Bauvorhaben konnte durch den Erlös des Verkaufs eines unbebauten Grundstücks in der Probsteier Straße und ein Darlehen der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt realisiert werden.

Die Wohnanlage für Senioren wurde 1985 fertiggestellt. Sie umfasst 50 Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen, 17 Zwei-Zimmer-Wohnungen sowie zwei Ein-Zimmer-Wohnungen. Sie sind zwischen 39 und 73 Quadratmeter groß. Eine Betreuerin ist täglich vor Ort anwesend, eine Sozialpädagogin der Alida Schmidt-Stiftung zweimal in der Woche.

*Die Carl und  
Amanda Behrs  
Seniorenwohnanlage  
ist eine Service-  
Wohnanlage mit  
69 Mietwohnungen  
unterschiedlicher Größe  
für ältere Menschen in  
Hamburg-Horn.*



# Altenwohnanlage feierte zehnjähriges Jubiläum Blick zurück mit viel Musik



„Für Notfälle sind wir gut gerüstet“, sagte Peter Fischer, „denn das staatliche Pflegezentrum ist gleich gegenüber und steht in Verbindung mit der Altenwohnanlage.“

Großen Anlaß zum Feiern hatten die Bewohner der Altenwohnanlage der Alida-Schmidt-Stiftung vergangenen Freitag: Vor zehn Jahren realisierte die Vermögenshinterlassung von Carl und Amanda Behrs den Baukomplex der Wohnanlage und des staatlichen Pflegeheims beim Pachtweg 4. „70 Wohnungen gehören zu dieser Anlage“, teilte Peter Fischer, Geschäftsführer der Alida-Schmidt-Stiftung, dem **WOCHENBLATT** mit. „Optimal ist die Verbindung zu dem gegenüberliegenden Pflegezentrum, welches für den Notfall da ist und fürs Essen sorgt.“

Anläßlich dieses Jubiläums sangen



Kinder aus vier verschiedenen Klassen der Schule Pachthof spielten und sangen anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Altenwohnanlage beim Pachtweg 4.

Schüler vier verschiedener Klassen der Schule Pachthof Frühlingslieder und gaben ein Flötenkonzert. Sie ernteten großen Applaus für ihre gelungene Darbietung. Auch ein Mundharmonika-Chor war eingeladen. Bei anschließender Live-Musik, Sekt und heißer Erbsensuppe klönten die Bewohner im gemütlichen Beisammensein in einem großen Zelt im Garten. Irene Meyer war eine der ersten, die vor zehn Jahren in diese Anlage einzog. „Mir gefällt es sehr gut hier, denn ich habe viele Freunde gewonnen“, sagte die 85jährige. „Jeden Montag freue ich mich auf unsere Kaffeeklatschrunde.“ Wenn sie jedoch nicht aus ihrem Zimmer kann, „dann muß eben das Haustelefon herhalten“, erzählte sie mit einem Zwinkern. (sy)



Irene Meyer ließ sich die Erbsensuppe schmecken. „Am besten gefällt mir die Gemeinschaft hier. Ich habe mich noch nie allein gefühlt, seit ich hier wohne.“

## Das Ende des Alida Schmidt-Wohnstifts in der Bürgerweide

Seit 1980 ist das von Ida Schmidt gestiftete Wohngebäude nicht mehr im Besitz der Alida Schmidt-Stiftung. 1979 erschienen dem Vorstand der Alida Schmidt-Stiftung die beiden Wohnstifte in der Bürgerweide 23 und am Poßmoorweg/Heidberg nicht mehr zweckmäßig für die Stiftung. So seien im Alida Schmidt-Stift die langen Korridore, von denen die Wohnungen abgingen, nicht mehr zeitgemäß und die Investitionskosten zum Einbau eines Fahrstuhls zu hoch gewesen, erinnert sich Harald Wehking. An beiden Standorten standen jeweils 30 Wohnungen leer. Der Stiftungsvorstand wollte daher das Gebäude an der Bürgerweide, dessen Grundstück die Stiftung in Erbpacht hatte, an die Stadt zurückgeben und das Haus am Poßmoorweg/Heidberg verkaufen.

Vor der Rückgabe des Grundstücks Bürgerweide 23 an die Stadt erhielt die Stiftung die Aufforderung, das Gebäude abzureißen. Da sie die Kosten nicht übernehmen konnte, habe er das Denkmalschutzamt eingeschaltet, erinnert sich Harald Wehking. Am 1. November 1980 übergab die Stiftung Grundstück und Gebäude an die Stadt Hamburg.

1981 befand der damalige Denkmalpfleger Hermann Hipp in einem ersten Gutachten, neben dem Schröderstift sei das Alida Schmidt-Stift das einzig erhaltene Gebäude des Architekten Albert Rosengarten und bilde städtebau-

lich zusammen mit dem benachbarten Hiobs-Hospital „eine Baugruppe, die geeignet ist, der sehr breit als Ausfallstraße angelegten Straße Bürgerweide ein eigenes Gepräge zu vermitteln“.

Während das Gebäude einige Jahre leer stand, gab es unterschiedliche Überlegungen für seine Zukunft. Da die Neue Heimat die Kosten für die Entkernung und Modernisierung auf 6 Millionen Mark schätzte, stand der Abriss zu Disposition. 1983 bot das städtische Wohnungsunternehmen SAGA dem Wohnmodell Pueblo im Tausch für seinen bisherigen Standort in Steilshoop das Alida Schmidt-Stift an. Pueblo entwickelte Pläne für eine Umnutzung des Alida Schmidt-Stifts, führte Renovierungsarbeiten am defekten Dach durch und verhandelte mit der SAGA und dem Bezirksamt Hamburg-Mitte. 1984 wurde es als „kreditunwürdig“ eingestuft. Das Wohnmodell mutmaßte, dies sei nur ein Vorwand gewesen. Das Gebäude wurde an einen privaten Investor veräußert, der es sanierte und seither die Wohnungen vermietet. 1985 wurde das Alida Schmidt-Stift rückwirkend für den 17. Dezember 1982 in die Denkmalliste eingetragen.

Im September 1981 verkaufte die Alida Schmidt-Stiftung die Grundstücke Poßmoorweg 31, 33 und 33a sowie Heidberg 30 und 32 sowie die darauf befindlichen Mehrfamilienhäuser, die bis 1951 im Besitz der Winterhuder Gemeindepflege gewesen waren, für 900.000 DM an die Hanseatische Baugenossenschaft.

*1980 gab die Stiftung das Stiftsgrundstück plus Gebäude in der Bürgerweide 23 an die Stadt Hamburg zurück, weil die Sanierungskosten zu hoch waren. Heute gehört das Gebäude einem privaten Investor.*



## Sanierungsprojekte

In den 1980er Jahren veränderten sich die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner der älteren Altenwohnanlagen und insbesondere kleine Wohnungen waren schlechter zu vermieten.

1988 und 1989 ließ Harald Wehking das Gebäude Bürgerweide 21 umbauen, da die kleinen Wohnungen nicht mehr zeitgemäß waren. Jeweils drei Ein-Zimmer-Wohnungen wurden zu zwei Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen, die um eine Art kleinen Wintergarten erweitert wurden. So veränderte sich auch die Fassade des Hauses. Ab 1981 kam es aufgrund der Wohnungsgröße auch zu Leerstand in der Elsa-Brändström-Straße. Mitte der 1980er Jahre wurden auch hier in den Häusern Elsa-Brändström-Straße 21 und 23 je drei Ein-Zimmer-Wohnungen in zwei Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen umgewandelt. Trotz der Modernisierung blieben diese Wohnungen nicht leicht zu vermitteln, da die Anlage verkehrsgünstig gelegen ist – die nächste Hauptverkehrsstraße liegt zehn Gehminuten entfernt – und in der Nachbarschaft keine Einkaufsmöglichkeiten bestehen. Daher besteht seit den 1990er Jahren die Möglichkeit, im Stiftungsbus zu einem Einkaufszentrum zu fahren. In der Nachbarschaft liegt die Pflegeeinrichtung Holstenhof, hier können die Bewohnerinnen und Bewohner zu Mittag essen. Jüngst ließ die Alida Schmidt-Stiftung im Haus Elsa-Brändström-Straße 25 die Bäder barrierefrei umbauen und moderne Küchen einbauen.

## Einrichtungen der Suchttherapie

1968 erkannte das Bundessozialgericht Alkoholismus als Krankheit an. Damit war der Grundstein für einen neuen Umgang mit alkoholabhängigen Menschen gelegt. Es sollte jedoch zehn Jahre dauern, bis die Kostenübernahme durch Kranken- und Rentenversicherungen geklärt war. Daher fanden Entgiftung und Entwöhnung bis weit in die 1970er Jahre in den seit Jahrzehnten bestehenden Einrichtungen statt. Problematisch war, dass dort Menschen mit unterschiedlichen Krankheitsbildern – psychisch Kranke und Menschen mit geistigen Behinderungen – untergebracht waren und somit keine allein auf Alkoholranke zugeschnittene Therapie angeboten wurde. Das Versorgungsheim Farmsen war für alkoholranke Frauen zuständig, das Heinrich-Eisenbarth-Heim in Reinbek – heute Sachsenwaldau in Trägerschaft von „Fördern und Wohnen“ – für alkoholranke Männer.

Das Versorgungsheim Farmsen war 1904 eröffnet worden, 1923 war dort die erste staatliche „Trinkerheilstätte“ mit 40 Plätzen für „heilbare Trinker“ und 80 Plätzen für „unheilbare Trinker“ eingerichtet worden. Während des neunmonatigen Aufenthalts bestand Arbeitszwang. Im Heinrich-Eisenbarth-Heim bestand seit 1966 eine geschlossene Abteilung für alkoholranke Männer. Harald Wehking hatte bei seiner Arbeit dort die Notwendigkeit erkannt, therapiewillige Alkoholiker von den übrigen zu trennen, um ihnen zeitgemäße Therapieangebote zu machen.

*1973 richtete die Stiftung  
das Sozialtherapeutische  
Wohnheim Jenfeld (STW) mit  
40 Plätzen für alkoholranke  
Männer ein.*



In den 1970er und 1980er Jahren etablierte sich eine professionelle Suchtkrankenhilfe und nach und nach wurde die „Behandlungskette“ geschlossen: Dezentrale Beratungsstellen entstanden und Fachkliniken wurden gegründet. In den 1980er Jahren beschäftigten sich zunehmend auch Hausärzte mit dem Krankheitsbild Alkoholismus und konnten betroffene Patientinnen und Patienten an entsprechende Einrichtungen vermitteln.

## Sozialtherapeutisches Wohnheim Jenfeld

1973 war die Gründung des Sozialtherapeutischen Wohnheim Jenfeld (STWJ) für alkoholranke Männer neben der etwa zeitgleichen Errichtung des Suchttherapiezentrum der Martha Stiftung ein Novum in Hamburg. Eingerichtet wurde es im gerade frei gewordenen Heim für Tbc-kranken Männer in Jenfeld, das die Alida Schmidt-Stiftung 1956 eröffnet hatte und das seit 1957 von der Sozialbehörde unterhalten wurde. Harald Wehking war durch seine hauptamtliche Tätigkeit in der Sozialbehörde darauf aufmerksam geworden, dass in dem Wohnheim nur noch wenige Tbc-Kranke lebten. Er erkannte die Möglichkeit, das Wohnheim in Jenfeld für Alkoholranke zu nutzen, die sich nach dem Aufenthalt im Heinrich-Eisenbarth-Heim weiter stabilisieren mussten. Als besonders schwerwiegend hatte er während seiner dortigen Tätigkeit beobachten müssen, dass Patienten ohne eigene Wohnung nach

der Entwöhnung im allgemeinen Männerwohnheim untergebracht wurden. Da sie dort meist auf Alkoholiker trafen, stellte sich allzu oft ein „Drehtüreffekt“ ein, so dass sie wieder im Heinrich-Eisenbarth-Heim landeten.

1972 beschloss die Arbeits- und Sozialbehörde, das Wohnheim Weidenhof für Tbc-kranken Männer aufzulösen. Die Behörde plante stattdessen, dort ein Heim mit 69 Plätzen für alkoholranke Frauen einzurichten und damit die „Heilstätte Farmsen“ zu ersetzen. Anfang 1973 fiel jedoch die Entscheidung, das Heim auf alkoholranke Männer auszurichten, da für diese ein größerer Bedarf bestand. Eine gemischtgeschlechtliche Einrichtung wurde ausgeschlossen.

Zunächst war das Wohnheim für Klienten gedacht, die bereits eine Kur beendet hatten, tagsüber arbeiteten und regelmäßige Betreuung auf dem Weg in ein langfristig suchtfreies Leben brauchten. Problematisch war, dass die Kranken- und Rentenversicherungen nur die Kosten für die Entziehungskur übernahmen, nicht aber die für die nachsorgende Betreuung. Da die Kriterien in den Anfängen zu eng waren, konnten die vorhandenen 41 Plätze in der Anfangszeit nicht vollständig belegt werden. Daher fanden ab 1974 auch Klienten Aufnahme, die teilweise den Entzug im Krankenhaus hinter sich hatten und auf eine „Kur“ in einer Suchteinrichtung warteten. In der Folge wurde die Altersgrenze für Männer bis 45 Jahre aufgehoben und es wurden auch nicht arbeitsfähige Männer aufgenommen. Insgesamt sollte mit der

*Weiter auf Seite 40*



*Zur Eröffnung des STWJ  
sprach Sozialsenator Ernst  
Weiß.*

# Andree Spineux,

Sozial- und Suchttherapeut (DRV), arbeitet seit 2005 in der  
Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld



## **Ich bin Andree Spineux und arbeite seit 2005 in der TGJ.**

Nach einer Ausbildung zum Versicherungskaufmann – bei der ich kreuzunglücklich war – fand ich über den Zivildienst zu einem pädagogischen Studium. Begleitend war ich im Rettungsdienst tätig. Der Kontakt mit Menschen in Krisen oder sozialen Ausnahmesituationen hat mich besonders angesprochen. Nach dem Einstieg in den Beruf in einer teilstationären Suchthilfeeinrichtung und Beratungsstelle in Kiel und einer Elternzeit startete ich in Hamburg in der TGJ.

## **Ich arbeite in der Vorsorgeeinrichtung der TGJ.**

Zu uns kommen Menschen nach einer Alkohol-Entgiftung, die oftmals seit Jahren erstmals für längere Zeit ohne ihren Suchtstoff leben. Aber: Sie sind zum überwiegenden Teil abstinententschieden. Sie haben aufgrund von belasteten Lebenssituationen und hohem Leidensdruck zu uns gefunden und wollen etwas verändern. Wir geben ihnen Raum und Zeit für Findung und Überprüfung des bisher eingeschlagenen Lebenswegs, sie können zur Ruhe kommen, Entscheidungen treffen und ihre Abstinenz stabilisieren und sichern.

**In meinen 18 Jahren hier in der TGJ wurde das Angebot permanent weiterentwickelt.** Ein Meilenstein für mich war 2006/2007 der Um- und Neubau des Geländes in Jenfeld. Jetzt haben wir es einfach wunderschön hier, es sind tolle Arbeitsbedingungen. Das gibt mir eine sehr hohe Zufriedenheit. Auch die Struktur veränderte sich im Laufe der Jahre, die Professionalität wuchs, das Team wurde größer, das Dienstleistungsangebot auch, wir gewannen mehr Sicherheit.

**Natürlich war auch die Pandemie-Zeit eine erhebliche Beeinträchtigung unserer Arbeit.** Unser Angebot musste aufgrund behördlicher Anordnungen eingeschränkt werden, insbesondere Freizeitangebote, die für unsere Klientel von hoher Bedeutung sind. Sie hatten mehr freie Zeit, die sie ohne Alkohol aushalten mussten und waren mehr in Kontakt mit ihren innerseelischen Zuständen, ihren Gefühlen, Zukunftsängsten etc. Wir mussten das mittragen, motivieren und helfen, die Abstinenz zu stabilisieren.

**Für mich hat sich mit meiner sucht- und gestalttherapeutischen Ausbildung viel verändert.** Die hat mich sowohl persönlich als auch professionell weitergebracht. Neben den Geburten meiner Kinder und der Partnerschaft ist das für mich ein besonderer Meilenstein meines Lebens. Die Ausbildung wurde von der Stiftung kofinanziert, dafür bin ich sehr dankbar.

**Die ganzen Jahre war und ist mein Team der Vorsorge für mich sehr wichtig.** Wir sind uns nah und vertrauen uns, sind leistungsfähig und regelmäßige Team- und Fallsupervisionen geben uns Sicherheit und Selbstvertrauen. Wir bieten ja den Klient\*innen ein kleines familiäres Behandlungssetting an und bringen uns persönlich in die Arbeit ein. So geben wir Halt und Orientierung, Möglichkeiten zur Identifikation und Projektion, Vertrauen über den liebevollen Spiegel, den sie von uns bekommen, auch Kritik und natürlich Wertschätzung.

**An der Alida Schmidt-Stiftung schätze ich** einerseits, dass sie sozial und nicht profitorientiert ist. Andererseits ist die Stiftung mit den vielen verschiedenen Leistungsbereichen sehr vielseitig aufgestellt.

**„Die kann was“ – wenn ich an das Jubiläums-Motto denke, dann würde ich es so ausdrücken:** Die Stiftung kann sehr gut einen liebevollen Blick auf die Menschen haben. Menschen in Not, oftmals in prekären, belasteten Lebenssituationen. Sie kann Angebote machen, damit diese Menschen Halt finden, im Leben, in sich, in ihren Entscheidungen. Und wenn sie was nicht kann, dann weiß die Stiftung wo sie es herkriegern kann.





*Das STWJ in den 1980er Jahren. Hier lebten damals ausschließlich alkoholranke Männer nach, später auch vor einer Entwöhnungsbehandlung.*



Heimkonzeption flexibler umgegangen werden, um das STWJ auszulasten. Viele der Klienten kamen in der Anfangszeit aus dem Heinrich-Eisenbarth-Heim, in dem sie nur eine „Arbeitstherapie“ absolviert hatten. Im Wohnheim in Jenfeld galt ein striktes Alkoholverbot, einen erprobten Therapieplan gab es noch nicht.

Während in den 1970er Jahren im STWJ therapeutische Angebote noch erprobt und entwickelt wurden, fand in den 1980er Jahren eine Professionalisierung statt. Die Sozialpädagoginnen und -pädagogen, die – finanziert durch die Alida Schmidt-Stiftung – eine dreijährige Aus-

bildung zu Sozialtherapeuten absolvierten, konnten nun ausgesprochene therapeutische Angebote in Form von Einzel- und Gruppensitzungen machen.

In den 1980er Jahren veränderte sich auch der Bedarf, da Klienten kamen, die zuvor eine Maßnahme in einer Fachklinik durchlaufen hatten. Da sie von dort Einzel- und Gruppentherapie kannten, konnten sie im STWJ daran anschließen. Vor diesem Hintergrund konnten nun mit den Klienten verstärkt pragmatische Fragen nach einer neuen Wohnung oder einem Arbeitsplatz geklärt werden.

## Das Fachkrankenhaus Hansenbarg

Ende der 1970er Jahre engagierte sich wieder Harald Wehking für eine wegweisende suchttherapeutische Einrichtung. Wiederum war es Senator Ernst Weiß, der ihn über das Kinderkurheim Hansenbarg in der nördlichen Lüneburger Heide informierte, das die Landesversicherungsanstalt (LVA) aufgeben wollte.

1910 hatte der Hamburger Juwelier Franz Barca seinen Landsitz dort bauen lassen. 1939 verkaufte er Gebäude und Grundstück an die Landesversicherungsanstalt, die 1946 dort die Kinderheilstätte für „tuberkulosegefährdete“ Kinder einrichtete.

Der Hansenbarg schien sich als Fachkrankenhaus für Alkoholranke besonders zu eignen, da er in einer landschaftlich reizvollen Gegend und so weit von Hamburg entfernt lag, dass die Patienten Distanz zu ihrem Alltag hatten, aber nahe genug waren, um Kontakte zu Angehörigen und Freunden zu halten.

1976/77 begannen die Verhandlungen zwischen der Alida Schmidt-Stiftung und der LVA über eine Übernahme des Kinderkurheimes. Gleichzeitig zeichnete sich ab, dass die Landesversicherungsanstalten für die bei ihnen versicherten gewerblichen Arbeitnehmer und nach anfänglichem Zögern auch die Bundesversicherungsanstalt



für Angestellte (BfA) die Kosten für die Kuren übernehmen würden.

1978 bestellte die LVA an dem Grundstück ein Erbbaurecht für die Alida Schmidt-Stiftung. Im Februar 1979 wurde der Betrieb im Fachkrankenhaus Hansenbarg aufgenommen. Zur offiziellen Eröffnung durch Hamburgs Sozialsenator Jan Ehlers im Juli 1979 berichtete das Hamburger Abendblatt über die Dringlichkeit der

Einrichtung unter der Überschrift „Ein Bollwerk gegen den Tod aus der Flasche“: Jeder 40. Hamburger sei alkoholsüchtig, insgesamt seien 42.000 von der Krankheit betroffen. Zehn Prozent seien unter 25 Jahre alt und bei jedem fünften Arbeitsunfall sei Alkohol im Spiel. Der Artikel verwies auch auf neun Hamburger Beratungsstellen. In den 1970er Jahren war langsam ein Netzwerk von Hilfeeinrichtungen entstanden.

Der erste Klinikleiter entwickelte das Therapiekonzept, besonderen Wert legte er auf Beschäftigungstherapie. Das Fachkrankenhaus übernahm das frühere Wirtschaftspersonal des Kinderkurheimes zu einem großen Teil. Dieses und die lokale Bevölkerung vertraten zunächst eine skeptische Haltung gegenüber den neuen Patienten: Was waren das wohl für Männer und Frauen, die da kommen würden? Die Vorurteile verschwanden jedoch im Kontakt rasch.



*Der Hamburger Juwelier Franz Barca baute sich 1910 einen Landsitz in der Nordheide. 1939 errichtete die Landesversicherungsanstalt dort ein Kinderheim, 1979 eröffnete dann die Stiftung das Fachkrankenhaus Hansenbarg.*



*Die Anfänge im  
Fachkrankenhaus Hansenburg:  
40 Männer und 30 Frauen  
mit Alkoholerkrankungen  
erhielten in einer  
damals sechsmonatigen  
Entwöhnungsbehandlung  
Unterstützung beim Weg aus  
der Sucht.*



*Damals wie heute kommen  
die Mehrzahl der Patientinnen  
und Patienten aus dem  
nahe gelegenen Hamburger  
Stadtgebiet und dem  
nördlichen Niedersachsen.*



*Kern der Behandlung war  
anfangs die Beschäftigungs-  
und Arbeitstherapie, u.a. in der  
hauseigenen Gärtnerei und der  
Forstwirtschaft.*

In den Anfängen war die Fachklinik auf 70 Patientinnen und Patienten – 40 Männer und 30 Frauen – eingerichtet, die meisten waren in Zwei-Bett-Zimmern untergebracht. Es gab eine Aufnahme- und sechs Stationsgruppen mit jeweils zehn Patientinnen und Patienten. Der Therapieplan der sechsmonatigen „Entwöhnungsbehandlung“ sah Beschäftigungs- und Arbeitstherapie, psychotherapeutische Gruppensitzungen sowie Familienseminare vor. Die Patientinnen und Patienten arbeiteten im Garten und Forst, in der Küche, der Näherei und der Wäscherei.

Die Hausordnung der neuen Fachklinik vermittelt einen Eindruck davon, dass die Patienten nur eingeschränkt Eigenverantwortung erhielten und die Kontakte nach außen begrenzt waren. In den ersten sechs Wochen durften sie das Klinikgelände nicht verlassen, in den vier folgenden nur in Begleitung. In den ersten zwei Wochen waren Besuche nicht erlaubt, danach zweimal wöchentlich in einem Zeitraum von vier Stunden.

Für die Anfänge des Fachkrankenhauses erinnern ältere und ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass sie mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten gehabt hätten und das Verhältnis zu ihnen oft sehr persönlich gewesen sei. Ein Grund war, dass die Patienten ihre Reha-Maßnahme im Gruppenverband begannen und in allen hauswirtschaftlichen Bereichen mitarbeiteten – selbst in der Küche, was später aus hygienischen Gründen untersagt wurde. Teilweise bestanden Kontakte zwischen Patientinnen und Patienten mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jahrelang fort. So berichtet die 90-jährige Magda Niehus (Jahrgang 1923), dass sie sich immer noch mit einer ehemaligen Patientin, die Anfang der 1980er Jahre ihre Sucht bewältigte, Weihnachtskarten schreibt. Dabei war Frau Niehus, die für die Wäscherei zuständig war, 1988 in den Ruhestand gegangen.

Dass viele ehemalige Patienten sich dem Fachkrankenhaus Hansenburg nach ihrem Aufenthalt verbunden fühlten und fühlen, wird auch daran deutlich, dass sie in den 1983 gegründeten Freundeskreis Hansenburg eintreten.

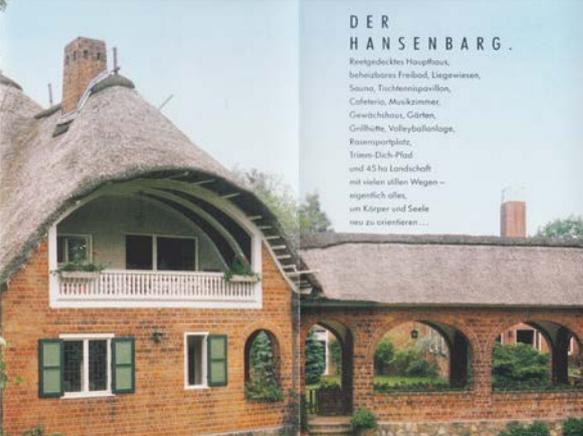
**UNSERE PATIENTEN**

Zu uns kommen Menschen, die in die Tretmühle der Sucht hineingeraten sind. Abhängig, hilflos, isoliert. Am Ende. Aber willens, der Sucht den Riegel zu geben. Willens, sich zu ändern. Ehrlich zu lernen, wie man sich verändern kann, um ohne Suchtmittel zu leben, in Neuer Freiheit.

Wer also zu uns kommt, hat schon erkannt, daß er dieses Ziel nicht ohne fachliche Hilfe verfolgt. Er weiß, er ist abhängig und sucht seine Chance aus letztem Antriebe: Sein freiwilliges soziales therapeutisches Angebot.

Vor der Aufnahme suchen Sie Kontakt zu einer Beratungsstelle bzw. Suchtberatungsstelle. Dort erhalten Sie Hilfe bei der Vorbereitung der Einweisung und Regelung der Kostentramen durch Ihre Versicherungsträger.

Häufig ist vor Therapiebeginn eine körperliche Entgiftung in einem Allgemeinen Krankenhaus notwendig.



**DER HANSENBURG**

Restgedecktes Hauptflur, beheizbares Freibad, Liegewiesen, Sauna, Tischtennisparcours, Cafeteria, Musikzimmer, Gewächshaus, Gärten, Grillhaus, Volleyballanlage, Raumparkplätze, Trieb-Dick-Platz und 45 ha Landschaft mit vielen stillen Wegen – eigentlich alles, um Körper und Seele neu zu orientieren...

*Gedruckte Informationen über das Fachkrankenhaus Hansenburg gingen an Beratungsstellen, Kostenträger und auch an die Patientinnen und Patienten.*



70 Therapieplätze für Frauen und Männer, 1- und 2-Bettzimmer, Mitarbeiter:innen aus Ärzten, Psychologen, Sozialtherapeuten, Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten, Physio- und Sporttherapeuten, Krankenschwestern, Verwaltung, Schreibkräfte, Hausmeister, Küchen- und Hauspersonal, eine lebhafte Mensa und ein gesamt...



Wohin Wege zu sich selbst



Spiele in der Gemeinschaft



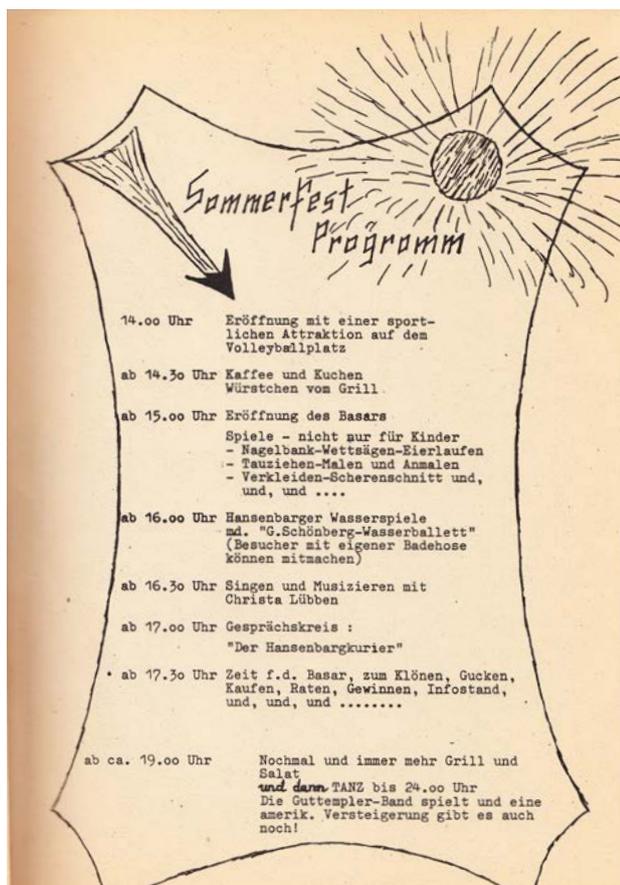
Das Hansenburgteam

Ein weiteres wichtiges Medium, das das Zugehörigkeitsgefühl stärkte, war der „Hansenberg Kurier“.

Die erste Ausgabe war im August 1982 erschienen. Klinikleiter Gerhard Lempke umriss die Funktion: „Wir wollen Sie informieren, auf dem Laufenden halten, Sie teilhaben lassen, den Kontakt nicht verlieren, Ihnen Mut machen. Sie – das sind natürlich ganz primär alle, die mit der Klinik als Patienten zu tun hatten oder haben. Ansprechen möchten wir aber auch diejenigen, die mit uns in einem Boot sitzen, sei es als Beratungsstelle, als Kostenträger, als Interessierte.“ Die erste Ausgabe stellte neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor und berichtete über harmlose Themen wie die Katze des Hansenburgs und ihre Jungen. Ein Teilnehmer des „Familien-Seminars“ beschrieb, wie Angehörige den Alltag in der Fachklinik kennenlernten. Ankündigt wurde das Sommerfest, das bis heute regelmäßig mit aktuellen und ehemaligen Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörigen gefeiert wird.

Viele dieser Inhalte wiederholten sich in den folgenden Jahren, besonders auch die Berichte über die Entwöhnung, denn jeder Patient bzw. jede Patientin musste die typischen inneren Kämpfe jeweils neu austragen. Aber auch die therapeutischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergriffen teilweise in erstaunlicher Offenheit das Wort und berichteten über ihre Perspektive auf die Patientinnen und Patienten. 2013 musste der „Hansenberg Kurier“ aus Kapazitätsgründen eingestellt werden.

1989 zum zehnjährigen Jubiläum des Fachkrankenhauses Hansenberg fiel die Bilanz überaus positiv aus. Die Staatliche Pressestelle in Hamburg vermeldete, 1700 Patientinnen und Patienten seien bereits betreut worden. 70 Prozent hätten die Therapie regulär nach sechs Monaten abgeschlossen, 12 Prozent hätten den Hansenberg vorzeitig mit ärztlicher Einwilligung verlassen, bei nur 18 Prozent sei die Therapie gescheitert.



Beim jährlichen Sommerfest im Fachkrankenhaus Hansenberg treffen sich bis heute viele aktuelle und ehemalige Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen.



Über das Leben mit und ohne Sucht in allen Facetten berichtete ab 1982 der Hansenberg Kurier.

# Im Zeichen von Professionalisierung (1991 – 2024)



## Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kostendruck

Nachdem Harald Wehking 1991 in den Ruhestand gegangen war, folgte ihm Peter Fischer im Amt der Geschäftsführung, das er bis zum Antritt seines Ruhestands 2009 innehatte. Neuerungsbedarf stellte der zuvor in der Sozialbehörde tätige Psychologe im Bereich der betriebswirtschaftlichen Steuerung der Stiftungen fest. Daher entwickelte er Controlling-Instrumente und führte betriebswirtschaftliche Auswertungen ein. Außerdem professionalisierte er die wohnungswirtschaftliche Abteilung in der Hauptverwaltung. Eine weitere Neuerung war die schrittweise Umstellung aller Bereiche der Verwaltung auf EDV-gestützte Verfahren und 1994 die erstmalige Besetzung einer Leitungsstelle für die Bereiche EDV und Controlling.

Wie eine ehemalige Mitarbeiterin im Rechnungswesen berichtet, wurden in dieser Zeit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen stärker in die Budgetplanung eingebunden, um bei ihnen das Verständnis für Kostengrenzen zu wecken. Denn als wirtschaftlich arbeitendes Unternehmen konnten nicht alle aus fachlicher Sicht wünschenswerten Ausgaben getragen werden.

In den folgenden Jahren nahm der Druck der Kostenträger laufend zu, der bis heute anhält. Insgesamt verlor sich die „familiäre Atmosphäre“ in den Einrichtungen

der Stiftung zugunsten der neu eingeführten, stärker betriebswirtschaftlich orientierten Strukturen. Die Stiftung konnte ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber weiterhin Sicherheit in Form von Tarifverträgen, sicheren Arbeitsverträgen und wenig Konkurrenzdruck untereinander bieten. Hohe Zinserträge aus sicheren Geldanlagen und regelmäßige Anhebungen der Kostensätze sicherten Anfang der 1990er Jahre den Betrieb der stiftungseigenen Einrichtungen und damit der Arbeitsplätze.

Ab Mitte der 1990er Jahre bestimmten neue inhaltliche Diskussionen die Stiftungsarbeit, ausgelöst auch durch die sozialpolitische Reformgesetzgebung. Prägend waren zum einen die Neuerungen im Bundessozialhilfegesetz und hier insbesondere die Umstellung vom Selbstkostendeckungsprinzip auf prospektive Entgelte für den Betrieb von Einrichtungen der Eingliederungshilfe zum 1. Juli 1994. Damit sollte „die Eigenverantwortung der Träger gestärkt und wirtschaftliche Betriebsführung belohnt“ werden. Zum anderen bedeutsam war die Einführung der Pflegeversicherung zum 1. Januar 1995, mit der die Erbringung von ambulanten und stationären Pflegeleistungen durch die Stiftung auf eine neue rechtliche und fachliche Grundlage gestellt wurde.

Gleichzeitig fand eine Ausdifferenzierung im Suchthilfebereich statt, mit der die Behandlungskette von der Vorsorge bis zur Nachsorge sichergestellt und um die



*Drei Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung auf einen Blick (v.l.): Harald Wehking (1969-1991), Christina Baumeister (seit 2009), Peter Fischer (1991-2009)*

# Mehr Platz für die Suchthilfe

Klinik in Hanstedt wird erweitert

Der Bau mit einem Volumen von 1,9 Millionen Euro soll im September 2009 fertig sein.

Von Barco Deutsch

Hanstedt. Rinde statt eckiger Wände und viel natürliches Licht auf der Fassade. Was Peter Lutz, Verwaltungsdirektor der Hanstedter Fachklinik Hansenberg, selbst von Marco Strack, stellv. Leiter der Suchthilfe, bereits Gestalt angenommen haben: Der neue mal mehr als 2000 Quadratmeter große Erweiterungsbau soll im September 2009 fertig sein.

«Unser Motto ist die Langzeitbetreuung», sagt Strack. Er versteht darunter die Langzeitbetreuung von Patienten, die sich in ihrer psychischen Situation und in ihrer Lebensweise nicht ändern wollen.

Robert Stadie

Die neue Therapie in Hanstedt beginnt im Juli 2009. Derzeit sind 80 Therapieplätze in der Klinik, darunter 45 Plätze für stationäre Patienten.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

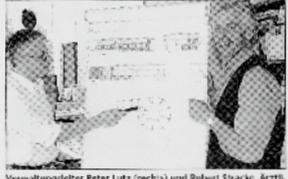
Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.

Die Erweiterung wird unter anderem durch die Ausweitung des ambulanten Angebots um 200 Plätze im Bereich der Suchthilfe erreicht.



Die Hanstedter Fachklinik Hansenberg verfügt zurzeit über 80 Therapieplätze und 45 Mitarbeiter. Bald wird mehr Platz sein.



Verwaltungsdirektor Peter Lutz (rechts) und Robert Strack, Arzt, erläutern die Erweiterungspläne.



Auf diesem angrenzenden Gelände neben dem Flachdachbau soll der Erweiterungsbau entstehen.

Adaptionsbehandlung als nachsorgende Wiedereingliederungsphase in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt ergänzt wurde.

Unter Peter Fischer wurden auch umfassende und kostenintensive Umbaumaßnahmen am Fachkrankenhaus Hansenberg und am Sozialtherapeutischen Wohnheim / Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld durchgeführt, die im Wesentlichen noch auf dem Stand der 1970er Jahre gewesen waren.

2009 übernahm mit der Sozialwissenschaftlerin Christina Baumeister erneut eine ehemalige Mitarbeiterin der Sozialbehörde die Geschäftsführung der Alida Schmidt-Stiftung. Dem verstärkten Konkurrenzdruck insbesondere privater Anbieter sozialer Dienstleistungen und dem Kostendruck aufgrund der Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand begegnet die Stiftung seitdem durch fachliche Profilierung einerseits aber auch durch weiterhin strikte Steuerung beim Einsatz von Personal- und Sachmitteln andererseits.

## Der Ausbau der Fachklinik Hansenberg

Seit Beginn der 1990er Jahre stand die stationäre Entwöhnungsbehandlung unter verstärktem wirtschaftlichem Druck. Es trat eine Empfehlungsvereinbarung der Kranken- und Rentenversicherung für ambulante Ent-

wöhnungsmaßnahmen in Kraft und 1990 verkürzten die Rentenversicherungsträger die Behandlungszeit in den Fachkliniken von sechs auf vier Monate. Der damit einhergehende Kostendruck sollte sich in den folgenden Jahren noch verstärken. So wurden 1997 mit dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz weitere Einschränkungen bei stationären Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation vorgenommen, die zu einer nochmaligen Verkürzung der Therapiedauer und einem zeitweiligen Rückgang der bewilligten Reha-Maßnahmen auch im Hansenberg führten.

Ab 1990 wurde das Fachkrankenhaus Hansenberg baulich verändert und neu strukturiert. Das Haupthaus wurde umgebaut und eine neue Sporthalle geplant. Vor dem Hintergrund veränderter Bedürfnisse wurden nun einzelne Zweibettzimmer aufgelöst und mehr Einzelzimmer eingerichtet. Die Klinik wurde um zehn Plätze auf 80 ergänzt.

Mit der Einrichtung einer halboffenen Frauengruppe in eigenen Räumen im Jahr 1992 wurde der Feststellung Rechnung getragen, dass Frauen oft spezifische biografische Gründe, wie z.B. sexuellen Missbrauch, für ihr Suchtverhalten haben.

Ab 1997 waren viele Kliniken – so auch das Fachkrankenhaus Hansenberg – unterausgelastet, weil die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Berlin (heute Deutsche



*Im historischen Barca-Haus des Fachkrankenhauses Hansenburg haben die Verwaltung und die Klinikleitung ihren Sitz.*

Rentenversicherung Bund) als größter Kostenträger die Belegung bei einem Tagespflegesatz, der über 190 DM lag, nicht mehr bewilligt hatte. Daher wurde im Fachkrankenhaus Hansenburg eine Senkung der Pflegesätze notwendig, erreicht durch Einsparungen beim Personal und im Sachkostenbereich.

1998 bot die LVA der Alida Schmidt-Stiftung das Fachkrankenhaus Hansenburg zum Kauf an. Nach längeren Verhandlungen über den Kaufpreis erwarb die Alida Schmidt-Stiftung die Anlage, die sie bisher gepachtet hatte.

2003 beurteilte die BfA das Fachkrankenhaus in baulicher und therapeutischer Hinsicht als nicht mehr zeitgemäß und konkurrenzfähig und forderte Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen. Pläne sahen den Neubau des Freizeit- und Cafeteria-Bereichs sowie eine zusätzliche personelle Ausstattung mit einem psychiatrischen Facharzt vor. Hinzu kamen physiotherapeutische und arbeitsmarktqualifizierende Angebote. 2005 wurde der Neubau mit Physiotherapieräumen, Bewegungsbad, Fitnessbereich, Sauna sowie Patientenzimmern fertiggestellt. Diese baulichen Maßnahmen wurden unter anderem durch eine Aufstockung um zehn weitere Plätze auf insgesamt 90 Plätze finanziert. Auch beim Neubau der Küche und der Modernisierung des Speisesaals im Jahr 2006 wurden zeitgleich zusätzliche Patientenzimmer geschaffen, so dass zum 1. März 2007 die Anzahl der Therapieplätze auf 100 erweitert werden konnte.



*Ein Gesamtüberblick über das Gelände des Fachkrankenhauses Hansenburg.*

Steigende Anforderungen der Rentenversicherung an die bauliche Struktur von Reha-Kliniken, insbesondere eine verbesserte Barrierefreiheit und mehr Einzelzimmer, sowie der Sanierungsbedarf der Klinikgebäude führten zu der Entscheidung, die beiden Hauptgebäude Hansenhaus und Alida-Haus umfassend zu modernisieren. Ende 2017 wurden zunächst die früheren Dienstwohnungen abgebrochen und auf der freien Fläche eine Container-Anlage errichtet, in der während der gesamten Bauzeit ein Teil der Patient\*innen sowie einige Arbeitsplätze untergebracht waren. 2018 wurde das Alida-Haus um eine Etage mit zehn barrierefreien Einzelzimmern aufgestockt, das Gebäude wurde modernisiert und ein Fahrstuhl angebaut. Als letzter Bauabschnitt folgte 2019 die Sanierung des Hansenhauses, der Einbau barrierearmer Bäder in einer Etage, die Modernisierung der Medizinabteilung und auch hier der Einbau eines Fahrstuhls. Seit diesem Zeitpunkt sind in den beiden Hauptgebäuden der Klinik nahezu alle Räumlichkeiten barrierefrei erreichbar, so dass auch Patient\*innen mit Mobilitätseinschränkungen besser versorgt werden können. Der Hansenburg verfügt nunmehr über 70 Einzelzimmer und 15 Doppelzimmer. Die Modernisierungsmaßnahmen wurden durch die Rentenversicherung unterstützt, indem das Entgelt für die Klinik spürbar angehoben wurde. Die Bauarbeiten konnten termingerecht Ende 2019 abgeschlossen werden bevor die nächste große Herausforderung auf die Einrichtungen der Stiftungen zukam – der Ausbruch der Corona-Epidemie.

# Sabine Baron

ist seit zehn Jahren die Pflegedienstleiterin im Fachkrankenhaus Hansenburg



**Ich bin Sabine Baron und arbeite seit zehn Jahren als Pflegedienstleitung im Fachkrankenhaus Hansenburg.** Ich bin vorwiegend organisatorisch tätig. Personalführung meines 9-köpfigen Teams (6 Stellen) steht dabei ganz oben, Dienstplangestaltung, Medikamentenkontrolle, Materialbestellung, Rechnungsprüfung und Ähnliches. Ich mache auch die Aufnahme der Patientinnen und Patienten und prüfe im Erstgespräch, ob sie rehafähig sind oder ob z.B. vorab eine Entgiftung ansteht. Außerdem bin ich mit Leidenschaft Qualitätsmanagementbeauftragte, Medizinprodukte-Beauftragte, interne Hygiene-Beauftragte für die Medizin, IT-Administratorin – all diese Aufgaben habe ich auch noch.

**Ich bin von Anfang an ins Team des Qualitätsmanagements eingestiegen** und inzwischen teile ich mir diese Aufgabe mit meiner Kollegin Frau Lohse, der Verwaltungsleiterin. Das Qualitätsmanagement ist mir sehr wichtig, weil das für mich nicht nur ein Zertifikat, ein Stück Papier sein soll, quasi als Schönheitspflege. Nein, wir wollen die Qualität auch leben. Ich habe zum Beispiel ein separates Pflegehandbuch erstellt, um den Kolleginnen und Kollegen die Arbeit zu erleichtern. So kann man Dinge, die man nicht täglich macht, nachlesen. Auch zur Einarbeitung ist das Handbuch gut geeignet und hilfreich. Das ist für mich gelebtes Qualitätsmanagement!

**An meiner Arbeit gefällt mir am besten mein Dreamteam** – mein Pflgeteam, mein Medizinteam, das Leitungsteam, das Gesamtteam. Es ist ein so tolles Arbeitsklima. Für mich ist es sehr wichtig, dass die Atmosphäre gut ist – und die stimmt hier in der Klinik. Wir haben ein fast familiäres Miteinander. Und ich habe viele Möglichkeiten, mitzuwirken und die Klinik immer noch besser zu machen.

**Am belastendsten ist für mich der Druck, freiwerdende Stellen wieder neu besetzt zu bekommen.** Da habe ich ja leider selber keinen direkten Einfluss drauf. Dagegen empfinde ich den Kontakt mit den Patientinnen und Patienten nicht als belastend. Ich arbeite seit über 30 Jahren mit Menschen in Krisen. Ich bin ruhig, lösungsorientiert und habe für mich sehr viel Handwerkszeug für den Eigenschutz. Und privat suche ich guten Ausgleich und Entspannung.

**Meine Jahre im Hansenburg waren bislang eine sehr aufregende Zeit** mit immer wieder neuen Herausforderungen. Ich konnte mich in vielen Bereichen fachlich und persönlich weiterentwickeln, Ausdruck davon sind meine jetzigen vielfältigen Aufgaben. 2017 bis 2019 hatten wir zum Beispiel hier ein großes bauliches Modernisierungsprojekt und ich habe mit dem Zollstock in der Hand Raumplanung gemacht. In die diversen IT-Umstellungen musste ich mich auch richtig reinknien, um es meinem Team gut vermitteln zu können. Auch Teambildung ist mir sehr wichtig, das passiert natürlich nicht von alleine, da bin ich sehr engagiert.

### **Auch die Patient\*innen und ihre Abhängigkeits- und Krankheitsbilder**

**haben sich verändert.** Mir ist aufgefallen, dass Kokainabhängigkeit voranschreitet, dass viele unserer Patient\*innen das parallel mitbringen. Und das besonders die jüngeren Patient\*innen zwischen 20 und 40 Jahre. Trotzdem hat das die inhaltliche Arbeit der Medizin nicht verändert. Da waren die Digitalisierungen größere Umbrüche.

**Der Hansenberg selber hat sich verändert.** Es gab die bauliche Modernisierung. Aber auch die Teams modernisieren sich, das Therapeutenteam hat sich deutlich verjüngt und neue Kolleg\*innen haben frischen Wind mitgebracht. Es ist viel in Bewegung. Ja, jeder Wechsel gibt Unruhe, aber bringt auch Positives. Eine sehr große Änderung wird es in 2024 geben, denn unser Chefarzt geht in den Ruhestand. Ich gönne ihm das, aber ich bedaure es auch sehr, denn er ist ein großartiger Mensch und Arzt mit einem großen Herzen.

**Die Stiftung ist ein toller Arbeitgeber!** Das Verständnis für die Stiftung ist bei mir im Laufe der Jahre gewachsen und mir immer präsenter geworden. Die 150 Jahre ihres Bestehens sprechen für ein solides Management und das gibt mir Sicherheit. Ich empfinde auch ein tolles Gefühl von Gemeinschaft. Obwohl wir in der Lüneburger Heide sitzen und die Hauptverwaltung in Hamburg ist, ist auch die Geschäftsführung so nah an uns dran. Für das Wohl der Mitarbeitenden wird auch viel getan, es gibt diverse Mitarbeitenden-Befragungen, die das abprüfen und weiter verbessern wollen.

**Was KANN die Stiftung?** Die Stiftung kann Menschen mit unterschiedlichsten Problemen und Nöten zurück ins Leben helfen. Und sie kann vielen Menschen einen tollen Arbeitsplatz geben.



## Ambulante Angebote für Suchtkranke

1990 gründete die Alida Schmidt-Stiftung die Außenstelle Hansenberg (AHA) mit einem Büro in der Altenwohnanlage in der Bürgerweide 21, um die Therapiekette im Suchthilfebereich durch eine stiftungseigene ambulante Suchtberatungsstelle zu vervollständigen. Sie sollte in zentraler Lage Bindeglied zwischen ambulanter und stationärer Versorgung für Suchtkranke sein. In der Folge fand eine Erweiterung um niedrigschwellige Beratung und therapeutische Angebote statt. Dabei kamen zunehmend Interessierte, die Informationen über Therapiemöglichkeiten suchten. Ab 1991 entwickelte sich die Selbsthilfegruppe AHA 91.

1994 wurde das Projekt für Abhängigkeitskranke Dulsberg (Pfad) gegründet, das insbesondere Suchtkranke in Dulsberg ansprach. Die Beratungsstelle bot Sprechstunden an, organisierte Veranstaltungen zur Suchtprophylaxe und sorgte für eine Vernetzung mit anderen sozialen Einrichtungen. 1998 wurden Pfad und AHA zusammengeschlossen. Die neue Einrichtung unter dem Namen AHA in der Schellingstraße bot mehrere Selbsthilfe- und Therapiegruppen an und vermittelte in stationäre und ambulante Reha-Maßnahmen.

## Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld

1993 feierte das Sozialtherapeutische Wohnheim Jenfeld sein zwanzigjähriges Jubiläum. Zu diesem Zeitpunkt bot es Nachsorgeangebote für Alkohol-, Medikamenten- und Spielabhängige an. Vorhanden waren 28 stationäre Therapieplätze, der stationäre Aufenthalt betrug zwölf Monate. Das Angebot beinhaltete auch Unterstützung bei der beruflichen Rehabilitation. Die Finanzierung erfolgte aus Pflegesätzen der Hamburger Sozialbehörde. Da diese auf lange Sicht jedoch nicht ausreichen würden, entwickelte der damalige Leiter des Sozialtherapeutischen Wohnheims mit seinem Mitarbeiterteam ab 1994 eine neue Konzeption für den Bereich „Adaption“, um die Rentenversicherungsträger für die Finanzierung zu gewinnen. Denn diese bezahlten die Adaptionbehandlungen nach einem Aufenthalt in einer Fachklinik. Dafür forderten sie

umfangreiche medizinische, arbeitstherapeutische und betreuerische Maßnahmen für die Klientinnen und Klienten. In der Einrichtung fehlten bisher Therapie- und Arbeitstherapieräume sowie ein größerer Gemeinschaftsraum völlig. Daher wurden erhebliche Investitionen für die Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die therapeutischen Angebote sowie EDV-Trainingsplätze notwendig.

Die angestrebte neue Ausrichtung fand 1995 ihren Niederschlag in der Umbenennung in „Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld“ (TGJ). Die Neukonzeption trat 1997 in Kraft: Von den insgesamt 32 Plätzen finanzierte die Sozialbehörde 18 Plätze im Bereich soziale Rehabilitation und die LVA Hamburg 14 Adaptionplätze.

Die Umgestaltung der TGJ erbrachte jedoch nicht sofort den erhofften Erfolg. 1997 nahm der Vorstand der Alida Schmidt-Stiftung in einer seiner Sitzungen zur Kenntnis, dass die TGJ unterausgelastet war. Die Stiftung bemühte sich auch deshalb um eine Entgeltvereinbarung für Vorsorgeplätze, die die Sozialbehörde in Hamburg zusätzlich schaffen wollte. Es war sogar daran gedacht, die Plätze in der TGJ ab 1998 ganz der Vorsorge zu widmen und Klientinnen und Klienten der sozialen Rehabilitation und der Adaption in der Nähe unterzubringen. Dazu wurden zwei Gebäude auf dem Gelände des Pflegezentrums Holstenhof angemietet.

Nachdem zunächst ein anderer Suchthilfeträger die von der Sozialbehörde geplanten zusätzlichen Vorsorgeplätze an einem Standort außerhalb Hamburgs einrichten wollte, hatte die Behörde Ende 1997 entschieden, mit der Alida Schmidt-Stiftung eine Pflegesatz-Vereinbarung über den Betrieb der Vorsorge-Einrichtung in Jenfeld abzuschließen. In diesem Zusammenhang wurde der damals amtierenden Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel vorgeworfen, mit der Entscheidung der Behörde für die Alida Schmidt-Stiftung ihren Ehemann Peter Fischer begünstigt zu haben. Fischer-Menzel trat am 1. März 1998 von ihrem Amt zurück und bat den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg um eine Prüfung der Vorgänge. In seinem Prüfbericht kam der Rechnungshof im Mai 1998 zu dem Schluss, dass die Einflussnahme der Senatorin auf das Auswahlverfahren für den künftigen Träger der Vorsorgeeinrichtung – unabhängig von der zugrundeliegenden Motivation Fischer-Menzels, die Vorsorgeplätze innerhalb Hamburgs einrichten zu wollen – unzulässig gewesen sei. Die Hamburgische Bürgerschaft setzte am 28. April 1998 einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur „Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und



## ZukunftArbeit gGmbH

Gemeinsam mit dem Suchthilfeträger Therapiehilfe gGmbH betreibt die Alida Schmidt-Stiftung seit 1999 den Beschäftigungsträger ZukunftArbeit gGmbH. Grundlegende Idee war die Erkenntnis, dass suchterkrankten Menschen bei ihrem Wiedereinstieg in das Berufsleben nur eine Einrichtung helfen kann, die ihren besonderen Erfordernissen gerecht wird. Heute ist ZukunftArbeit ein Integrationsbetrieb, der etwa 30 Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Fahrradläden in der Reparatur und im Verkauf von Fahrrädern sowie in der Koffer-Reparatur und im Bereich Renovierung anbietet. 50% der Arbeitsplätze sind schwerbehinderten Menschen vorbehalten und werden durch das Integrationsamt gefördert. Auch die Ausstattung der Arbeitsplätze wird von dort finanziell unterstützt.



Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“ ein, der im November 2000 seinen Bericht vorlegte. Bereits im September 1998 entschied die Sozialbehörde, keine behördlichen Vertreter mehr in die Aufsichtsgremien bzw. Vorstände von Stiftungen zu entsenden, die innerhalb der Behörde zugleich für die Leistungsbereiche dieser Stiftungen fachlich zuständig oder in irgendeiner Weise an Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Stiftungen beteiligt waren. Damit sollte jegliche Möglichkeit einer Interessenkollision vermieden werden. Außerdem zog die Behörde ihre Vertreter aus einigen Gremien ganz zurück. Auch der Vorstandsvorsitz der Alida Schmidt-Stiftung wurde aufgrund dieser Regelung neu besetzt. Das Amt übernahm im Jahr 2000 Hans-Peter Strenge, damals Staatsrat der Justizbehörde, der den Stiftungsvorsitz bis heute innehat.

Mit der Einführung des Bereichs Vorsorge nahm die TGJ zum ersten Mal Frauen auf. Außerdem integrierte sie verstärkt das Thema berufliche Rehabilitation, indem sie mittels der neu gegründeten „ZukunftArbeit gGmbH“ Arbeitsplätze anbot.

In der Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld wurde trotz einiger Sanierungs- und Ergänzungsmaßnahmen langsam offenbar, dass der Zahn der Zeit erheblich an der Einrichtung genagt hatte. Doppelzimmer und Sammelduschen waren nicht mehr zeitgemäß. Wegen des ungenügenden Zustands blieben die Klienten fern – zumal sie aus den modernen Fachkliniken einen wesentlich besseren Standard gewohnt waren. Letztlich hatte sich auch gezeigt, dass der zweite Standort auf dem Gelände des Holstenhofs organisatorisch nicht sinnvoll war, da nicht nur für die Klientinnen und Klienten, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzliche Wege anfielen.

Um der TGJ eine neue Zukunft zu geben, setzten 2006 Planungen für einen Neubau ein, dessen Kosten 5,4 Millionen Euro betragen. 2007 zog die TGJ für anderthalb Jahre in ein Gebäude des Berufsförderungswerks Hamburg (BFW) nach Farmsen um, da das gesamte Gelände an der Jenfelder Straße neu gestaltet wurde. Umfangreiche Neubaumaßnahmen fanden statt, so dass sich die TGJ mit Vorsorge, sozialer Rehabilitation, Adaption und Suchtberatungsstelle zum Jahreswechsel 2008/2009 in einem komplett neuen Gewand präsentieren konnte. Der Neubau integrierte auch die bisherige Außenstelle Hansenbarg in der Schellingstraße und die Beratungsstelle des Blauen Kreuzes.

Doch schon kurz nach Einweihung der neuen Räumlichkeiten entstand auf Anregung der Deutschen Rentenversicherung Nord die Überlegung, die Kapazität der Adaption noch einmal zu erhöhen. Dies war jedoch am Standort Jenfelder Straße nicht möglich. Deshalb knüpfte die TGJ an die Erfahrungen der Interimslösung an und mietete das bereits 2007/2008 genutzte Internats-Gebäude im Berufsförderungswerk für die Unterbringung und Betreuung von 30 Adaptionpatienten an. Neben der Nutzung des Gebäudes wurde auch eine fachliche Kooperation mit dem Berufsförderungswerk angestrebt, um Angebote der beruflichen Rehabilitation für die Adaptionpatienten zugänglich zu machen. Nach einem Teil-Umbau des Hauses konnte die Adaption der TGJ Ende 2011 nach Farmsen umziehen.

Bereits 2016 musste der neue Standort wieder aufgegeben werden und die Adaption kehrte nach Jenfeld zurück. Die Kooperation mit dem BFW hatte sich aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten des BFW nicht wie geplant umsetzen lassen. Darüber hinaus musste das BFW das Gebäude der Adaption und angrenzende Grundstücke

*Weiter auf Seite 53*

*Die Therapeutische  
Gemeinschaft Jenfeld (TGJ)  
wurde bis 2009 komplett  
umgebaut und erweitert. Hier  
sind die Vorsorgeeinrichtung,  
die soziale Rehabilitation und  
die Suchtberatungsstelle AHA  
beheimatet.*



*In der Elsa-Brändström-  
Straße, einer ehemaligen  
Seniorenwohnanlage der  
Stiftungen, werden heute auch  
Klient\*innen der TGJ stationär  
betreut oder finden dort eine  
Wohnung auf Zeit.*



an einen Investor verkaufen. Dies führte zu einer deutlichen Unterbelegung der Einrichtung, dem die Stiftung mit einer Neustrukturierung der durch die TGJ genutzten Immobilien begegnete. Die Nachsorge-Einrichtung Soziale Rehabilitation wurde in der Wohnanlage Elsa-Brändström-Straße angesiedelt, die bislang als Seniorenwohnanlage ohne Betreuung genutzt worden war. Hierzu zogen die bisherigen Mieterinnen und Mieter in andere Wohnanlagen der Stiftungen um. Seit 2017 wurden nach und nach weitere Wohnungen an diesem Standort für das neue Projekt Perspektive Wohnen der TGJ genutzt. Hier können etwa 30 Klientinnen und Klienten im Anschluss an eine Nachsorge bis zu drei Jahre wohnen und erhalten Unterstützung durch Mitarbeitende der TGJ, deren Personalkosten aus Zuwendungen der Sozialbehörde finanziert werden.

Zum 1. Januar 2017 integrierte die Alida Schmidt-Stiftung die „Ein-Mann-Suchtberatungsstelle“ des Blauen Kreuzes in die TGJ Suchtberatung.

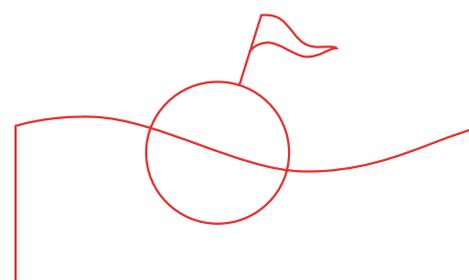
Einen Paradigmenwechsel in der Versorgung von Menschen mit Behinderung stellte das Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes mit Wirkung zum 1. Januar 2020 dar. Ziel dieses Gesetzes ist es, die rechtliche Stellung von Menschen mit Behinderung zu stärken und ihnen ein deutlich größeres Selbstbestimmungsrecht einzuräumen. Die frühere Unterscheidung in stationäre, teilstationäre und ambulante Leistungen wurde aufgehoben. Diese Neuordnung des Rechts der Eingliederungshilfe (SGB IX) betraf auch die Vorsorge sowie die Soziale Rehabilitation der TGJ. Während die Eingliederungshilfeleistung für die Klient\*innen zuvor sowohl die Kosten für die Unterkunft und die Verpflegung als auch für die Fachleistung der Betreuung umfasst hatte, wurde ab 2020 eine Trennung zwischen der Fachleistung und den so genannten existenzsichernden Leistungen vorgenommen. Letztere umfassen die Kosten der Unterkunft sowie die Aufwendungen für den Lebensunterhalt. Sie werden seitdem vom Träger der Grundsicherung bzw. aus dem Regelsatz der einzelnen Klient\*innen an die TGJ gezahlt. Seitens der zuständigen Behörde als Träger der Eingliederungshilfe wird nur noch die suchtspezifische Fachleistung bewilligt und vergütet. Die Umstellung auf das neue System geht für Leistungserbringer wie die TGJ mit einem deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand sowie mit erheblichen finanziellen Risiken einher.

2024 verfügt die TGJ über die Beratungs- und Behandlungsstelle Suchtberatung Jenfeld, die Vorsorge mit 30 Plätzen, die Adaption mit 20 Plätzen, die Soziale Rehabi-



litation mit 50 Plätzen im trügereigenen Wohnraum und 10 Plätzen im klienten-eigenen Wohnraum sowie die Perspektive Wohnen mit 32 Plätzen.

Zum 1. Januar 2024 hat die Alida Schmidt-Stiftung außerdem die Trägerschaft des Suchthilfezentrums Die BOJE mit 14 Mitarbeitenden übernommen. Die BOJE reiht sich in die vielfältigen Teilbereiche der Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld ein und rundet das Angebot für abhängigkeiterkrankte Menschen ab. Die dortigen Fachkräfte beraten neben Menschen mit Alkohol- und Cannabisproblemen schwerpunktmäßig Personen mit problematischem oder pathologischem Spielverhalten und Medienkonsum.



**Die BOJE**



1995 wurde aus dem sozialtherapeutischen Wohnheim für junge Frauen eine Jugendhilfeeinrichtung. Hintergrund war die Ausweitung des Anspruches auf Unterstützung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz auf die Gruppe der jungen Volljährigen – eben jene Zielgruppe, die in der Bürgerweide betreut wurde. Die Bundesländer und damit auch Hamburg hatten eine Frist bis zum 1.1.1995, um entsprechende Angebote zu schaffen. So wurde die Einrichtung zusammen mit einer Handvoll anderer Träger kurzerhand in die Jugendhilfe transferiert.

Die Jugendbehörde befand jedoch das Wohnheim für Zwecke der Jugendhilfe mit 32 stationären Plätzen für zu groß und die baulichen Standards als nicht mehr zeitgemäß. Künftig sollten verstärkt ambulante Angebote sowie Betreuung in kleineren Wohngemeinschaften und Plätze für die Betreuung von Müttern mit Kleinstkindern geschaffen werden. Neben den Veränderungen in der Struktur bedeutete dies für die Einrichtung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch einen Paradigmenwechsel in der pädagogischen Arbeit. Anstelle von Sozialtherapie war nun Unterstützung bei der Persönlichkeitsentwicklung und der Entwicklung der Erziehungsfähigkeit gefragt.

Ab 1995 wurden die stationären Plätze auf 15 reduziert, die bis heute bestehen. Pläne sahen vor, vor allem Frauen,

die „aufgrund von Gewalterfahrungen, sexuellem und psychischem Missbrauch oder anderen traumatischen Erlebnissen massive psychische und Verhaltensprobleme haben“, in der Bürgerweide aufzunehmen. Die Altersgrenze wurde auf zwölf Jahre abgesenkt. Außerdem wurden nun auf neuer konzeptioneller Grundlage auch Schwangere und Mütter mit Kindern aufgenommen. Zuständig für die Bewilligung waren die „Allgemeinen Sozialen Dienste“ in den Bezirken.

Gleichzeitig wurden zusätzliche Plätze für beide Zielgruppen in angemieteten Wohnungen geschaffen und als neues Angebot ambulante aufsuchende Hilfen in Familien für die Bezirke Hamburg-Mitte und -Nord verbunden mit einem regionalen Bürostandort im Wiesendamm eingerichtet. In der Vorstandssitzung zur Planung des Wirtschaftsjahres 1999 konnte festgestellt werden, dass sich eine deutliche Verschiebung der Tätigkeit vom stationären in den ambulanten Bereich ergeben habe.

Um künftig eine qualifizierte Betreuung im stationären Bereich gewährleisten zu können, beschloss der Vorstand im Dezember 1998, die Zimmer im neueren Teil des Gebäudes Bürgerweide 19 zu Wohnungen unterschiedlicher Größe mit jeweils eigenen Küchen und Bädern umzubauen. Im Altbau wurde ein „Service-Bereich“ geschaffen mit

*Der Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe der Alida Schmidt-Stiftung betreut laufend 200 Familien, Alleinerziehende, Frauen, Kinder und Jugendliche stationär und ambulant. Ausflüge und Ferien gehören zum pädagogischen Angebot.*





*In der Bürgerweide 19 leben junge Mütter oder Väter mit ihren Kindern sowie Frauen mit psychischen Erkrankungen.*

Büros, Werkstatt, Kinderspielzimmer, Wickelraum und Gemeinschaftsräumen.

Die stationären Plätze für Schwangere bzw. allein erziehende Mütter und Väter mit Kleinstkindern wurden 2005 um vier Plätze im Gebäude Bürgerweide 23 erweitert. Damit kehrte die Stiftung – wenn auch nicht als Eigentümerin – an den von der Stifterin erbauten Ursprungsort zurück.

Unter der Überschrift „Weiterentwicklung der Jugendhilfe“ leitete die Hamburger Jugendbehörde in den Jahren 2002/2003 gravierende Strukturveränderungen im Bereich der öffentlich finanzierten Jugendhilfe ein. Zugunsten einer sozialraumorientierten offenen Kinder- und Jugendhilfe sollten die entgeltfinanzierten gesetzlichen Hilfen zur Erziehung reduziert werden. Die Behörde kündigte die Rahmenverträge mit den Verbänden und unterbreitete Angebote für neue Entgelte, die für die Leistungssegmente der Alida Schmidt-Stiftung zu dramatischen Absenkungen um bis zu 18 Prozent führten. Damit war es nicht mehr möglich, sämtliche tariflichen Leistungen für die Beschäftigten aus den Kostensätzen zu finanzieren. Gemeinsam mit anderen freien Trägern der Jugendhilfe bewarb sich die Alida Schmidt-Stiftung im Bezirk Hamburg-Mitte um eines der neuen sozialraumorientierten Projekte und ist seit 2003 geschäftsführender Träger des FamilienNetzwerks Hamm. Im Rahmen des



*Das „Elbschloss an der Bille“ im Osterbrookviertel in Hamm-Süd wurde 2009 feierlich und fröhlich eröffnet.*

FamilienNetzwerks wurden offene Angebote und Gruppen wie z.B. Spielcafés, Sonntagsfrühstück für Familien und Kochgruppen eingerichtet. Darüber hinaus werden Beratung und aufsuchende Unterstützung zum Beispiel für die Gruppe der Eltern mit Kindern von 0–3 Jahren angeboten. Die Alida Schmidt-Stiftung realisiert im Netzwerk mit den „Familienlotsen“ die aufsuchende Familienunterstützung und die „Frühen Hilfen“ wie entwicklungspsychologische Beratung und Hebammensprechstunde. Die Eltern, Kinder und Jugendlichen können sich bei Unterstützungsbedarf direkt an das FamilienNetzwerk wenden und müssen nicht den Weg über das Jugendamt nehmen. Neu war auch, dass die Angebote in bereits vorhandenen Räumen im Stadtteil stattfinden, wie Kindertagesstätten, Schulen und Häusern der Jugend.

2009 wurde das „Elbschloss an der Bille“ eröffnet – ein Kooperationsprojekt, bei dem verschiedene Träger in dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Baugenossenschaft Freier Gewerkschafter (bgfg) Angebote für alle Bewohner des Stadtteils südliches Hamm vorhalten. So bestehen unter einem Dach z.B. ein Nachbarschaftszentrum der bgfg, eine Kindertagesstätte, ein Eltern-Kind-Zentrum und die Mutter-Kind-Einrichtung der Alida Schmidt-Stiftung als stationäres Angebot mit 15 Plätzen. Am Osterbrookplatz wie auch in der Bürgerweide 19 hat die Stiftung die Möglichkeit, Schwangere und allein-erziehende Mütter und Väter mit Kleinkindern sowie



*Ein Blick in eine Wohnung für eine Mutter oder einen Vater mit Kind.*



*Neben diesem Spielzimmer gibt es in der Bürgerweide 19 auch einen Toberaum.*

Mädchen und junge Frauen mit psychischen Störungen zu betreuen. Das Projekt wurde ursprünglich als Mehrgenerationenhaus vom Bundesbauministerium sowie vom Bundesfamilienministerium gefördert. Modellcharakter hat die Vernetzung einer stationären Jugendhilfeeinrichtung mit einem Angebot für die Nachbarschaft bzw. den Stadtteil.

Im Zuge der mehrfachen Strukturveränderungen firmierte das „Frauenwohnheim“ zwischenzeitlich unter der Bereichs-Bezeichnung „Frauen, Kinder und Familien“

und wurde 2010 umbenannt in „Alida Schmidt-Stiftung – Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe“. Damit wurde den sozialrechtlichen Grundlagen der Arbeit Rechnung getragen, die im Sozialgesetzbuch VIII Kinder- und Jugendhilfe sowie im Sozialgesetzbuch IX Eingliederungshilfe liegen. Als die Einrichtung 1995 zur Jugendhilfeeinrichtung umstrukturiert wurde, umfasste das pädagogische Team neun Planstellen. In der Folgezeit wuchs die Einrichtung stetig und hatte zeitweilig fast 30 Sozialpädagogenstellen besetzt.

Die Alida Schmidt-Stiftung verfügt bis heute über 54 Wohnungen in den Stadtteilen Winterhude und Dulsberg aus dem Carl und Amanda Behrs-Testament stammend. Einen Teil dieser Wohnungen nutzt die Stiftung, um junge Frauen mit psychischer Erkrankung im trügereigen Wohnraum zu betreuen. Das Angebot wurde sukzessive ausgebaut und umfasst heute etwa 40 Plätze in kleinen Wohngemeinschaften und Einzelwohnungen in der Dorotheenstraße, der Probsteier Straße und der Bürgerweide 21. Die beiden ambulanten Teams in Hamburg-Mitte und Hamburg-Nord betreuen darüber hinaus Familien im Rahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe.

Am Standort Bürgerweide besteht eine Werkstatt, in der den betreuten Klientinnen Tagesstruktur geboten wird und in der sie lernen, kreativ zu arbeiten.

Im Zuge der sozialräumlichen Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg nahm auch die Bedeutung der Kooperation mit anderen Trägern zu. Neben dem weiterhin bestehenden FamilienNetzwerk Hamm arbeitet die Alida Schmidt-Stiftung im Trägerverbund „Vier gewinnt“ in Hamburg-Nord mit drei anderen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zusammen, um bedarfsgerechte Hilfen für Familien anzubieten.

Heute besteht der Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe aus zwei stationären und zwei ambulanten Teams mit insgesamt 35 sozialpädagogischen Fachkräften, Mitarbeitenden in Verwaltung, Hauswirtschaft und Haustechnik sowie drei Leitungskräften.



*Neben der Küche in der eigenen Wohnung gibt es auch Gemeinschaftsküchen für gemeinsame Aktivitäten oder Mahlzeiten.*

## Altenhilfe

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stand ein großer Wandel im Pflegebereich bevor. Denn 1995 führte die Bundesregierung die Pflegeversicherung als Pflichtversicherung ein. Während bis dahin sowohl ambulante als auch stationäre Pflege durch die Pflegebedürftigen selbst oder den Sozialhilfeträger finanziert werden musste, trat nun ein völlig neues Finanzierungs- und Leistungssystem in Kraft. Neue Aufgaben wie Leistungsmanagement, Pflegeplanung und -dokumentation sowie Qualitätsmanagement kamen auf die weitgehend unvorbereiteten Pflegeeinrichtungen zu. Die Neuerungen bedeuteten sowohl für die Verwaltung des Pflegebereichs der Stiftung als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegeabteilung große Umstellungen.

Mit Inkrafttreten der Pflegeversicherung 1995 wurde das Konzept des Max-Brauer-Heims erweitert und ein hausinterner ambulanter Pflegedienst aufgebaut. 2001 wurden dann die ambulanten Pflegeleistungen des Max Brauer Hauses dem Pflegedienst „Norzel“ der kooperierenden Flutopfer-Stiftung übertragen. Die Verbindung zwischen stationärer und ambulanter Pflege sowie betreutem Seniorenwohnen an einem Standort galt auch nach Einführung der Pflegeversicherung als tragfähiges Konstrukt. Aufgrund des Vorrangs ambulanter Pflege sank jedoch wie in allen Pflegeheimen die Verweildauer der bei ihrem Einzug zumeist hochaltrigen Bewohnerinnen und Bewohner. Um weiterhin eine gute Auslastung der Pflegestation zu sichern, wurde im Jahr 2000 in eine Modernisierung der Sanitärbereiche investiert. 2000 wurde das Max-Brauer-Heim auf Wunsch des Bewohnerbeirats in „Max Brauer Haus“ umbenannt. Die

Weiter auf Seite 60

### Das „Max Brauer Haus“ wurde 25 „Mittelpunkt eines lebenswerten Lebens“



Der Chor des „Max Brauer Hauses“ unter der Leitung von Pastor Mathias Hartenstein sang auf dem Festnachmittag zahlreiche Volkslieder.

**BRAMFELD (dv).** Das 25jährige Jubiläum des „Max Brauer Hauses“ am Hohnerredder 23 bot in der vergangenen Woche viel Grund zum Feiern. Eine Feier, die aufgrund der aktuellen Lage nachdenkliche Töne enthielt. Aber zugleich auch ein Fest, das dem freudigen Geburtstag angemessen war.

Am 9. September 1976 wur-

Peter Fischer, der Geschäftsführer der Stiftung, überbrachte auf dem Festnachmittag bei Kaffee und Kuchen die Grüße von Hamburgs Bürgermeister Ortwin Runde - und wandte sich zugleich mit sehr persönlichen Worten an die Bewohner. Fischer berichtete von Besuchen im World Trade Center und warnte vor voreiligen

Menschen, unabhängig vom Geschlecht, politischer, ethnischer oder konfessioneller Zugehörigkeit im Max Brauer Haus ein Leben in einer Atmosphäre gegenseitiger Achtung, Rücksichtnahme und Toleranz zu bieten.“

Sätze, die geschrieben wurden weit vor dem 11. September 2001, und die jetzt doch ei-

# Beatrice Müller

## arbeitet als Seniorenbetreuerin in zwei Service-Wohnanlagen der Stiftung

**Ich bin Trixi Müller und arbeite seit 17 Jahren im Seniorenbereich der Stiftung.** Früher war ich als Hotelfachfrau im In- und Ausland unterwegs, zum Schluss bei einem Caterer im Büro. Die Arbeitszeiten dort passten nach der Geburt meiner Kinder nicht mehr mit meinem Familienalltag zusammen. Über meine Eltern, die als nebenberufliches Hausmeisterehepaar in der Seniorenwohnanlage in Horn arbeiten, bin ich mit einem Nebenjob in die Seniorenbetreuung eingestiegen. Als meine Kinder größer waren, habe ich meine Arbeitszeit aufgestockt. Seitdem bin ich fest angestellt.



**Ich bin vier Tage die Woche in der Seniorenwohnanlage in Horn und seit vier Jahren zusätzlich einmal die Woche im Max Brauer Haus.** Über die erneute Aufstockung habe ich mich gefreut, denn ich wollte mehr arbeiten, und es war durch Veränderungen im Max Brauer Haus möglich. Plötzlich habe ich mehr Kolleg\*innen, das ist schön, und die Ideen inspirieren mich für die Wohnanlage in Horn.

**Ich bin sehr gerne Seniorenbetreuerin.** Gerade ältere Menschen erlebe ich meistens als direkt und ehrlich, das mag ich. Außerdem gefällt mir die Mischung aus Kontakt, Büroarbeit, Organisation, kleinen Handreichungen und täglich neuen Herausforderungen, bei denen ich über den Tellerrand hinausschauen muss.

**Das Schwierige an meinem Beruf** ist der Umgang mit dem Wissen, dass das Leben nicht unendlich ist. Meine Anlage in Horn ist sehr klein, ich kenne alle 80 Bewohner\*innen. Sie gehen zu lassen, ist teilweise schwieriger, als ich es selber will. Aber man lernt natürlich immer weiter, damit umzugehen.

**Die Stiftung ermöglicht mir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.** Erst war ich auf einem Nebenjob angestellt, dann kamen immer mehr Stunden dazu. Meine Situation und meine Wünsche wurden und werden gehört. Das motiviert natürlich!

**Motiviert hat mich auch die Zufriedenheitsbefragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.** Die Stiftung hat uns 2021 ausführlich gefragt: Was wollen wir? Dann hat sie geschaut, ob sie das umsetzen kann. Dabei herausgekommen sind z.B. neue Fortbildungen. Die nutze ich auch selber sehr gerne. Insgesamt finde ich sowieso, dass die Stiftung mit ihrer Verwaltung und den Leitungen immer ein sehr offenes Ohr für unsere Anliegen in den Einrichtungen hat. Ach, und letztes Jahr war ich das erste Mal beim Firmenlauf in der HafenCity dabei, das war sehr schön.

„Die kann was“ – wenn ich an das Jubiläums-Motto denke, dann würde ich es so ausdrücken: Die Stiftung ist sehr empathisch. Sowohl wir in Richtung Bewohnerschaft als auch die Stiftung in Richtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.





*2022 waren die Bewohner\*innen und die Nachbarschaft des Max Brauer Hauses eingeladen, sich über die Bau- und Modernisierungspläne der Stiftung zu informieren.*

Bezeichnung „Heim“ erschien den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht mehr zeitgemäß und beschrieb nicht ihr Lebensgefühl, wie sie erklärten.

Das Max Brauer Haus ist seit Jahrzehnten fest im Stadtteil Bramfeld verankert. Viele der Bewohnerinnen und Bewohner kommen aus dem Stadtteil und verbringen damit nach dem Umzug ins Max Brauer Haus ihren Lebensabend in gewohnter Umgebung. Sie berichten in der Hauszeitung „Hallo Nachbarn“ lebhaft von ihren Erlebnissen im städtischen Leben. Schülerinnen und Schüler aus den umliegenden Schulen nutzen die Gelegenheit, ein Praktikum im Max Brauer Haus zu absolvieren.

Prägende Kennzeichen des Max Brauer Hauses sind seit jeher die enge Vernetzung mit zahlreichen Institutionen im Stadtteil sowie die Aufgeschlossenheit für fachliche Neuerungen wie zum Beispiel die Verankerung des Hospizgedankens oder die Betreuung demenzkranker Bewohnerinnen und Bewohner.

Im Sommer 2020 musste die Alida Schmidt-Stiftung mit großem Bedauern den Betrieb der stationären Pflege im Max Brauer Haus stilllegen. Es war trotz guter Auslastung bereits seit mehreren Jahren nicht mehr möglich, die vergleichsweise kleine Pflegeeinrichtung mit nur 57 Plätzen wirtschaftlich zu betreiben. Die Stiftung hatte in dieser Zeit die finanziellen Defizite des Pflegebereichs getragen. Weil eine Änderung der wirtschaftlichen Situation nicht erreicht werden konnte, sah sie sich zur Beendigung des Betriebs gezwungen. Außerdem erfüllte das 1976 errich-

tete Gebäude mit Doppelzimmern und Tandembädern die berechtigten Ansprüche an einen würdevollen letzten Lebensabschnitt nicht mehr. Eine bauliche Modernisierung konnte nicht durchgeführt werden, weil sich damit die Wirtschaftlichkeit weiter verschlechtert hätte. Das Max Brauer Haus konnte für alle Bewohner\*innen der Pflege einen Platz in einer anderen Pflegeeinrichtung finden. Der Betrieb der Service-Wohnanlage sowie die ambulanten Pflegeleistungen wurden unverändert fortgeführt.

2021 konnten Grundstück und Gebäude des Max Brauer Hauses von der SAGA angekauft werden, so dass die Alida Schmidt-Stiftung in eigener Verantwortung über die Weiterentwicklung der Einrichtung entscheiden kann. Ein Neubau auf dem Grundstück der stillgelegten Pflege sowie eine Modernisierung der Wohngebäude sind in Planung. 2023 wurde ein Bauvorbescheid erteilt, der einen Neubau mit 50–60 Wohnungen sowie die Errichtung eines zweiten Vollgeschosses auf den sechs Bestandsgebäuden ermöglicht.

## Die Wohnstifte der Alida Schmidt-Stiftung

Die Stiftung verfügt heute über 450 Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. Diese befinden sich in den Seniorenwohnanlagen im Max Brauer Haus und in der Carl und Amanda Behrs Seniorenwohnanlage sowie in den Mehrfamilienhäusern in der Elsa-Brändström-Straße, der Bürgerweide 21, der Dorotheenstraße und der Probsteier Straße. Sie stehen Menschen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung. In der Regel verlangt die Stiftung von den Bewerber\*innen um eine Wohnung die Vorlage eines Wohnberechtigungsscheins.

Die Wohneinrichtung im Zikadenweg war aufgrund erheblicher baulicher Mängel bereits 2008 abgerissen und das Grundstück an einen Investor verkauft worden.

Wie berichtet, nutzt die Stiftung ihren Wohnungsbestand auch, um gezielt eingestrent in den Mehrfamilienhäusern Klient\*innen unserer Facheinrichtungen zu betreuen, also junge Frauen mit psychischer Erkrankung und Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen. Damit verknüpft sie den Wohnstiftgedanken von Ida Schmidt mit den heutigen Aufgaben der Stiftung.



*Das Max Brauer Haus in Bramfeld heute. Hier leben viele Senior\*innen, die schon jahrzehntelang fest im Hamburger Osten verwurzelt sind.*



*In der Dorotheenstraße in Winterhude vermietet die Stiftung Wohnungen mit unterschiedlichen Größen und Grundrissen von drei bis vier Zimmern. Sie werden bevorzugt an Familien und Personen mit niedrigem Einkommen vergeben.*



*Auch die Wohnungen in der Probsteier Straße am Dulsberg stehen ebenfalls Familien und Personen mit geringem Einkommen offen.*

## Der Außenauftritt der Stiftung, interne Kommunikation und der Wandel zu digitalen Medien

Nach außen sichtbar sein: Mit diesem Wunsch begann 2009 der Schritt in eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung. Für alle Zielgruppen werden bis heute geeignete analoge und digitale Medien bereitgehalten. Im Zentrum dabei steht die Website [www.alida.de](http://www.alida.de). Ob Abschiedsreden von Klient\*innen aus dem Hansenberg, das wöchentliche Veranstaltungsprogramm der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe oder Mietpreise für die Seniorenwohnungen: Hier ist alles versammelt, was interessiert.

Von der reinen Information zum Dialog: Ziel der Stiftung ist es auch, Kommunikation und Dialog zu initiieren. Sei es im Rahmen von Mieter- und Nachbarschaftsveranstaltungen bei Bauprojekten, im Kontext von Befragungen der Mitarbeitenden oder beim Auftritt auf Veranstaltungen wie den Hamburger Stiftungstagen. Der Einstieg in die sozialen Medien hat auch in der Stiftung begonnen, aber wie überall im sozialen Bereich gilt auch in der Öffentlichkeitsarbeit: Gute Ideen müssen mit den Ressourcen Geld und Zeit in Einklang gebracht werden.

Intern kommunizieren: Diese Aufgabe wurde in der Öffentlichkeitsarbeit Jahr für Jahr bedeutsamer. Neben einem Intranet und z.B. regelmäßigen Briefen der Geschäftsführung an die Mitarbeitenden sind vor allem gemeinsame Veranstaltungen ein verbindendes Element für mehr Transparenz, Kommunikation und Zusammengehörigkeit.

Seit 2012 gibt es den (fast) jährlichen „Stiftungstag“ für alle Mitarbeitenden aller Stiftungen. Entweder mit einem fachlichen Motto („Gesundheit“) oder als reines Fest. Im gleichen Jahr startete der jährliche Begrüßungsempfang für neue Mitarbeitende. Seit 2015 nimmt die Stiftung auch mit einem Team am Spendenlauf „HafenCityRun“ teil. Nur ausgebremst durch die Zeit der Corona-Pandemie ist die Geschäftsführung regelmäßig auf den Betriebsversammlungen der Einrichtungen präsent und steht intensiv im Austausch mit allen Führungskräften.

Die Geschichte verstehen: Sehr wichtig war es der Stiftung, ihre Historie zu erforschen. 2013 wurde darum die Historikerin Kristina Vagt beauftragt, diese umfassend professionell aufzubereiten. Die Ergebnisse lesen Sie in dieser Broschüre. Verstärkt wurde danach die Stiftung selbst in der Öffentlichkeit bekannter gemacht – heute wissen mehr Menschen, dass sie ein großer Player der Sozialwirtschaft Hamburgs ist.



2012 fand im Gemeindehaus der Hauptkirche St. Michaelis der 1. interne Stiftungstag statt. Hier trafen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Vorstand und Geschäftsführung zum Gespräch, zum Informationsaustausch und zum Pläneschmieden.



Die Website informiert immer aktuell über Angebote, Veranstaltungen und Menschen in der Stiftung.



Die Mieter\*innen in den Seniorenanlagen der Stiftung lieben kleine Kalender. Diese entstanden zur Überbrückung der kontaktarmen Zeit während der Pandemie bzw. zur Hilfestellung in den Zeiten knapper Energie.

## Evaluierung und Qualitätssicherung

Seit einer Weile sind die Einrichtungen stärker als in den vorangegangenen Jahrzehnten gefordert, sich mit Fragen der Evaluierung ihrer Tätigkeit sowie der Überprüfung der Qualität ihrer Leistungen zu beschäftigen. So wurde im Sozialgesetzbuch IX eine Regelung verankert, wonach Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation verpflichtet sind, ihr einrichtungsinternes Qualitätsmanagement durch ein unabhängiges Zertifizierungsverfahren in regelmäßigen Abständen überprüfen zu lassen. 2010 bestanden das Fachkrankenhaus Hansenberg und die Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld erstmals nach umfangreichen und intensiven Vorbereitungen die gesetzlich vorgegebenen Zertifizierungsprüfungen.

Auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe für psychisch kranke Menschen ist die Qualitätsentwicklung ein wesentlicher Bestandteil der vertraglichen Vereinbarungen zwischen Einrichtungen und Kostenträgern. Seit dem Jahr 2005 werden zwischen der Fachbehörde und den freien Trägern der Jugendhilfe Qualitätsentwicklungsvereinbarungen abgeschlossen. Jährliche Qualitätsberichte werden an die Hamburger Bezirksämter, die Fachbehörde und das Fachamt Eingliederungshilfe adressiert.

Das 2010 in Kraft getretene Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz (HmbWBG) regelt u.a. die Qualitätsanforderungen für das „Servicewohnen“ für Senioren im Max Brauer Haus und der Carl und Amanda Behrs Seniorenwohnanlage. Seit 2011 finden hier regelmäßig „Kundenbefragungen“ der Bewohner\*innen statt. Im Ergebnis lässt sich eine sehr hohe Zufriedenheit der

Mieter\*innen mit den Beratungs- und Betreuungsleistungen der Mitarbeitenden vor Ort feststellen. Einzelne kritische Anmerkungen gab es zu den Themen Müllentsorgung oder Reinigung.

## IT-Modernisierung und Digitalisierung

2018 hat der Stiftungsvorstand einer umfassenden Modernisierung der IT-Infrastruktur für die Stiftung zugestimmt. Hierbei wurden die bestehenden Hardwarebasierten Server-/Betriebssysteme zugunsten moderner virtualisierter Systeme abgelöst. Mit der Modernisierung wurden ein schnellerer Wechsel der Betriebssysteme sowie eine technisch unproblematische Update-Möglichkeit aller Softwareanwendungen auf die jeweils aktuellste Version ermöglicht. Auch die erhöhten Anforderungen an die IT-Sicherheit und das Datensicherungskonzept sind nunmehr besser zu gewährleisten. Nicht zuletzt konnten Verfügbarkeit und Geschwindigkeit des Systems durch leistungsfähige Hard- und Software sowie breitere stabile Datenleitungen erhöht werden. Die bestehende Infrastruktur wurde weitestgehend auf zwei externe Rechenzentren verlagert. Serverkapazitäten und Lizenzen für sämtliche Funktionen werden bei den Dienstleistern „gemietet“ und sind jederzeit erweiterbar.

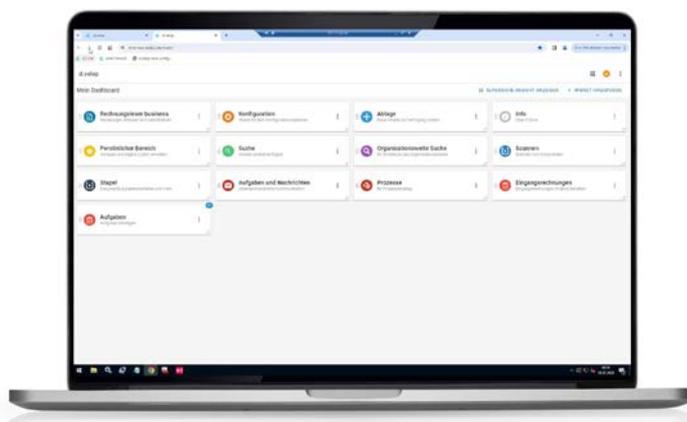
Seit 2021 treibt die Hauptverwaltung der Stiftung die Digitalisierung in der Ablauf- und Datenorganisation kräftig voran. Es wurden vier Bereiche festgelegt, in denen gestuft ab 2024 digitale Arbeitsprozesse für die Hauptverwaltung sowie die Einrichtungen eingeführt werden sollen. Hierzu zählen die digitale Verarbeitung der Eingangsrechnungen



WIR SIND ZERTIFIZIERT DURCH  
CERT IQ ZERTIFIZIERUNGSDIENSTLEISTUNGEN GMBH

GESUNDHEIT | BILDUNG | SOZIALWESEN  
Zertifizierung mit System!

Die Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld und das Fachkrankenhaus Hansenberg sind seit 2010 zertifiziert.



Analoge Prozesse werden nun digital umgesetzt, hier ein Beispiel aus der Rechnungsverarbeitung.

## Die Alida Schmidt-Stiftung ist Mitglied

im Bundesverband deutscher Stiftungen  
im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband DPWW  
im Bundesverband für stationäre Suchtkrankenhilfe  
im Fachverband Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung (Finsoz)  
in der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg AVH  
im Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen VNW  
im Grundeigentümer-Verband Hamburg  
im Hamburger Bündnis für Wohnstifte  
Führungskräfte engagieren sich in Trägerkonferenzen, Qualitätsgemeinschaften, Arbeitsgruppen und anderen Gremien dieser Verbände.

## In der Stiftung arbeiten fast 250 Beschäftigte:

- rund 70 im Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe
- rund 150 in der Suchthilfe
- rund 10 in den Seniorenwohnanlagen
- rund 20 in der Hauptverwaltung und im Handwerkerteam



Betriebsräte sind gewählt im Fachkrankenhaus Hansenbarg, in der Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld und im Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe.

mit einer Schnittstelle zur Finanzbuchhaltung, die elektronische Mieterakte und Datenverbindung zur Software der Wohnungswirtschaft, eine digitale Ablage aller Belege und Dokumente der Abteilungen Rechnungswesen und Wohnungswirtschaft sowie ein allgemeines digitales Dokumentenmanagement für die gesamte Organisation.

Die Stiftungen gewährleisten mit diesem Konzept die Einhaltung der umfangreichen rechtlichen Vorschriften für die Beleg- und Dokumentenablage. Außerdem werden bislang papierbasierte, teils langwierige Arbeitsprozesse zu effizienten digitalen Workflows umgestaltet, was die Attraktivität der betroffenen Arbeitsplätze erhöht.

## (Auch) Stiftungen brauchen Compliance

Gemeinnützige sozialwirtschaftliche Unternehmen wie die Alida Schmidt-Stiftung sind ebenso wie privatwirtschaftlichen Zwecken dienende Firmen verpflichtet, Rechtsverstößen vorzubeugen, sie zu erkennen und zu ahnden. Sie sind sogar – gerade aufgrund ihrer Gemeinnützigkeit – in besonderem Maße gefordert, Regelungen zu treffen und spezifische Maßnahmen zu entwickeln, um

das rechtmäßige Verhalten der Stiftung, ihres Vorstands, der Geschäftsführung sowie ihrer Mitarbeiter\*innen zu gewährleisten. Die Gesamtheit dieser Regelungen bildet das Compliance Management System der Stiftungen; deren Herzstück ist die Compliance Leitlinie, die der Stiftungsvorstand im Dezember 2020 verabschiedet und im Dezember 2023 ergänzt hat. Sie richtet sich sowohl an die Stiftungsorgane als auch an Führungskräfte und Beschäftigte.

In der Leitlinie werden nicht nur die einschlägigen gesetzlichen Regelungen benannt, sondern auch nach innen und außen wirkende Verhaltensregeln beschrieben. Dazu zählen zum Beispiel ein respektvoller Umgang miteinander, die sachgerechte Bearbeitung von Konflikten sowie eine von Wertschätzung, Transparenz und Förderung geprägte Führungskultur.

Die Leitlinie betont die wesentlichen Grundsätze der Stiftungsarbeit, wie den in den Satzungen hinterlegten Stifterwillen, die Testierung der Jahresabschlüsse durch unabhängige Wirtschaftsprüfer, die Veröffentlichung der Jahresergebnisse oder die satzungsgemäße Verwendung von Spenden. Die Stiftungen bekennen sich in der Leitlinie zum Diskriminierungsverbot sowie zur Einhaltung arbeits- und tarifrechtlicher Bestimmungen. Darüber hi-

naus werden Korruption und wettbewerbsschädigendes Verhalten untersagt; Interessenkonflikte sind offen zu legen. Die Mitarbeiter\*innen der Stiftungen sind aufgefordert, Verstöße gegen rechtliche Regelungen oder andere Bestimmungen der Leitlinie zu melden. Hierzu können sie bei Bedarf auch eine benannte externe Stelle ansprechen.

## Corona – eine Pandemie legt alles lahm und weckt neue Kräfte

Am 27. Januar 2020 erreichte das neuartige Virus SARS-CoV-2 Deutschland. Nach Einschätzung von Behörden und Fachleuten galt das Risiko für eine Ausbreitung des Virus und die Gefahr für die Gesundheit der Menschen in Deutschland als gering. Bereits zwei Wochen später waren jedoch weltweit Auswirkungen der Viruserkrankung feststellbar; Ende Februar 2020 setzte die Bundesregierung einen Krisenstab ein. Es wurden erste Empfehlungen für Hygienemaßnahmen ausgesprochen sowie die Absage von Großveranstaltungen empfohlen. Urlaubsrückkehrern aus von der Pandemie stärker betroffenen Ländern wurde angeraten, sich in Quarantäne zu begeben. Am 11. März 2020 wurde die erste Quarantäne-Anordnung für einen Mitarbeiter der Alida Schmidt-Stiftung verhängt; der gesamten Familie wurde untersagt, ihre Wohnung zu verlassen und Besuch zu empfangen. Am selben Tag musste die Pflegeeinrichtung der Stiftung erfahren, dass eine hochaltrige Bewohnerin des Pflege-Wohnbereichs Besuch von ihrer mit dem Corona-Virus infizierten Tochter erhalten hatte.

Um die Lage in den Einrichtungen der Stiftung zu besprechen und die sich anbahnende Krise zu bewältigen, wurden ab dem 15. März 2020 regelmäßige Sitzungen der Leitungskräfte einberufen. Zunächst stand der Umgang mit Mitarbeiter\*innen in Quarantäne und bei fehlender Kinderbetreuung sowie die Sicherstellung der Betreuung unserer Patient\*innen, Klient\*innen und Bewohner\*innen bei Personalausfällen im Mittelpunkt der Beratungen, ebenso der Umgang mit Corona-Verdachtsfällen und tatsächlichen Infektionsfällen sowie Besuchsregelungen in den Einrichtungen. Es wurde befürchtet, dass eine hamburgweite Ausgangssperre verhängt werden könnte. Um die Arbeit in den Stiftungseinrichtungen fortsetzen zu können, stellte die Stiftung deshalb vorsorglich „Passierscheine“ für ihre Mitarbeitenden aus. Tatsächlich wurde für die Zeit ab dem 22. März 2020 ein Kontaktverbot ausgesprochen, das als erster „Corona-Lockdown“ in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Das Kontaktverbot betraf



*Ein Corona-Gartenkonzert, hier im Max Brauer Haus. Die Bewohner\*innen genossen diese Abwechslung von ihren Balkonen aus.*

jedoch – anders als befürchtet – nicht die beruflichen Tätigkeiten. Um persönliche Begegnungen dennoch zu minimieren, fand bereits die zweite Sitzung des Krisenstabes der Leitungskräfte als Telefonkonferenz statt. Spätestens ab Mai 2020 hatte die Pandemie der Digitalisierung einen erheblichen Schub verschafft und die Kommunikation erfolgte nahezu flächendeckend über Videokonferenzen. Feste Bestandteile der Besprechungen waren die jeweilige Lage in den Einrichtungen sowie Testmöglichkeiten, Schutzausrüstung und ab Dezember 2020 die Impfungen gegen das Virus.

Heute ist kaum noch vorstellbar, wie lange es gedauert hat, bis geeignete Atemschutzmasken und Testmöglichkeiten in ausreichender Menge zur Verfügung standen. Auch finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite sowie die Inanspruchnahme der Betriebsausfall-Versicherung spielten schon frühzeitig eine Rolle. Staatliche Zahlungen flossen dann als Erstattung für die Beschaffung von Corona-Tests, als Entschädigungsleistung für Beschäftigte in Quarantäne sowie im Rahmen des Sozialdienstleistungsgesetzes zum Ausgleich für die Unterbelegung der Vorsorge in der Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld. Der im Fachkrankenhaus Hansenberg zu verzeichnende wirtschaftliche Einbruch musste dagegen aus eigener Kraft bewältigt werden.

Während einerseits das gesellschaftliche und zum Teil auch das wirtschaftliche Leben in Deutschland stillstand, erwachte andererseits an vielen Stellen eine erhebliche Dynamik, wenn es um die Bewältigung der Krise und die

Unterstützung der schwächeren Mitglieder der Gesellschaft ging. Um trotz der Kontaktbeschränkungen mit den Bewohner\*innen in den Seniorenwohnanlagen in Verbindung zu bleiben, fanden Konzerte und andere Veranstaltungen im Freien oder auf den Hausfluren statt, es wurden Grußbotschaften und kleine Geschenke vor jeder Tür abgelegt und natürlich unzählige Telefonate geführt. Sobald Impfstoffe zur Verfügung standen, organisierten zuerst die Seniorenwohnanlagen und anschließend die anderen Facheinrichtungen der Stiftung gemeinsam mit der Stadt Hamburg große interne Impfaktionen. So waren vor allem die älteren, durch die Stiftungseinrichtungen betreuten Menschen vor einer Corona-Erkrankung mit schwerem Verlauf geschützt.

Besonders herausfordernd für Geschäftsführung und Leitungskräfte war es, die vielen wechselnden gesetzlichen Regelungen, Verfügungen und Anordnungen behördlicher Stellen nachzuvollziehen und umzusetzen. Während zunächst alle Beteiligten bemüht waren, jede Regelung punktgenau zu befolgen, entwickelte sich mit der Zeit eine eher pragmatische Herangehensweise in Bezug auf die Vorgaben. Für unnötige Aufgeregtheit sorgte zuletzt die halbherzig eingeführte und dann rasch wieder zurückgenommene gesetzliche Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen.

Bewährt haben sich in der Krise das große Engagement unserer Fachkräfte für die von uns betreuten Menschen und die konstruktive Zusammenarbeit der Stiftungseinrichtungen untereinander sowie mit unseren Verbänden, die uns in herausragender Weise unterstützt haben.

## Die Stiftung als Arbeitgeberin – Personalgewinnung und -bindung

Angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland ist es zu einer besonderen Herausforderung geworden, durch gutes Personalmanagement den künftigen Personalbedarf zu decken und gewonnene Fachkräfte auch in der Stiftung zu halten. Einen Beitrag hierzu leisten Ausbildungsplätze in der Alida Schmidt-Stiftung sowie seit 2018 die Beteiligung als Praxispartner am Dualen Studium Soziale Arbeit. Auch die Mitgliedschaft der Stiftung im Arbeitgeberverband Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg hat eine hohe Bedeutung für die Fachkräftegewinnung und -bindung, denn eine tarifliche Bezahlung sorgt für Gleichbehandlung, Klarheit und Transparenz und zeigt die Wertschätzung sozialer Arbeit.

Im Dezember 2023 wurde die Alida Schmidt-Stiftung mit dem Prädikat „Zukunftsfähige Arbeitskultur“ ausgezeichnet, das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales jeweils für zwei Jahre verliehen wird. Den Auftakt für den der Auszeichnung zugrunde liegenden INQA-Prozess Kulturwandel – „Arbeit gemeinsam gestalten“ bildete im Sommer 2021 eine Befragung aller Beschäftigten zu den Themenbereichen Führung, Gesundheit, Chancengleichheit und Vielfalt sowie Wissen und Kompetenz. Eine Projektgruppe, bestehend aus Mitarbeitenden und Führungskräften, entwickelte aus den Ergebnissen der Befragung heraus im Laufe des Jahres 2022 insgesamt 21 Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitskultur. Besonders bedeutsam sind die entwickelten Aktivitäten in den Themenfeldern Führung und Gesundheit. Dazu zählen unter anderem eine 2023 durchgeführte Schulungsreihe



*Im Dezember 2023 hielt die Geschäftsführerin Christina Baumeister die Auszeichnung, die nach dem erfolgreichen INQA-Prozess Kulturwandel „Arbeit gemeinsam gestalten“ verliehen wurde, in den Händen.*

für sämtliche Führungskräfte aller Ebenen sowie vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung bei psychischer Belastung und Stress am Arbeitsplatz. Auch die Bemühungen zur Bindung von Fachkräften, wie zum Beispiel der Einsatz von Fachkoordinator\*innen, die Gestaltung möglichst familienfreundlicher Arbeitsplätze und die Weiterbeschäftigung bei Renteneintritt sind geeignet, zu einer zukunftsfähigen Arbeitskultur beizutragen. Veranstaltungen, wie regelmäßige gemeinsame Sommerfeste oder die Begrüßungsempfänge für neue Mitarbeitende, sollen zur Begegnung der Kolleg\*innen aus den verschiedenen Fachrichtungen und der Verwaltung und zur Identifikation mit der Stiftung als Arbeitgeberin beitragen.

## Nachhaltigkeit

Seit vielen Jahren achtet die Stiftung in ihrem Alltagshandeln auf Nachhaltigkeit. Am deutlichsten wird dies im Bereich Beschaffungswesen: Der Erwerb von PKW mit Elektroantrieb ist heute ebenso Standard wie die Anschaffung von Lasten-E-Bike und Dienstfahrrad oder die Nutzung von Grünstrom. Durch die Mitarbeitendenbefragung im Rahmen des INQA-Prozesses Kulturwandel wurde allerdings deutlich, dass diese Maßnahmen nach innen und außen offensiver kommuniziert werden sollten. Auch neue Projekte starteten: So beteiligte sich der Bereich Kin-

der-, Jugend- und Eingliederungshilfe 2022/23 an einem Projekt zum Klimaschutz in der Sozialen Arbeit, das vom Paritätischen auf Bundesebene koordiniert wurde. Es wurde ein CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der Einrichtung erstellt, aus dem sich Maßnahmen zum Klimaschutz ableiten lassen. Eine Vorreiterrolle in der Stiftung!

## Vielfalt

In der Stiftung arbeiten fast 250 Mitarbeitende unterschiedlichen Alters und Geschlechts, verschiedener Nationalität und Religion, mit und ohne Beeinträchtigungen, mit unterschiedlichen familiären Verpflichtungen und sexueller Orientierung. Alle sollen gleichermaßen respektiert werden und die gleichen Chancen haben.

Eine im Rahmen des INQA-Prozesses Kulturwandel gegründete Arbeitsgruppe entwickelt neue Ansätze mit dem Ziel, einen diskriminierungsfreien Umgang mit menschlicher Verschiedenheit in den Stiftungen zu erreichen. Dies betrifft alle Ebenen möglicher Diskriminierung von Alltagsrassismus bis hin zu diskriminierendem Führungsverhalten. Mögliche Maßnahmen der Anti-Diskriminierung sollen sich sowohl auf die betreuten Klient\*innen der Stiftungseinrichtungen als auch auf die Beschäftigten beziehen.



*In der Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld ist neben einem E-Auto auch ein Lasten-E-Rad im Einsatz. Es wird von Haustechnik und Hauswirtschaft eingesetzt.*

# Dennis Roock

kam als Auszubildender in die Stiftung und arbeitet heute in der Abteilung Wohnungswirtschaft

**Ich bin Dennis Roock und habe meine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement in der Stiftung gemacht.** Nach Abitur und FSJ stand für mich fest, dass ich Kaufmann werden will. Ich mag es, im Büro zu sitzen, einen Ort für mich zu haben, bin computeraffin. Und mit einem kaufmännischen Beruf kann man in vielen Bereichen arbeiten.

**Ich habe auch eine soziale Ader.** Ich bin ein Mensch, der gerne auf alle achtet und guckt, dass niemand ungerecht behandelt wird. Die kaufmännische Ausbildung in einer sozialen Stiftung hat darum für mich sehr gut gepasst.

**Meine Ausbildung war vielfältig.** Ich habe in drei Jahren alle Bereiche der Hauptverwaltung durchlaufen: Buchhaltung, Personalbuchhaltung, Sekretariat, Bauabteilung, IT, Öffentlichkeitsarbeit. Teilweise war ich auch in den Einrichtungen vor Ort. Mir wurde überall sehr viel Wissen mitgegeben. Am meisten „verliebt“ habe ich mich aber in die Wohnungswirtschaft, wo die Stiftung ihre Wohnungen an bedürftige Mieter\*innen vermietet und verwaltet.

**Die schulische Ausbildung ist mir relativ leicht gefallen.** Bei Fragen habe ich in der Stiftung Unterstützung bekommen und konnte auch manchmal schulische Sachen neben der Arbeit machen. Im Vergleich mit meinen Mitschüler\*innen habe ich gesehen, wie gut das soziale Miteinander in der Stiftung ist. Besonders gut war auch das tarifliche Ausbildungsgehalt plus Fahrkarte – auch das ist in Ausbildungen ja nicht selbstverständlich. 2023 habe ich dann die Ausbildung abgeschlossen.

**Seit fünf Monaten bin ich in der Wohnungswirtschaft fest angestellt.** Hier bin ich genau richtig. Ich habe Kontakt zu Menschen und kann direkt helfen, was mir ja liegt und wichtig ist. Auch als Teil des Teams fühle ich mich angekommen. Ich erhalte noch Weiterbildungen und bekomme Hilfe bei allen Fragen.

**Mit den Menschen, die eine Wohnung suchen, arbeite ich sehr gerne zusammen.** Ich bin für fünf Wohnanlagen bzw. Häuser zuständig, drei davon Seniorenwohnanlagen mit Betreuung für Menschen ab 60 Jahren, zwei davon Mietshäuser für Menschen mit geringem Einkommen mit oder ohne Familie. Am schönsten ist es, wenn sie sich freuen, eine Wohnung zu bekommen. Das steckt an. Wenn ich die Mieter\*innen dann über die Mietzeit begleiten kann, fühlt sich das sehr „familiär“ an.

**Dass ich gerade in einer Stiftung arbeite, bedeutet mir sehr viel.** Wir geben von unserem Stiftungszweck her Menschen mit geringem Einkommen eine Wohnung. Wenn jemand anruft und ich merke, die Wohnung wird dringend gebraucht, jemand ist in Not – das ist einfach schön für mich, dass wir diese Menschen unterstützen können. Wir weisen niemanden ab, weil er wenig Geld hat oder eine schwere Lebensphase. Das finde ich sehr schön. Auf dem freien Wohnungsmarkt ist das ja total anders. Da geht es um Profit.

**Was kann die Stiftung?** Sie kann eine supergute Ausbildung geben.



# Die Stiftungen heute und in der Zukunft

## Ein Ausblick von Christina Baumeister, Geschäftsführerin

Im Mittelpunkt unserer Stiftungsarbeit stehen heute Menschen in besonderen – oft schwierigen – Lebenslagen. Junge Frauen, gelegentlich auch Väter, mit ihren Kleinstkindern und psychisch kranke Frauen, alkohol- und medikamentenabhängige Menschen, ältere und pflegebedürftige Männer und Frauen vertrauen sich uns an und erhalten Hilfestellungen mit dem Ziel, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Unsere Patient\*innen, Bewohner\*innen, Klient\*innen zeigen sich mit der Betreuung durch unsere Fachkräfte zumeist sehr zufrieden. Viele von ihnen erreichen in der Therapie, der Pflege oder der Betreuung einen Zuwachs an Lebensqualität und erhalten ihre Selbstbestimmung oder gewinnen sie zurück. Mit dieser Arbeit knüpfen wir an die Gründungsidee unserer Stifterin Ida Schmidt an, die zahllosen hilfsbedürftigen alleinstehenden Frauen ein Obdach verschafft hat und ihnen damit die Unabhängigkeit von familiärer und staatlicher Unterstützung sichern wollte. Heute ist jedoch unser Ziel nicht die Unabhängigkeit von staatlicher Hilfe, sondern sozialstaatliche Leistungen für unsere Zielgruppen verfügbar zu machen.

### 150 Jahre Alida Schmidt-Stiftung – angelegt auf Ewigkeit

Die Anforderungen an das Management der Stiftung liegen auch in Zukunft darin, alle stiftungseigenen Einrichtungen so zu strukturieren, dass aus den Entgelten der jeweiligen Kostenträger sämtliche Aufwendungen der Einrichtungen getragen werden können. Die Stiftung wird sich deshalb weiterhin dafür engagieren, dass seitens aller Kostenträger auskömmliche Entgelte gezahlt werden, die eine angemessene tarifliche Bezahlung des Personals ermöglichen und darüber hinaus neben den erforderlichen Sachaufwendungen auch Abschreibungen und Kapitalkosten refinanzieren. Steigende Kosten insbesondere für die Gewinnung neuer Mitarbeitender sowie für den IT-Aufwand müssen ebenfalls bei den Kostenträgern geltend gemacht werden. Angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte nach Bewältigung der Pandemie und der durch den Krieg gegen die Ukraine 2022 entstandenen Gaspreiskrise erscheint die Durchsetzung



dieser Forderung kein leichtes Unterfangen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Alida Schmidt-Stiftung wie das gesamte Stiftungswesen mit den Folgen der Bankenkrise im Jahr 2008 umzugehen hat. So sind die Zinserträge seit Jahren äußerst niedrig, weshalb sie keinen bedeutenden Beitrag zur Finanzierung der Stiftungsarbeit mehr leisten können. Schwierig bleibt bei massiv angestiegenen Baukosten und eingeschränkter Förderung seitens des Bundes die Umsetzung von Bauprojekten; dies betrifft insbesondere Neubau und Modernisierung des Max Brauer Hauses, für die es einen deutlich längeren Vorlauf benötigt als geplant.

Um die Existenz der Hamburger Wohnstifte langfristig zu sichern und sie in ihrer Vielfalt zu erhalten, hat sich 2019 das Hamburger Bündnis für Wohnstifte gegründet. Das Bündnis aus derzeit 45 Stiftungen organisiert die Zusammenarbeit und den kollegialen Austausch zwischen Stiftungen, die Wohnraum zur Verfügung stellen



*Jährlich lädt die Stiftung neue Mitarbeitende zu einem Empfang ein, um ihnen umfassend die Alida Schmidt-Stiftung und ihre Einrichtungen, aber auch die anderen vier Stiftungen vorzustellen*



*Fast 250 Mitarbeiter\*innen arbeiten in der Alida Schmidt-Stiftung und entwickeln sie weiter. Hier ein Teil von ihnen beim Spendenlauf in der HafenCity.*

und letztlich alle vor denselben, insbesondere baulichen und finanziellen Herausforderungen stehen. Die Alida Schmidt-Stiftung – vor 150 Jahren aus einem Wohnstift heraus entstanden – ist hier aktiver Teil eines starken Netzwerks und einer engagierten Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung.

Stiftungen sind – anders als Vereine oder Gesellschaften – auf Ewigkeit angelegt. Um den 150 Jahre alten Stifterin-

nenwillen Ida Schmidts dauerhaft zu erfüllen und zeitgemäß zu interpretieren, hat sich die Alida Schmidt-Stiftung stets an neue Gegebenheiten angepasst und insbesondere in den vergangenen 50 Jahren dynamisch entwickelt. Diese Fähigkeiten braucht es auch in der Zukunft ebenso wie Menschen, die solche Entwicklungsprozesse vorantreiben und sich für die Ziele der Stiftung engagieren. Vorstand, Geschäftsführung und alle Mitarbeitenden stehen dazu bereit!

### Stiftungszweck in § 2 der Satzung vom 31. Januar 2014

- (1) Ausschließlicher und unmittelbarer Zweck der Stiftung ist die selbstlose Unterstützung von Personen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes auf die Hilfe anderer angewiesen sind oder die im Sinne der steuerrechtlichen Bestimmungen als bedürftig anzusehen sind. Zweck der Stiftung ist auch die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der Jugend- und der Altenhilfe.
- (2) Der Satzungszweck wird verwirklicht durch
  - die Bereitstellung von Plätzen oder Wohnungen in den vorhandenen und in den noch zu errichtenden Wohneinrichtungen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Seniorenwohnungen und ähnlichen Einrichtungen sowie durch
  - ambulante Beratung und Betreuung zu möglichst kostendeckenden Entgelten.
- (3) Soweit die Erträge des Stiftungsvermögens für die Zwecke der Absätze 1 und 2 nicht in vollem Umfang benötigt werden, können sie auch zugunsten von sozialen Einrichtungen verwendet werden, wenn diese den in Abs. 1 genannten Zwecken dienen und den in Abs. 1 aufgeführten Personen zugute kommen.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

# Alida Schmidt-Stiftung: Die Geschichte im Überblick



**26. Mai 1828** Ida Schmidt – die Stifterin der Alida Schmidt-Stiftung – wird als Tochter des Kaufmanns und Konsuls Florentin Theodor Schmidt in Hamburg geboren.

**1846** Ida Schmidt heiratet ihren Onkel Friedrich Wilhelm Schmidt (1802-1867), der wie ihr Vater Kaufmann und Konsul in Hamburg ist. Sie bekommen fünf Kinder, von denen zwei das Kindesalter nicht überleben.

**30. Juni 1873** Ida Schmidts Tochter Alida (geb. 4. Mai 1850) stirbt nach längerer Krankheit – mutmaßlich an Tuberkulose.

**15. April 1874** Der Hamburger Senat genehmigt die Satzung der von Ida Schmidt im Andenken an ihre verstorbene Tochter gegründeten Alida Schmidt-Stiftung.

**1875** Das Alida Schmidt-Stift mit 34 Wohnungen wird „zur Unterstützung hilfsbedürftiger, unbescholtener Witwen und Jungfrauen“ eröffnet. Die Stadt Hamburg hat das Grundstück an der Bürgerweide 23 in Borgfelde in Erbpacht zur Verfügung gestellt.

**1904** Ida Schmidt stirbt in Wiesbaden. Da alle ihre Kinder bereits verstorben sind, vererbt sie ihr Vermögen hauptsächlich ihren 14 Nichten und Neffen. Die Alida Schmidt-Stiftung wird der Stadt Hamburg übertragen, wie von Ida Schmidt verfügt. In der Folge übernehmen Senatoren den Stiftungsvorsitz.

**1923** Durch die verheerende Inflation geht auch das Vermögen der Alida Schmidt-Stiftung verloren. Daher müssen die Bewohnerinnen im Wohnstift Bürgerweide nun geringe Mietzahlungen leisten.

**16. Oktober 1925** Das 50-jährige Stiftsjubiläum wird festlich begangen.

**1933** Als der sozialdemokratische Senator Paul Neumann nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aus dem Amt scheiden muss, gibt er den Vorsitz der Alida Schmidt-Stiftung an den neuen nationalsozialistischen Senator Wilhelm von Allwörden ab.

**1938** Zwei wichtige Änderungen erfolgen in der Stiftungssatzung: 1) „Die Wohltaten der Stiftung sind nur für deutsche Volksgenossen christlicher Konfession und für solche bestimmt, für welche die Gewährung einer billigen Wohnung ein wirkliches Bedürfnis ist.“ 2) „Bei Auflösung der Stiftung fällt das Vermögen an die Hansestadt Hamburg, die es für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.“

**1951** In der Alida Schmidt-Stiftung gehen neun Stiftungen auf, deren Gebäude im Zweiten Weltkrieg zerstört worden waren oder die ihr Stiftungsvermögen verloren hatten. Die Satzung wird so abgeändert, dass die Alida Schmidt-Stiftung „bedürftige Personen ohne Rücksicht auf ihren Glauben“ unterbringen darf. Die Verwaltung der Stiftung ist bei der Sozialbehörde angesiedelt.

**1952** Das verbliebene Vermögen der Karl Kaufmann-Stiftung, die der ehemalige nationalsozialistische Gauleiter von Hamburg 1938 gegründet hat, wird an die Alida Schmidt-Stiftung übertragen. Die Alida Schmidt-Stiftung soll das hinzukommende Vermögen zur Errichtung eines Stiftungsgebäudes für Ehepaare nutzen, „von denen ein Teil schwerkriegerbeschädigt ist“.

**1954** Das Mädchenwohnheim in der Bürgerweide 19 wird eingeweiht. In den Anfängen sind 94 Heimplätze für junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren in Mehrbettzimmern vorhanden.

**1956** Das Wohnheim „Weidenhof“ mit 69 Plätzen für Tbc-kranken Männer in Jenfeld wird eröffnet und nach kurzer Zeit von der Sozialbehörde weitergeführt. Die Alida Schmidt-Stiftung ist Vermieterin.

**1954** Das Wohnheim für Schwerbeschädigte mit 53 Wohnungen wird in der Bürgerweide 21 eröffnet.

**1961** Die Altenwohnanlage in der Elsa-Brändström-Straße in Jenfeld mit 80 Wohnungen für Alleinstehende und 37 Wohnungen für Ehepaare wird fertiggestellt.

**1969** Harald Wehking, Mitarbeiter in der Sozialbehörde, wird im Nebenamt Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung. Er wird in den 1970er Jahren den neuen Bereich „Suchtkrankenhilfe“ einführen.

**1972** Die Altenwohnanlage im Zikadenweg in Marienthal wird mit 71 Wohnungen für Alleinstehende und 26 Wohnungen für Ehepaare eröffnet. 2008 wird sie abgerissen und das Grundstück verkauft.

**1973** Das Wohnheim „Weidenhof“ wird in das Sozialtherapeutische Wohnheim Jenfeld (STWJ) für 40 alkoholranke Männer umgewandelt.

**1975** Das Mädchenwohnheim in der Bürgerweide 19 wird als Therapeutisches Wohnheim für Mädchen und junge Frauen „mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“ weitergeführt. Es sind 56 Plätze vorhanden.

**1976** Die Alida Schmidt-Stiftung eröffnet das Max-Brauer-Heim als zweistufige Anlage mit 194 Wohnungen und einer Pflegestation mit 56 Plätzen. Besitzerin ist die Neue Heimat, später SAGA GWG.

**1978** Das Carl und Amanda Behr-Testament, das Miethäuser in der Dorotheenstraße und der Probsteier Straße umfasst und bislang von der Stadt Hamburg verwaltet wurde, wird an die Alida Schmidt-Stiftung übertragen.

**1979** Das Fachkrankenhaus Hansenberg mit 70 Plätzen für suchterkrankte Menschen wird eröffnet. Es wird zunächst von der Landesversicherungsanstalt (LVA) gepachtet und 1999 von der LVA erworben.

**1979** Harald Wehking wird im März hauptamtlicher Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung, der Flutopfer-Stiftung von 1962 und der Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung. In der Folge wird die Alida Schmidt-Stiftung aus der Behördenstruktur gelöst. Die Hauptverwaltung, die für alle drei selbstständigen Stiftungen zuständig ist, wird in der Finkenau in Uhlenhorst bezogen. 1982 kommt die neu gegründete Georg und Emma Poensgen-Stiftung hinzu.

**1980** Die Alida Schmidt-Stiftung gibt das Grundstück Bürgerweide 23 mitsamt dem Stiftsgebäude an die Stadt Hamburg zurück. Der Grund: Alle Wohnungen stehen leer und das Gebäude ist dringend sanierungsbedürftig. Die Kosten für eine zeitgemäße Sanierung erscheinen der Stiftung zu hoch.

**1985** Das Alida Schmidt-Stift in der Bürgerweide 23 wird rückwirkend für 1982 unter Denkmalschutz gestellt. Das Gebäude wird von einem privaten Investor saniert und die Wohnungen vermietet.

**1985** Die Carl und Amanda Behrs Wohnanlage mit 69 Wohnungen in Hamburg-Horn wird eingeweiht.

**1990** Die Rentenversicherungsträger verkürzen die Behandlungszeit für Alkoholranke von sechs auf vier Monate. Der Kostendruck auf die Fachkliniken steigt. Das Fachkrankenhaus Hansenburg wird bis 1992 neu strukturiert. Die Anzahl der Plätze wird auf 80 erweitert.

**1991** Peter Fischer wird Nachfolger des bisherigen Geschäftsführers Harald Wehking.

**1995** Die gesetzliche Pflegeversicherung wird eingeführt. Es kommen neue Aufgaben auf die Pflegeeinrichtungen zu – so auch auf das Max-Brauer-Heim.

**1995** Aus dem sozialtherapeutischen Wohnheim für junge Frauen wird eine Jugendhilfeeinrichtung. Die stationären Plätze werden auf 15 reduziert. Es werden nun auch Schwangere bzw. Mütter mit Kleinkindern aufgenommen. Außerdem werden Plätze in ambulanten Wohngruppen angeboten.

**1997/98** Die Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld, ehemals STWJ, wird neu ausgerichtet und um eine Adaptionseinrichtung sowie Vorsorgeplätze ergänzt.

**1999** Die ZukunftArbeit gGmbH wird gemeinsam mit Therapiehilfe e.V. gegründet. Ziel ist die berufliche Integration von suchterkrankten Menschen.

**2005** Im Fachkrankenhaus Hansenburg wird der Neubau mit Physiotherapieräumen, Bewegungsbad, Fitnessbereich, Sauna sowie Patientenzimmern fertig gestellt. Die Bettenkapazität wird 2005 auf insgesamt 90 und 2007 auf 100 Plätze erweitert.

**2007/2008** Die Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld (TGJ) wird umgebaut und modernisiert.

**2009** Das „Elbschloss an der Bille“ wird eröffnet – ein Kooperationsprojekt mehrerer Träger mit Angeboten für den Stadtteil Hamm-Süd. Die Alida Schmidt-Stiftung betreibt eine Mutter- Kind-Einrichtung.

**2009** Christina Baumeister wird Geschäftsführerin der Alida Schmidt-Stiftung, nachdem Peter Fischer in den Ruhestand eingetreten ist.

**2010** Die Stiftung erhält den Zuschlag für das dreijährige Bundesmodellprojekt „Sucht im Alter“.

**2011** Die Adaptionseinrichtung der TGJ vergrößert ihre Kapazität und zieht auf das Gelände des Berufsförderungswerks in Farmsen um.

**2012** Die ZukunftArbeit gGmbH erweitert ihre Tätigkeit um ein Integrationsunternehmen und beschäftigt neben „Ein-Euro-Jobbern“ auch schwerbehinderte Arbeitnehmer u.a. im Bereich Fahrradwerkstatt.

**September 2012** Im Gemeindesaal des Michel findet der erste Stiftungstag der vier gemeinsam verwalteten Stiftungen mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Vorstand und Geschäftsführung statt.

**2014** Die Alida Schmidt-Stiftung feiert ihren 140. Gründungstag am 15. April 2014 und veröffentlicht eine Historie der Stiftung.

**2015** Die ambulante Betreuung junger Frauen mit psychischen Beeinträchtigungen in den Mehrfamilienhäusern der Stiftung wird sukzessive erweitert.

**2016** Die Adaption zieht zurück an den Standort Jenfelder Straße; die Soziale Rehabilitation wird in die Elsa-Brändström-Straße verlagert.

**2017** Weitere Wohnungen in der Elsa-Brändström-Straße werden umgewidmet für die Perspektive Wohnen der TGJ.

**2017-2019** Alida-Haus und Hansenhaus im Fachkrankenhaus Hansenburg werden modernisiert und barrierefrei umgebaut. Das Alida-Haus wird um eine Etage mit 10 Einzelzimmern aufgestockt.

**2020** Das Bundesteilhabegesetz tritt in Kraft und bringt erhebliche Veränderungen in der Finanzierung der Eingliederungshilfe-Einrichtungen mit sich.

**2020/21** Die Stiftung schließt den stationären Pflegebereich des Max Brauer Hauses und kauft das Grundstück Hohnerredder 21 bis 27.

**2023** Der Bezirk Wandsbek erteilt Bauvorbescheide für einen Neubau und die Modernisierung der Bestandsgebäude des Max Brauer Hauses.

**2024** Die Alida Schmidt-Stiftung übernimmt die Trägerschaft für das Suchthilfezentrum Die BOJE.

**15. April 2024** Die Freie und Hansestadt Hamburg richtet zum 150-jährigen Bestehen der Stiftung einen Senatsempfang im Hamburger Rathaus aus.

# Quellen

## Literatur

**Frank Bajohr**, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001.

**Michael Eissenhauer**, Die Hamburger Wohnstiftungen des 19. Jahrhunderts: „Ein Denkmal, welches „theilnehmende Liebe gestiftet hat...“, Hamburg 1987.

**Renate Hauschild-Thiessen**, Das Merck-Gärtchen und Schmidts Zuckerfabrik. Zwei Hamburgensien im Fichtelgebirge, in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter, 15 (2007) 7, S. 155–171.

**Elke Hauschildt**, „Die erste staatliche Trinkerheilstätte Deutschlands“: Stationäre Trinkerfürsorge in Hamburg von 1922 bis 1928, in: Evelyn Glensk, Christiane Rothmaler (Hrsg.), Kehrseiten der Wohlfahrt. Die Hamburger Fürsorge auf ihrem Weg von der Weimarer Republik in den Nationalsozialismus, Hamburg 1992, S. 162–181.

**Hermann Hipp**, Stifte in Hamburg. Eine besondere Bauaufgabe, in: Initiativkreis Hamburger Stiftungen und Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.), Bürger und Gesellschaft. Stiftungen in Hamburg, Hamburg 2003, S. 82–101.

**Elisabeth Jäger**, Wunsiedel 1810–1932. III. Band einer Geschichte der Stadt Wunsiedel, Wunsiedel 1983.

**Hermann Joachim**, Handbuch der Wohltätigkeit in Hamburg, Hamburg 1909.

**Saskia Rohde**, Albert Rosengarten (1809–1893). Die Anfänge des Synagogenbaus jüdischer Architekten in Deutschland, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, 4 (1993), S. 228–258.

**Alexander Schön**, Ida Schmidt 1828–1904 und Florentin Erwin Schmidt 1848–1892, Einhaus 2005 (Einzusehen im Staatsarchiv Hamburg).

**Sozialbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg**, Heime der Sozialbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg. Baujahre 1949–1953, Hamburg 1953.

**Michael Werner**, Stiftungsstadt und Bürgertum. Hamburgs Stifungskultur vom Kaiserreich bis in den Nationalsozialismus, München 2011.

## Archive

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Stiftungsangelegenheiten

Denkmalschutzamt Hamburg

Deutsche Rentenversicherung Nord

Staatsarchiv Hamburg

Stadtarchiv Bayreuth

Stadtarchiv Wunsiedel

Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft

Privatarchiv Familie Schön

Archive der Alida Schmidt-Stiftung und ihrer Einrichtungen

# Impressum

## **Herausgeberin:**

Alida Schmidt-Stiftung  
Hamburger Straße 152  
22083 Hamburg  
Tel. 040 / 227 10 10  
www.alida.de

## **Historische Recherchen und Text:** Dr. Kristina Vagt,

für die zweite Auflage ergänzt und bearbeitet von der Alida Schmidt-Stiftung

**Redaktion:** Alida Schmidt-Stiftung

**Interviews:** Andrea Möller, Alida Schmidt-Stiftung

**Gestaltung:** www.bfoe-hh.de

**Druck:** WIRmachenDRUCK GmbH

**2. Auflage:** 1.000 4/2024

## **Bildnachweise**

Titel: Stiftung

Titel (Mutter und Kind): Tobias Grabow

S. 4, 6, 7, 9, 11, 13, 22, 25, 26, 33, 35, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 52, 55 links, 56, 57, 61, 62, 63 unten,  
64 links, 66, 67, 68, 70: Stiftung

S. 5: Senatskanzlei – Daniel Reinhardt

S. 10 oben links, oben rechts: Privatbesitz der Familie Schön

S. 10 unten: [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carl\\_Friedrich\\_Petersen.jpg](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carl_Friedrich_Petersen.jpg)

S. 12 unten: [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Johann\\_Stammann\\_1905.jpg](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Johann_Stammann_1905.jpg)

S. 12 oben: [www.hamburg-bildarchiv.de](http://www.hamburg-bildarchiv.de)

S. 14: Stadtteilarchiv Hamm

S. 15: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Bürgerschaftskanzlei, Parlamentsbibliothek

S. 19, 20 oben: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg/„Heime der Sozialbehörde der Freien  
und Hansestadt Hamburg“

S. 20 unten, 25, 38, 40, 54, 59: privat

S. 29, 36, 37: Staatsarchiv Hamburg

S. 30, 31: Hamburgisches Architekturarchiv / Neue Heimat

S. 34: Hamburger Wochenblatt, 1995

S. 41: Deutsche Rentenversicherung Nord

S. 46: Harburger Anzeigen und Nachrichten, 23.5.2003

S. 55 rechts: Baugenossenschaft freier Gewerkschafter eG

S. 58: Hamburger Wochenblatt, 2001

S. 63 oben: ©Production Perig – Adobe Stock, Bildmontage bfö

S. 64 rechts: ©chathuporn – Adobe Stock, Bildmontage bfö

S. 71: Witters GmbH



## Alida Schmidt-Stiftung

**Hauptverwaltung**  
Hamburger Straße 152  
22083 Hamburg  
Tel. 040 / 227 10 10  
Fax 040 / 227 10 119  
E-Mail [info.hv@alida.de](mailto:info.hv@alida.de)

Die Stiftung im Internet: [www.alida.de](http://www.alida.de)